

Nr 16 Winter 1994/95 6 DM
Zirkular der gruppe k

Deutschland im Jahr 5 n.d.W.

* Initiative:
8. Mai 1995

* Sozialumbau:
Lean education

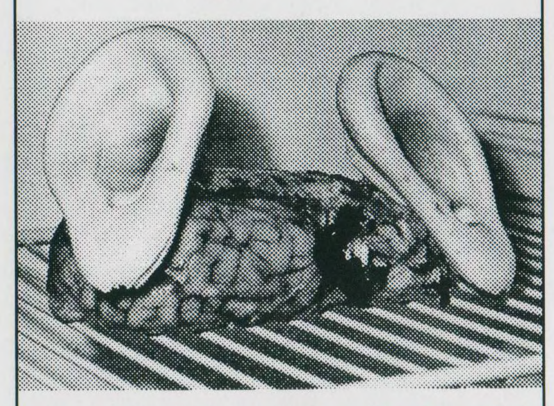
* Debatte:
Theorie der Nation

* Wahlen:
Deutsche und Linke



Zeitung für den Rest

Antifaschismus sollte erfolgreich sein



vierteljährlich im linken Buchhandel
oder direkt bestellen bei: **17°C**, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH. Einzelpreis: 6 DM + Porto (1,50 DM), ABOS: 4 Nummern: 25,– DM/Förderabos ab 100,– DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990-200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)

SILSILA

Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus

Heft 4 (1994) 6 DM

Irmgard Pinn / Marlies Wehner	Aufklärung, Feminismus, Islam: Is West Best?
Salima Mellah	Frauenleben in Algerien
Jan N. Pieterse	Kreuzzüge und Imperialismus
DOSSIER	Genozid in Ruanda und imperiale Ambitionen in Afrika
John Gabriel	Aufbruch zu einer Bewegung: Indigene, schwarze und populare Kämpfe in Amerika
A. Sivanandan	Faschismus und Rassismus in England: Zum Wahlsieg der faschistischen BNP in Millwall
RAADGA	Ein Kulturzentrum in Burkina Faso

Einzelbestellung: 7,50 DM (incl. Porto) in Briefmarken (Heft 1-3 je 6,50 DM). **Abo**: 4 Hefte für 25 DM nur gegen Vorauskasse. **Paket**: mit 3 Heften (1-3) für nur 12 DM (incl. Porto). **Läden**: ab 3 Stück zum Preis von 4 DM pro Heft (plus Porto).

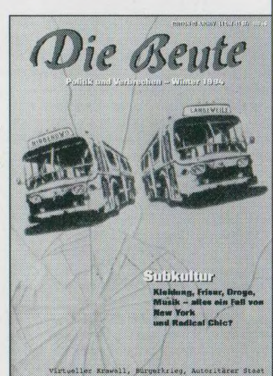
SILSILA, c/o Buchladen, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Die Beute Nr. 4 Winter 1994

Schwerpunkt Subkultur

- Diedrich Diederichsen über **Drogen, Techno, Sport**
- Karl Nagel & Moses Arndt über einen **Virtuellen Kravall**
- Joanne Gottlieb & Gayle Wald über **Riot Grrrls**
- Roberto Ohrt zur **Kippenberger-Debatte**
- Sandrone zum **Leoncavallo in Milano**

144 Seiten
14,– DM



Weitere Themen:

- M.S. Bastian: **Spiegelkabinett.** Comic
- Pit Wuhrer über **Sinn Féin und die IRA**
- Michael Fanizadeh zum **Polizeiüberfall auf das EKH in Wien**
- Gerry Adams' Erzählung **Civil War**
- Imran Ayata zu **Türkei, Kurdistan**
- Mediengruppe Refugium **für das Bleiberecht von Flüchtlingen**
- Dagmar Ganßloser & Vanessa Barth **interviewen die Aids-Hilfe Frankfurt**
- Christoph Kind über **Rostende Banknoten**
- Jonny Moabit über **Punk- und Hardcore-Fanzines**



Postfach 360205 • 10972 Berlin

Preis 5,- **Nummer 7** **Dezember/Januar 1995**

OFF LIMITS

Antirassistische Zeitschrift

Deutscher Antirassismus?

Europa

Das soziale und politische Konstrukt Europa

SchwarzarbeiterInnen und Asylsuchende im gleichen Topf

Inside racist Europe

Wahlen als Legitimationsstrategie der EU

Festungsidentität im vereinten Europa

Tore zur Welt

Fluchtwege Abschiebung

Flüchtlingsalltag - Länderberichte zu Algerien und Elfenbeinküste - Legalisierung - "Kaindl"-Prozeß - mpz-videovorstellungen - Buchbesprechung

Bestelladresse
off limits c/o Haus für Alle
Amandastr. 58, 20357 Hamburg
Tel: 040/43 15 87 Fax: 040/430 44 90

Editorial

"Wenn in den nächsten zwei bis drei Monaten weitere Fälle auftreten, ist um den Schweinestandort Bayern zu fürchten."

Was der eine fürchtet, freut uns. Doch zu früh gefreut. Die Standortschützlinge des bayerischen Landwirtschaftsministers Bocklet sind wirkliche Schweine und von jener ominösen Schweinepest bedroht, die immer die Falschen trifft. Nicht in jedem Fall geht es so absurd zu, wenn von irgendeinem der mittlerweile zahllosen deutschen Standorte die Rede ist. Vom Hochschulstandort bis zum Kneipenstandort laufen wir derzeit überall Gefahr, unsere Weltspitzenstellung zu verlieren. Jeder Idiot beschwört, wenn es um den eigenen Profit, die Karriere oder was auch immer geht, den "Standort", den es zu bewahren gelte. Das Volk der Deutschen schart sich in bewährter Tradition hinter seine Standortkommandanten.

* Den *Bildungsstandort Deutschland* und die Zurichtung seiner Menschen in den Institutionen Schule und Ausbildung auf verwertbare ZeitgenossInnen untersucht *Gabriele Becker* in ihrem Artikel über *"Lean education"*. Sie vergleicht die schwarz-rot-grünen Modernisierungskonzepte mit den ökonomischen Zielen sowie ihren ideologischen Vorbildern aus der lean production.

* Der *Geschichtsstandort Deutschland* macht Fortschritte: Von Rudolf Augsteins Lehre aus zwei von Deutschland ausgegangenen Weltkriegen, daß "wir" uns "das Recht redlich erworben haben", selbst zu bestimmen, wann wir noch einmal Kriege führen (nämlich: wenn sie Aussicht auf Erfolg haben), bis zu Roman Herzogs Vorhaben, aus Anlaß des 50. Jahrestags der Bombardierung Dresdens über "europäische Verwicklungen" und "die Verrohung des Menschen im Kriege" im allgemeinen zu schwadronieren. Das staatliche und das links-alternative Bemühen, dem Deutschsein einen erträglichen Sinn zu geben, sind Gegenstand des Artikels von *Max Müntzel über* die Diskussionen zum bevorstehenden *8. Mai 1995*. Der Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, der heimliche "Volkstrauertag" in diesem Land, ist innerhalb von fünf Jahren n.d.W. zum deutschen Feiertag der Befreiung von allen Lasten der Geschichte geworden. Denn – siehe die anglo-amerikanischen Bomben auf Dresden, nicht zu vergessen der Gulag und der deutsch-sowjetische "Unrechtsstaat" – sein Päckchen hat jeder zu tragen. Spucken wir ihnen in diese braune Suppe, Gegenmobilisierungen sind erwünscht.

* Die rapide *Verdeutschung der Linken* nimmt *Heiner Möller* zum Anlaß einer Polemik gegen die linke Re-Orientierung auf "Massenansatz" und reformerische Politik im Windschatten der PDS. Die hat mit der Idee eines "neuen Gesellschaftsvertrags" den ökologisch-demokratischen Sozialimperialismus entdeckt. Wer sonst noch die PDS entdeckt hat? Bitte lesen.

* Ausnahmsweise wollen auch wir unseren Standort entwickeln. Die Diskussion um die Nation und Nationalismus führen wir mit dem Abdruck des Referat von *Gerd Kuhnen* (und *Holger Schlüter*) auf der Dresdener Konferenz weiter: *"Von der Notwendigkeit zum Wahn"*. *Berthold Brunner* kritisiert den Artikel "Kommunistischer Sündenfall" aus der letzten BAHAMAS und sieht *Lenins nationales Selbstbestimmungsrecht* als wichtigen Faktor für nationalistische Entwicklungen der Linken. *Gerhardt Rudow* schreibt über das Verhältnis von *Tausch, globalem Kapitalismus und Territorialstaat*.

* Das Dresdener Referat von Heiner Möller über die nationalkommunistische Entwicklung der KPD erscheint in der Februar-"Konkret" 1995.

* BAHAMAS 17 wird *Ende März 1995* zum Schwerpunktthema 8. Mai herausgegeben.

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der gruppe k.
Redaktion: büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg , Tel./Fax: 040/ 43 88 46 Montag, Dienstag, Donnerstag von 17.30 -19 Uhr
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386) -Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: Karl Nele
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

büro k, Postfach 306 237, 20328 Hamburg. Fon/Fax:040/438846.

Abobestellung

Hiermit bestelle Ich die *Bahamas*. Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Das Abo kostet zur Zeit 18 DM für 3 Ausgaben, bei Rechnungstellung und Mahnung berechnen wir 2 DM mehr! Für je 5 Exemplare *einer Ausgabe* gibt es eines Gratis dazu.

Abobeginn mit Nr.: ...... Ich will ...... Exemplare/ ...... mal 5+1 Exemplare

Name: ☐ Ich will ein Förderabo für 30 DM

Strasse: ☐ Ich zahle per Einzugsermächtigung

PLZ/Ort: ☐ Ich habe das Geld überwiesen

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* im Voraus von meinem Konto abzubuchen. (Ab 5 Exemplaren buchen wir auf Wunsch ausgabenweise ab!)

KontoinhaberIn: Konto-Nr.:

Bank: Bankleitzahl:

Ort/Datum: Unterschrift:

Antideutsche Mobilisierung zum 8. Mai 1995

"Bitburg" steht für den 8. Mai 1985: die Versöhnung zwischen westdeutscher Republik und nationalsozialistischem Reich unter Schirmherrschaft der USA. Nach innenpolitischen Protesten, wie er sie heftiger in seiner Amtszeit nicht erlebt hatte, war Ronald Reagan damals als Komparse einer Kohl-Inszenierung in das KZ Bergen-Belsen und anschließend zum Pfälzer SS-Friedhof geeilt. Einige Tausend jüdische Demonstranten aus diversen Ländern hatten sich der SS-Ehrung in Bitburg entgegengestellt. Sie waren auf eine örtliche Friedensinitiative mit dem Banner "USA – raus aus Nicaragua" gestoßen und ansonsten unter sich geblieben. Damals hatte der Rest der radikalen Linken gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn rebelliert. (Vgl. BAHAMAS Nr. 10)

Wofür wird in wenigen Monaten der 50. Jahrestag stehen? Wie wird der linke Rest sich diesmal positionieren?

Links-alternatives Bemühen, am 8. Mai dazuzugehören

Aufschlußreich ist, wie der 8. Mai von dem linksliberalen "Hamburger Institut für Sozialforschung" eingeordnet wird: "Das Datum 1945, so die Veranstalter, markiere nicht das Ende der Barbarei, das nach 50 Jahren endlich beschworen werden könne. Es begründe vielmehr eine Kontinuität der Gewalterfahrung. Ihr insbesondere müsse ein verantwortliches Erinnern gelten." (FR, 3.12.94) Das von Jan Phillip Reemtsma geleitete Institut liegt mit dieser Bewertung im Trend. Selbstverständlich wird die Bundesregierung und die ihr ergebene Publizistik die antifaschistische Interpretation jenes Tages zugunsten der 1945 begründeten Gewalterfahrungen – Gulag, "Stasi-KZ", Hiroshima und Dresden – in den Hintergrund drängen. Selbstverständlich wird man den Deutschen Frieden von 1995 als Sieg über die eigentliche Barbarei und als lang ersehnte Zeitenwende zeleberieren wollen: Alle 50-Jahresfeiern, die dem 8. Mai folgen, werden nicht mehr die Greuel *von* Deutschen, sondern die Greuel *an* Deutschen zum Gegenstand haben. Die Einweihung einer großen Berliner Gedenkstätte für die bei der Vertreibung getöteten Deutschen ist für 1997 bereits beschlossen. "Jetzt sind mal wir dran" – nach diesem Motto, so steht zu befürchten, wird Deutschland sich für 50 Jahre erzwungene "Sühne" rächen und den Tatendurst "deutscher" Minderheiten in Osteuropa anstacheln wollen. Um in Anlehnung an modernisierte Nazi-Konzepte der Stauffenbergs und Co. "eine neue nationale Tradition für die Berliner Republik" (Volker Rühe) begründen zu können, wird kein Schlußstrich unter die Vergangenheit, sondern ein Schlußstrich unter deren negative Bewertung gezogen werden. Zugleich wird der Bitburg-Gedanke der Versöhnung als Drohung neu akzentuiert: Das an ihnen vollzogene Unrecht der Vertreibung und Verfolgung könnten die Deutschen überhaupt nur verzeihen, wenn im Gegenzug endlich auch Schluß sei mit dem Gerede von der deutschen Schuld.

Während 1985 wenigstens in anderen Ländern der Protest gegen "Bitburg" unüberhörbar gewesen ist, werden diesmal die europäischen Regierungen dem Deutschen Frieden als Appeaser oder als Kollaborateure zur Seite stehen: Deutschland hält Hof und wird überall eingeladen. In einem gigantischen Medienverbund (1) wird die frohe Botschaft nicht nur vom ZDF und vom "Spiegel" sowie "Stern", "Focus", "Zeit" und "Woche" verkündet werden, sondern zeitgleich von einer britischen, einer französischen, einer polnischen sowie zwei US-amerikanischen Fernsehanstalten.

Daß hiergegen jeder Protest, der an Erscheinungsformen deutscher Politik sich abzuarbeiten bemüht, das Thema verfehlt, liegt auf der Hand. Entweder das Projekt Deutschland wird in Gänze kritisiert, oder der segmentierte Protest wird in das Ganze integriert. Wie diese Integrationsleistung funktioniert, deutet sich in den Stellungnahmen aus dem Spektrum der Friedensbewegung und der VVN, welche im November 1994 eine gemeinsame erste 8. Mai-Konferenz in Frankfurt/M. veranstalteten, bereits an.

Das alternative Gedenken

Inhaltlich orientieren die Friedensaktivitäten in erster Linie auf "ein anderes humaneres Deutschland" und "die wirkliche Verantwortung Deutschlands" (so ein Aufruf des "Friedensnetzes Baden-Württemberg"), die heute pazifistisch zu füllen sei. Die Debatte um den 8. Mai sei "ein Kristallisationspunkt der politischen Auseinandersetzung, welche Republik wir wollen", schreibt hierzu Mani Stenner vom "Netzwerk Friedenskooperative" ("Friedensforum", Nov./Dez. 1994). Chancenlos, weil dem Pazifismus widersprechend, war selbstverständlich der auf dem Frankfurter Treffen geäußerte Vorschlag, eine Kundgebung am Mahnmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten des II. Weltkriegs in Berlin-Treptow durchzuführen. Daß der Pazifismus der deutschen Friedensbewegung die Unterschiede zwischen nazistischer Kriegsmaschine und alliierter Gegenwehr nur allzu gerne nivelliert, um Deutschland als Opfer der "Kriegsverbrecher auf beiden Seiten" ("Friedensblätter", Dez. 1994) aufleben zu lassen, hatte sich nicht nur im Kontext der Golfkriegs-Demonstrationen gezeigt. Damals schon war der Analogieschluß Bagdad = Dresden weit mehr gewesen, als nur ein Agitationsmittel. So zitiert das "Friedensnetz Baden-Württemberg" zustimmend das Wort des ehemaligen Wehrmachtoffiziers Richard von Weizsäckers, wonach der 8. Mai "uns alle ... von dem menschenverachtenden System", dessen Opfer "wir alle" offenkundig gewesen sein sollen, befreit habe und überschreibt seinen Aufruf zu einer Demonstration am 6. Mai 1995 mit der Überschrift "Frieden miteinander schließen – statt weltweit schießen". Daß hier vom Deutschen Frieden die Rede ist, und auch der Wechsel von Weizsäcker zu Herzog verstanden worden ist, zeigt ein Leserbrief aus den Reihen der DFG/VK, der unkommentiert in dem Redaktionsteil der Zeitschrift "Friedensblätter" (Dezember 1994) plaziert worden war. Man müsse sich zum 8. Mai davor hüten, heißt es darin, "die Welt in 'Gute' und 'Böse' ein(zu)teilen und dann die ,Guten' als die großen Helden der Befreiung feiern" zu wollen. Man brauche statt dessen "einen Gedenktag, an dem wir uns ganz einfach mal daran erinnern, daß wir alle Menschen sind, und an dem wir all jenen Strukturen den Kampf ansagen, die uns zu etwas anderem machen wollen." Daß im Internationalen Versöhnungsbund ein Aufruf zu einer internationalen Fastenaktion zum 7./8. Mai diskutiert "und für "Himmelfahrt 95 ... die Initiierung eines Friedenszuges nach Bosnien-Herzegowina überlegt (wird)", nimmt sich vor diesem Hintergrund geradezu harmlos aus. Dieser Streif-

zug durch pazifistisches Gefilde macht eines deutlich: Die Hilf- und Harmlosigkeit des segmentierten Protests, der der besseren Nation zuliebe hier und heute "die Debatte um den Friedensauftrag des 8. Mai 1945 offensiv" aufnehmen will, wie Mani Stenner es empfiehlt. Das ähnelt dem Idealisten, der sich weigert, den ins Gefecht rollenden Panzer zu verlassen, da er dem Panzerkommandanten noch ein paar Gedichte über den Frieden vorlesen will.

Wer im Hallodri der offiziellen 8. Mai-Feiern politisch nicht untergehen will, wird um eine antideutsche Zuspitzung seiner Aussage kaum herumkommen. Die antinationale Strömung in der Linken, die die grundsätzliche Kritik an Deutschland noch am ehesten zu formulieren vermag, ist zu einer gemeinsamen politischen Intervention jedoch schon seit Jahren nicht mehr in der Lage gewesen. Gibt es heute im Vorfeld des 8. Mai 1995 "eine Chance, die implizit antideutsch agierenden Initiativen (etwa im AntiRa- oder AntiFa-Bereich) für eine gemeinsame und explizit antideutsche Aktion zu mobilisieren?", fragte der vom Berliner "ak kassiber", der Freiburger "Antinationalen Gruppe"sowie den Zeitungen "17 Grad C" und "BAHAMAS" gemeinsam getragene Aufruf für das "Vorbereitungstreffen zu einer bundesweiten antinationalen Aktion rund um den 8. Mai 1995": "Kein Frieden mit Deutschland – gegen die Kollaboration mit der Nation". "Schaffen wir es, die organisatorisch und politisch-ideologisch fragmentierten Einzelpersonen und Gruppen der antinationalen Linken für eine gemeinsame Manifestation zusammenzubringen?" Daß hierfür zumindest eine Chance besteht, zeigte der Ablauf der Berliner Konferenz.

Bericht aus Berlin

Knapp 100 Leute aus 35 Gruppen und 13 Städten hatten am 11. und 12. Dezember an dem Berliner Vorbereitungstreffen teilgenommen, darunter zahlreiche BeobachterInnen, Redakteure der Tageszeitung "Junge Welt" sowie diverse weitere Einzelpersonen aus Berlin und verschiedenen Städten.

Neben VertreterInnen aus AntiRa-, AntiFa-, Frauen- und autonomen Zusammenhängen waren auch neue örtliche Gruppen dabei: z.B. die "Gruppe Gegenstrom" aus Göttingen, die Hamburger Gruppe "Ratio, Rausch, Revolution", eine Schülergruppe "Spuk" oder die Oldenburger "Gruppe 42". Einige waren nicht wegen, sondern trotz des Aufrufs gekommen, so ein Vertreter der Zeitschrift "Avanti", ein FAU-Anhänger sowie eine große Delegation der "Gruppe Kritik und Diskussion", die sich politisch an der Zeitschrift "Gegenstandpunkt", dem Nachfolgeprojekt der "Marxistischen Gruppe", orientiert.

Bundesregierung und 8. Mai

Die 8. Mai-Planung der Bundesregierung wird in einer Serie weiterer Gedenktage eingebettet sein. Dazu gehören u.a. der

27. Januar 1995: Befreiung von Auschwitz; Gedenkfeierlichkeiten unter polnischer Regie. Hier könnte sich die Bezugnahme auf eine Mitschuld der anderen (unter den Stichworten: polnischer Antisemitismus; alliierter Verzicht auf die Bombardierung der nach Auschwitz führenden Bahngleise usw.) mit einem scheinheiligen Eingeständnis deutscher Schuld vielleicht noch die Waage halten.

13.-15. Februar 1995: 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens; Thematisierung der alliierten "Verbrechen" gegenüber Deutschland.

29. März 1995: Der hundertste Geburtstag von Ernst Jünger, des Heroenschreibers aus dem ersten Weltkrieg und Inspirator der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik wird vermutlich zu einem nationalen Ereignis auch dann hochstilisiert werden, wenn Jünger bis dahin stirbt.

11. April 1995: Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, dessen Verwendung in den Jahren 1945ff. heute in erster Linie interessiert ("Wer von den KZ-Greueln der Nazis spricht, darf über die sowjetischen Internierungsgreuel der Jahre 1945-47 nicht schweigen"). Als Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten ist eine Rede des ehemaligen KZ-Insassen Jorge Semprun vorgesehen, der schon als Preisträger des diesjährigen "Friedenspreises des deutschen Buchhandels" mit seiner Gleichsetzung von Gulag und Auschwitz sowie Hitlerschem KZ und Stalinschem Internierungslager zu beeindrucken wußte.

Zu befürchten ist, daß wir nach der Wendemarke des 8. Mai noch eine ganze Serie revanchismusgetränkter Gedenktage aus Anlaß der Vertreibungen und Forderungen nach "Sühne" für die gegenüber den Deutschen begangenen "Verbrechen" erleben werden.

(aus dem Einladungsflugblatt für das Berliner Vorbereitungstreffen)

Nach einer fast sechsstündigen, inhaltlich zugespitzten und streckenweise durchaus hitzigen Diskussion über die herrschende Politik und die Situation der Linken, hatte sich am Samstagabend gerade dieser Teil der Anwesenden unter Protest von dem Treffen entfernt. Auf vier zentralen Gebieten hatte sich zuvor die Debatte polarisiert.

Antinational oder antideutsch?

Man dürfe gerade nicht antideutsch argumentieren, behauptete die Gruppe "Kritik und Diskussion", denn es gehe um ein imperialistisches Programm. Und da zähle nur die Ökonomie. "Besonders schlimm" und "moralisch" sei es, die Kritik an den deutschen Zuständen mit Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus zu begründen. "Der ewige Vergleich ist untauglich," denn "andere Nationen sind da keinen Deut besser. Jede andere Nation würde genauso handeln." Kern- und Angelpunkt sei folgerichtig die Kapitalismuskategorie "Wert – und nicht der olle Hitler."

Dieser (Gegen-)Standpunkt stieß auf massive Kritik: Die relativierende Einordnung des Nationalsozialismus in die Verbrechensliste des Weltimperialismus sei Abwehr und Weigerung, sich auf die Spezifitäten der deutschen Politik auch nur einzulassen. Ohnehin sei es kennzeichnend für die Linke in Deutschland, daß sie die internationale Debatte über "the German problem" nicht nur nicht wahrnehme, sondern Deutschland in Schutz nehme, indem sie schon die Berechtigung dieser Debatte bestreite.

Die Vernichtung der Juden und Roma, die Massentötung der Behinderten sei aus ökonomischem Kalkül ebensowenig ableitbar, wie das gegenwärtige Anfachen völkisch begründeter Kriege in Jugoslawien und anderswo. Die herrschenden Eliten hätten auf der Basis der 1914, 1933 und 1939 gegebenen Ökonomie einen anderen Weg einschlagen können. Daß sie jeweils den risikoreichsten Weg gewählt haben, sei kein Automatismus oder Zufall, sondern eine Folge der deutschen Sonderwegsideologie. Zu dieser gehöre der Drang, sich prinzipiell als Opfer zu fühlen und den Vernichtungswunsch (z.B. gegenüber Flüchtlingen) als Notwehr umzulügen. Es gehe nicht darum, die deutsche Vergangenheit mit der Gegenwart zu parallelisieren, sondern darum, aktuelle Anknüpfungspunkte kenntlich zu machen. Dies sei keine Frage der Moral, wie der Gegenstandpunkt unterstelle, sondern eine Frage der von deutschen Denkblockaden befreiten Analyse, welche freilich dem Studium der ökonomischen Entwicklung nicht gegenüberzustellen, sondern ganz im Gegenteil um krisentheoretische Untersuchungen anzureichern ist.

Einen weiteren Debattenstrang provozierte der Vertreter der anarchistischen FAU, der sich nicht nur als Mitglied des

"Nationalkomitee Freie DDR" zu erkennen gab, sondern auch Westdeutschland mit der Behauptung, dies sei bis 1990 das Land mit dem geringsten Nationalismus gewesen, in Schutz zu nehmen suchte. Anstatt den Nationalismus anzugreifen, sei stets zu fragen, ob er der Arbeiterklasse nütze oder schade: "Es gibt schließlich nationale Gruppierungen, die auch antikapitalistisch sind." Zu unterstützen sei beispielsweise der Nationalismus der PKK. Dies gab Gelegenheit für die Klarstellung, daß eine Aktion zum 8. Mai nicht nur antideutsch, sondern auch antinational zu sein habe: eine positive Bezugnahme auf den Befreiungsnationalismus dürfe es – insbesondere im Kontext von Aktionen zum 8. Mai – unter keinen Umständen geben.

Die antifaschistische Bezugnahme auf die Nation

Wie aber Umgehen mit der VVN, für die eine Teilnahme an dezidiert antinationalen Aktivitäten schon deswegen ausgeschlossen ist, weil viele antifaschistische Widerstandskämpfer ein positiv besetztes Verhältnis zur deutschen Nation gehabt hatten bzw. noch haben? Wie umgehen mit denjenigen, die den nationalsozialistischen Terror überlebt haben und sich heute in der einen oder anderen Weise positiv auf Deutschland beziehen? Die Formel, die nach kontroversen Diskussionen sich herauszuschälen begann, kann vielleicht auf den folgenden Nenner gebracht werden: Keine Ausgrenzung, aber eine deutliche politische Abgrenzung vom positiv sich auf die Nation beziehenden Antifaschismus. Jedoch in einer Form, die den Respekt vor den leidvollen Erfahrungen der Überlebenden mit der Masse der Deutschen nicht vergißt. Auf die Kritik an der politischen Position ehemaliger KZ-Häftlinge dürfe aber nicht deswegen verzichtet werden.

Weitaus fataler sei jedoch die (bestenfalls) unreflektierte Herangehensweise, an ehemalige KZ-Häftlinge einen besonderen Maßstab politischer Korrektheit anzulegen, um so ihre Position einer besonders empörten Kritik zu unterziehen. Deutsche Normalität mache auch vor einer sich radikal gebenden Linken nicht halt. Auch hier seien Geschichtslosigkeit und die Unfähigkeit, die Situation nationalsozialistischer Opfer zu empathieren, weniger Ausnahme, denn Regel.

Eine weitere zentrale Kontroverse wurde vom Vertreter des "Revolutionär-Sozialistischen Bundes/IV. Internationale" angestoßen. Wenn die Entwicklung so zugespitzt sei, wie auf dem Treffen dargestellt, sei um so wichtiger, die Etablierung eines "breiten Bündnisses" gegen diese Entwicklung anzustreben, welches "Parolen vermittle" anstatt sich "klein aber fein" in "elitären Debatten" zu verlieren. "Mit der realen Bewegung", so sein zorniges Resümee, "habt ihr nichts zu tun."

Massenansatz gegen Bomber-Harris

Glücklicherweise! Von der "realen Bewegung" wird "unser Land" (2) und "unser Volk" (3) nicht kritisiert, sondern affirmiert. Hier und heute gehe nur das Eine oder das Andere: Entweder bei einer weitgehend nivellierten deutschen Masse auf Gehör stoßen, indem man das Falsche sagt. Oder das Richtige sagen und im Abseits bleiben. Entsprechend polarisiert seien die Auffassungen über den Charakter der politischen Aktion: Entweder zwischen "Bewegung und Bevölkerung" vermitteln, breite Bündnisse schmieden und die "Menschen da abholen, wo sie stehen". Oder die Kritik zuspitzen und als radikale und deswegen notwendigerweise kleine Minderheit politisch intervenieren.

In der Debatte um die Bombardierung deutscher Großstädte eskalierte der Widerspruch über die "Massenpolitik" zum Eklat. Dabei ging es nicht um das Provo-Plakat mit der Aufschrift: "Bomber Harris said: 'I would do it again.' We say: 'Do it now.'", das einige Antinationale anläßlich des verlogenen "Feuersturm-Gedenkens" Mitte 1993 in Hamburg geklebt hatten und dessen unhistorische Pointe sich in Berlin niemand hatte zu eigen machen wollen. Dennoch hatte sich in Berlin die "Bomber-Harris"-Frage als eine Art Lackmus-Test erwiesen – "Sage mir, wie Du die Tätigkeit eines Bomber-Harris bewertest, und ich sage Dir, auf welcher Seite Du stehst": Entweder auf der Seite der Opfer des NS, die die Bombenangriffe auf deutsche Städte herbeigesehnt hatten, oder auf der Seite der Täter des NS und ihrer de facto unangefochtenen Massenbasis – fünf Jahre nach Kriegsbeginn konnte von einer deutschen "Zivilbevölkerung" nicht mehr die Rede sein. Die Diskussion um "Bomber-Harris" machte deutlich, daß es in der deutschen Massenrezeption des Nationalsozialismus neben dem Morgenthau-Ressentiment kein anderes Haßobjekt gibt, das sich so tief und so emotional ins Bewußtsein der TäterInnen und ihrer Nachkommen eingefressen hat, wie die Bomben-Nächte der Jahre 1943ff. Wieviel auch immer man von den zehn Jahren zuvor und der zeitgleichen Aktualität der Shoa vergessen oder verdrängt haben mag: Die Details der brennenden Städte sind präsent. Und mit ihnen die Zuordnung: Wir Deutsche als Opfer der Massenverbrechen eines Sir Arthur Harris.

Wer bis zu diesem Punkt der Berliner Diskussion eine "antideutsche" Politik aus den unterschiedlichsten Beweggründen abgelehnt hatte, sah sich jetzt beinahe schlagartig in einer Gruppe vereint. Für die Mitglieder der Gruppe "Kritik und Diskussion", die bis dahin jegliche Moral der Kritik unterzogen hatten, geriet urplötzlich – es ging um getötete Deutsche – die Moral zur Kritik. Da war dann von "Menschlichkeit" die Rede, die die Kritiker der deutschen Anti-Harris-Kampage vermissen ließen, es wurden die "kleinen Kinder" bemüht, die die Dresdener Ruinen unter sich begraben hatten. Man brüllte, was das Zeug hielt und warf auch schon mal die Proletenmütze in den Staub. Diesem deutschen "coming out" wurde dann noch schnell der Hinweis nachgeschoben, auch Widerstandskämpfer und versteckte Juden seien im Bombenhagel umgekommen.

Ein anschließend formulierter Antrag, nicht nur die politische Grundrichtung des Aufrufflugblattes zur Abstimmung zu stellen, sondern gegen den Mythos vom deutschen Opfergang zugleich auch die antinazistische Politik der Alliierten zu verteidigen, war für die Gruppe "Kritik und Diskussion" schließlich der Auslöser, die Versammlung gemeinsam mit anderen zu verlassen.

Die eigentlichen, auf den 8. Mai 1995 zielenden Beschlüsse wurden am zweiten Tag von einer knapp 50-köpfigen Gruppe mit VertreterInnen aus Berlin, Bielefeld, Bonn, Detmold, Freiburg, Hamburg, Leipzig, Marburg, Oldenburg und Zwickau gefaßt. Nachdem am Vortag die Grundsatzdebatte geführt und entschieden war, konnten nun konzentriert die Chancen und Risiken einer zentralen Aktion zum 8. Mai sowie die inhaltlichen Essentials für einen Aufruf beraten werden. Für die Beschlußfassung über Aufruf und Aktion wurde für den 28./29. Januar 1995 ein zweites Treffen in Berlin festgelegt. Die positive Bewertung des Wochenendes hatte folgenden Grund: Es war die inhaltliche Deutlichkeit und Polarisierung der Debatte vom Vortage, die nicht nur ein hohes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung unter Leuten erwiesen hatte, die zuvor größtenteils voneinander nicht einmal gewußt hatten und die aufgrund ihres klärenden Charakters die Grundlage für eine gemeinsame politische Intervention erst schuf. Es ist allerdings zu erwarten und zu befürchten, daß auch innerhalb der Linken die Debatte um Bomber-Harris versus Hitler-Deutschland mit dem Berliner Treffen erst begonnen hat.

Im Gedenken an 1945 wird Deutschland sich als Opfer auch der westlichen Alliierten zelebrieren, welche, anstatt rechtzeitig auf die Männer des 20. Juli zu setzen, deutsche Städte "verfeuert" (Augstein) und

den sowjetischen Vormarsch bis zur Elbe akzeptiert hätten.

Dresden 1995

Ein Kulminationspunkt dieser Kritik wird der 50. Jahrestag der Bombardierung von Dresden (13.-15. Februar) sein. Die "Kriegsverbrechen" (Augstein) von Churchill und seinem Luftmarschall Arthur Harris werden die Debatte bestimmen, zumal in der alten Nazi-Hochburg Dresden, wo die Ruine der Frauenkirche schon zu DDR-Zeiten alljährliches Prozessionsziel des Antikommunismus gewesen ist. Nach der "Wende" ist dort der Aufmarsch von 3.000 Faschisten mit Applaus und der Auftritt der britischen Queen mit Tomaten bedacht worden. Seit November wird mit feuerrot-katastrophischen "Apokalypse"-Plakaten zu Dresdener Musikfestspielen "anläßlich des 50. Jahrestages der Zerstörung" mobilisiert.

Seit Dezember wissen wir von der Rede Roman Herzogs, die dieser in Dresden über "europäische Verstrickungen", die "Verrohung des Menschen im Kriege" zu halten gedenkt. "Herzog meint, es dürfe doch nicht sein, daß jeder sich aus seinem Geschichtskuchen heraussuche, was er Gutes getan habe", berichtet Augstein, der in nationaler Fürsorge vor dem Herzog-Auftritt "strikt warnt." (Spiegel 49/94) Entweder, so Herzogs Botschaft, haben wir alle nur Gutes getan, oder es haben alle mal, wie 1945 auch die bombardierenden Briten, Verfehlungen begangen. Daß in diesem Punkt der Bundespräsident mit Beifall bis weit ins Lager der Friedensbewegung hinein rechnen kann, habe ich eingangs belegt. Man müsse sich "davor hüten ..., die Welt in 'Gute' und 'Böse' einzuteilen und dann die 'Guten' als die großen Helden der Befreiung (zu) feiern", schrieb der Leserbriefautor aus den Reihen der DFG/VK. Daß auch in der innermarxistischen Diskussion der Streit sich darum dreht, ob die Verbrechen der verschiedenen Imperialismen über einen Kamm geschoren oder differenziert betrachtet werden müssen, ist ebenso deutlich geworden, wie daß die Linke – auch die radikale – nicht selten deutsch ist.

Welche Aktion?

Der Auftakt der Mobilisierung zum 8. Mai könnte die Debatte über "Dresden" sein. Wird mit dem Essential, daß die Unterscheidung von NS-Opfern und NS-TäterInnen niemals verwischt werden darf, zugleich jede Kritik an der Regierung Churchill verhindert? Natürlich nicht. Nur sollte es angesichts der zu erwartenden Propagandaoffensive rings um "Dresden" um diesen Aspekt am allerwenigsten gehen (4).

Um welche Aktion könnte es am 8. Mai gehen? Welche Risiken sprechen gegen, welche Aspekte sprechen für die Durchführung einer gemeinsamen Demonstration? Wie steht es um die Planungen der Bundesregierung und die Planungen der VVN für den 8. Mai in Bezug auf Berlin? Einige dieser Fragen beantwortet das Protokoll der Berliner Konferenz (Bezugsmöglichkeit s.u.).

Es hatte in den letzten Jahren viele gute Gründe für einen Versuch gegeben, die antinational orientierten Zusammenhänge, Zeitungen und Individuen stärker miteinander in eine Diskussion zu bringen. Mit dem Berliner Treffen wird erstmals seit langer Zeit wieder ein Versuch gemacht. Daß es dabei nicht nur um eine Kampagne zum 8. Mai geht, sondern auch um die Formierung einer Strömung, hatte der Ablauf dieses Treffens gezeigt. "Dies ist die Zeit der Entscheidung" – so wurde es von einem Teilnehmer des Berliner Treffens formuliert. Wenn sich die deutschen Verhältnisse in den nächsten fünf Jahren in ähnlicher Rasanz wie seit 1990 weiterentwickeln, bleibt für die Entwicklung gemeinsamer antinationaler Zusammenhänge in der Tat nicht beliebig viel Zeit.

Max Müntzel

Protokoll des Berliner Treffens zum 8. Mai 1995: Bezug gegen DM 3 Portokosten bei: "Vorbereitungsgruppe 8. Mai", Postfach 306 237, 20328 Hamburg

Anmerkungen:

1) Dieser Medienverbund plant, diverse Öffentlichkeitsaktivitäten zur Darstellung des geläuterten Deutschland, beginnend mit dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar bis zum 7. Mai. Als Höhepunkt soll europaweit eine Revue aus dem Hamburger Thalia-Theater übertragen werden.

2) Die Ausgrenzung Andersdenkender verbreite "ein Klima der Angst und Gewalt in unserem Land", heißt es in dem Aufruf des Friedensnetzes Baden-Württemberg.

3) "Kein Volk auf dieser Erde ist auf Grund seiner Geschichte so moralisch-politisch verpflichtet zum Frieden auf der Welt beizutragen, wie unser Volk – das ist die Botschaft des 8. Mai!", erklärt Peter Gingold, Gestapo-Häftling, Resistance-Kämpfer und heute Bundessprecher der VVN.

4) Und wenn es einmal darum geht, bleibt entscheidend der Ausgangspunkt der Kritik. Wird sie aus der Perspektive der deutschen Volksgemeinschaft geführt? Oder aus der Perspektive der nationalsozialistischen Opfer, die unter Umständen eher befreit oder gerettet hätten werden können, wenn Churchill Deutschland früher und entschlossener angegriffen hätte?

In den letzten Monaten geistern Versatzstücke einer Bildungsdiskussion durch die regionale und überregionale Presse: Von der Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre ist die Rede, von der Wiedereinführung von Zulassungsprüfungen an Gymnasien und von der Verschärfung des Abiturs. "Neue" Ordnungsmaßnahmen wie das gute alte Nachsitzen kommen wieder ins Gespräch (1), die stärkere Förderung von Privatschulen wird propagiert und die weitere Privatisierung von Teilbereichen vorangetrieben – z.B. der Schulreinigung, die da und dort seit neuestem nur noch jeden zweiten Tag durchgeführt werden darf. In den Bundesländern werden an den Schulen sukzessive drastische Sparmaßnahmen durchgesetzt: Die Arbeitszeit der LehrerInnen wird verlängert, noch in der Ausbildung befindliche Referendare werden planmäßig im Unterricht eingesetzt und die Schüler-LehrerInnen-Relation verschlechtert – das bedeutet größere Klassen. Auch an den Universitäten werden weitgehende Veränderungen diskutiert, z.B. die Erhebung von Studiengebühren, die Einführung von zusätzlichen Leistungsnachweisen oder schärfere Zulassungsbestimmungen.

Solche Meldungen werden derzeit in der Öffentlichkeit meist nur als Einzelphänomene wahrgenommen, sie sind aber ein Wegweiser für die von Staatsseite betriebene grundlegende Neuorientierung des gesamten Bildungssystems. Die Planungen für eine Neukonstituierung der Schule, die der ökonomischen Umgestaltung angepaßt ist, sind bislang kaum Teil einer breiteren gesellschaftlichen Debatte, werden aber von Bildungsbehörden und politischen Parteien bereits sehr konkret vorangetrieben.

Dabei wird, was in den vergangenen Jahren bereits von konservativer oder liberaler Seite gefordert wurde, nun auch in sozialdemokratisch regierten Ländern propagiert, und die u.a. gegenüber den Gewerkschaften entwickelten Durchsetzungsstrategien erweisen sich als wirksam. Die Grundstruktur für den Umbau des Bildungssystems ist dieselbe wie bei der Umwälzung in der Produktion: *"schlanke Wirtschaft – schlanker Staat – schlanke Bildung"*. Bildung soll sowohl billiger als auch effizienter werden – bedarfsgerechte Elitebildung ist angesagt. Oder, wie es der neue Zukunftsminister Rüttgers formuliert: *"Geld ist nicht alles, Innovation beginnt in den Köpfen."* Rüttgers setze – berichtet die FAZ vom 26.11.94 – auf *"'Leistungseliten', zu denen er hochmotivierte Facharbeiter ebenso zähle wie Forscher und Ingenieure."*

Die Umgestaltung der Schulbildung, die im folgenden Artikel untersucht werden soll, ist dabei nur ein Beispiel für die Struktur einer Veränderungsstrategie, die sehr

Lean education

Umbau des Sozialstaats am Beispiel der Bildungspolitik

viel weiter ausgreifen wird: "Schlank werden" soll der gesamte Reproduktionsbereich, und nach denselben Prinzipien soll letztlich der Sozialstaat insgesamt abgebaut werden.

Kostenfaktor Bildung

Die Zusammenfassung der Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung zum neuen Zukunftsministerium unter Schäubles ehemals rechtester Hand, des *"unbedingten"* Kanzlervertrauten Rüttgers, weist auf die bevorstehenden massiven (nicht *"Umbau"*, sondern:) Abbaumaßnahmen hin.

Die *"härteste Prüfung"* – merkt die FAZ an – *"dürfte (...) die Reform des gesamten Bildungssystems werden."* (FAZ, 18.11. 94) Vorgedacht hat da einmal mehr – es wird wenig verwundern – der deutschnational positionierte Kanzler in spe, Schäuble, in seiner vielzitierten Veröffentlichung "Und der Zukunft zugewandt"(2). Er gliedert die Abschnitte zur Bildung in das Wirtschaftskapitel ein – und die Entwicklungsrichtung wird schon in der Argumentation deutlich, mit der er die privaten Schulen als besonders effizient herausstellt: *"Aus dem Zwang zu technischen Spitzenleistungen ergibt sich die Notwendigkeit einer Ausbildung auf allerhöchstem Niveau. Da stimmt es schon nachdenklich, daß dort, wo der Staat nicht allein verantwortlich ist oder sich ganz heraushält, unser Bildungssystem oft besser, innovationsfähiger und -freudiger ist als im Gehege staatlicher Monopolausübung."* (S. 134)

Die Grundrichtung des Konzepts ist, daß Bildung und Ausbildung viel schärfer als bisher an der neuen ökonomischen Entwicklung ausgerichtet sein und sich auf die Lieferung des entsprechenden Menschenmaterials konzentrieren sollen: Zum einen geht es darum, den dort entstehenden Bedarf an einer kleinen Schicht *"flexibler, kreativer, an der Sache motivierter Fachkräfte"* und Top-Manager zu decken; für die Masse der niedrigqualifizierten, mehr oder weniger "flexibel" einsetzbaren, degradierten "labouring poor" soll dagegen ein Ort der Verwahrung und Ruhigstellung gefunden werden. Bezogen auf Schul- und Ausbildungssysteme bedeutet das die Förderung der Elitebildung zugunsten des Bildungsabbaus für die breite Mehrheit, schärfere Segregationsmechanismen und Auslese; die Unterschiede werden nicht nivelliert, sondern verschärft.

Diese bildungspolitischen Vorstellungen existieren keineswegs nur bei den Vertretern des Wirtschaftsliberalismus. Sämtliche Parteien, CDU, SPD und die realpolitisch orientierten Grünen, sind sich darin einig, daß Bildung sich an Marktgesetzen und an deren neuen Leitbildern, Lean production und Deregulierung, orientieren müsse. Ausbildung als Kostenfaktor zu begreifen, war z.B. sowohl Ausgangspunkt als auch Ergebnis der sogenannten "Kienbaum-Studie" über die Situation an den Schulen in NRW, die der Unternehmensberater Kienbaum 1991 für 2,4 Mio. DM im Auftrag des SPD-Kultusministers Schwier erstellte. Das Gutachten kam zu der Erkenntnis, daß *"die politische Frage, wieviel Bildung das Land NRW anbieten will, grundsätzlich mit der Frage nach der Deckung der Kosten"* verbunden ist. Genau darum geht es: Bildung verursacht Kosten, und die kann und will ein *"schlanker Staat"* nur noch in sehr begrenztem Maße tragen – sie sollen auf andere, private Geldgeber übertragen werden. Hochschule und Schule müssen sich den herrschenden Wettbewerbsvorstellungen anpassen. Die zukünftige Bildungspolitik soll sich weitgehend vom zentral gesteuerten staatlichen Bildungsangebot, wie es bisher durch das Modell der Staatsschule und das Berufsbeamtentum der LehrerInnen vorgegeben war, verabschieden.

Die Debatte um die Neugestaltung der Schule wurde – unter dem Stichwort "Autonomie" – zunächst weitgehend intern geführt, wobei die Umsetzung im Hochschulbereich schon sehr viel weiter vorangetrieben worden ist. Beabsichtigt ist, daß nun auch die Schulen mehr und mehr quasi als selbständige Wirtschaftseinheiten nach Angebot und Nachfrage in freie Konkurrenz zueinander treten.

Das sozialdemokratische Modernisierungsmodell

Was Schäuble mit seinem schlichten Lob auf die Privatschulen und der Forderung nach Leistungseffektivität zum Ausdruck bringt, wird auch in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern, insbesondere in den Vorreiterländern Nordrhein-Westfalen und Bremen, vorangetrieben. Dabei wird in der SPD-Debatte unentwegt die besondere Chance hervorgehoben, die gerade in der Notwendigkeit von Einsparungen liegen könne. Es biete sich die Möglichkeit, über einen Umbau des Bildungssystems neu nachzudenken und ein neues Modernisierungs- und Strukturkonzept zu gewinnen, das zugleich eine neue Attraktivität entwickeln und neuen Elan, Schwung und Kreativität in die Schulen bringen könne. Henning Scherf, bekannt als linker SPDler und Bildungssenator in Bremen, übt sich besonders in der Demagogie, das Zusammenkürzen im Bildungsbereich als positive Zukunftsvision darzustellen. Denn daß Kürzungen vorzunehmen seien, wird nicht infrage gestellt: *"Es ist kein Befreiungsschlag aus dem Ressourcenproblem, das natürlich auch wir, wie alle anderen Schulverwaltungen in der Bundesrepublik haben. Ich möchte die schöpferischen, die reformerischen, die gestalterischen Kräfte in den Schulen einladen, mit uns etwas Neues zu konstruieren."* (Erziehung und Wissenschaft 10/94)

Die SPD will weg von der alten sozialdemokratischen Vorstellung von Bildung für alle und Chancengleichheit, deren Kernstück die Gesamtschule war. Ihr geht es darum, jetzt den Anschluß an die neue wirtschaftliche Entwicklung und Rationalisierung zu schaffen, was bedeutet, verschärfte Einsparungen und eine verschärfte Abgrenzung nach unten zu legitimieren. Dabei versuchen die regierenden sozialdemokratischen Bürokratien, die jeweils Betroffenen bzw. deren Gewerkschaften mit weitreichenden reformdemagogischen Angeboten zum Mitmachen zu gewinnen: Vorbild dafür ist das Zusammenwirken von IG-Metall, Betriebsrat und Unternehmensführung bei der Konstruktion und der Schaffung von Akzeptanz beim VW-Modell.

An den Beispielen Hamburg und Bremen sollen im Folgenden die ersten konkreten Angebote, die den Gewerkschaften zu den Themen "Schulautonomie" und "Neurege-

lung der LehrerInnen-Arbeitszeit" unterbreitet wurden, untersucht werden.

Autonomie der Schulen ...

In Hamburg legten die Hierarchiespitzen der Schulbehörde und "das mittlere Management" - sprich die Schulleiter - Ende 1992 ein Diskussionspapier (das sogenannte *"Hamburger Autonomiepapier"* vom 15.12.92) mit der überraschenden Tendenz vor, die eigene Rolle für weitgehend überflüssig zu erklären. Nicht etwa die Basis, sondern die Vorgesetzten forderten da so wohlklingende Veränderungen wie den *"Abbau unnötiger bürokratischer Regelungen"* und den *"Ausbau der Gestaltungsfreiräume der Schule"*. Der Text bot ein Sammelsurium von Reformideen an, wie sie von den verantwortlichen SPD-Bildungspolitikern selbst zu Hochzeiten der Bildungsreform geradezu systematisch bekämpft wurden: flexible Unterrichtsorganisation, Frei- und Selbstbestimmungsräume, freie Gestaltung des Unterrichts, stärkere Mitwirkungsrechte der Eltern, mehr Rechte für Lehrer und Schulkonferenz, Methodenfreiheit, Aufhebung des Stundentaktes, freie Schulraumgestaltung. Sogar Selbstkritik war angesagt: *"Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich Versuche, an die Reformtradition der 20er Jahre im Hamburger Schulwesen anzuknüpfen, gegen das Verwaltungsverständnis des Grundgesetzes nicht wirklich durchsetzen können."*

Dies alles sollte plötzlich an den Schulen nicht nur zu haben sein - nein, es wurde den LehrerInnen förmlich aufgedrängt. Wurde so suggeriert, nun könnten individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für fortschrittliche pädagogische Vorstellungen entstehen, ging es in dem Papier in Wirklichkeit im Kern darum, die Schulen finanziell sehr weitgehend aus der Verantwortung des Staates zu entlassen und in den freien Wettbewerb zu schicken. Ähnlich wie schon in anderen europäischen Ländern wurde das Modell der autonomen Schule parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung konzipiert: *"Der Staat bzw. die Kommune als Schulträger finanziert eine solche Schule durch globale Mittelzuweisungen nach der Zahl der Schüler, die die Schule gewählt haben. Zusätzlich haben die Schulen die Möglichkeit, sich Einnahmen durch Dienstleistungsangebote auf dem Markt zu schaffen."*

Was es aber bedeutet, in dieser Gesellschaftsordnung eine Schule *"auf den Markt"* zu schicken, die autonom in *"Verwaltung und Wirtschaftsführung"* ist, die ihre Mittel selbst verwaltet und auch über den Personalbestand entscheidet, deren Unterrichtsinhalte und Methoden nur noch durch recht *"globale Vorgaben"* geregelt sind - dafür gibt eine genauere Analyse des Hamburger Autonomiepapiers aufschlußreiche Hinweise.

So wird mit der *"Freiheit der Wirtschaftsführung"* und Entscheidung über den Personalbestand zugleich die Spar- und Mängelverwaltung auf die Schulen übertragen. Im Autonomie-Papier wird das so formuliert: *"Die Ressourcen-Verantwortung wird maßgeblich dadurch gefördert, daß Schulen selbst über die Verwendung ihrer Mittel, über Prioritäten entscheiden können. (...) Grundsätzlich sollte die Schule weitgehend selbst bestimmen können, wieviele Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Verwaltungs- und andere Fachleute sie im Rahmen der vorhandenen Mittel beschäftigen will."* Die Entscheidung also, wo genau eingespart wird, wird nicht mehr wie bisher von der Behörde vorgegeben, sondern jede Schulkonferenz entscheidet - natürlich demokratisch - wo der Schnitt angesetzt wird: ob die Stundentafel gekürzt oder besser die Klassengröße erhöht wird; ob wenige, eher teure LehrerInnen festangestellt werden oder ob Eltern oder Studenten stundenweise gegen Honorar beschäftigt, also prekäre Arbeitsverhältnisse etabliert werden.

Die nur noch globalen Vorgaben von Unterrichtsinhalten sollen nicht mehr in erster Linie pädagogischen Neuerungen Bahn brechen, sondern Auslese und Ausdifferenzierung anheizen: *"Dabei sollten die entstehenden Unterschiede zwischen Schulen gleicher Art nicht schrecken. Schulprofile, die sich im kreativen Wechselspiel zwischen gestaltetem Angebot und differenzierender Nachfrage bilden, können wesentlich ertragreicher sein als gleichförmige Angebote. Nicht auf Gleichheit, sondern Gleichwertigkeit der Ergebnisse kommt es an."* Wie auch immer die hier von Behördenvertretern eingeforderte Kreativität entwickelt wird, wird die Anpassung des Angebots an die *"differenzierende Nachfrage"* in der Praxis schlicht bedeuten, daß sich das Schulprofil einer Schule z. B. in St. Pauli durch Drogenberatung und einen warmen Mittagstisch auszeichnen wird, während sich Schulen in den Villenvororten Blankenese und Wellingsbüttel durch die Einführung eines Theaterzweiges oder von Japanisch als Fremdsprache den zukünftigen Wirtschaftsmanagern präsentieren werden. Unterschiede, die es in dieser Gesellschaft immer gegeben hat, werden durch die Verabschiedung der Einheitsschule institutionalisiert und festgeschrieben.

Nur logisch ist, daß auch das Propagieren von Sponsoring in diesen bildungspolitischen Reigen gehört. Da der Staat nicht (bzw. nur noch einen Grundsockel) zahlen will, sollen die nach Managementvorstellungen organisierten Schulen selbst für die Beschaffung der notwendigen Mittel Sorge tragen. Neben dieser *"Budgetisierung"* hätte eine autonome Schule das *"Recht und die Möglichkeit, mit Bildungs- und Dienstleistungsangeboten am Markt aufzutreten, z.B. durch Computerkurse für Eltern, Nachhilfekurse, Firmenkontrakte u. a. m. Die dafür notwendigen Aufwendungen ebenso wie die erzielten Erträge gingen ungeschmälert in die Wirtschaftsführung der autonomen Schule ein."* Auch hier sei an die Kapazitäten der privaten Finanziers (mit Spendenbescheid steuerlich absetzbar) im Vergleich St. Pauli/Blankenese erinnert. Nur zu deutlich wird dann die soziale Ausdifferenzierung, die dieses Konzept bedeutet.

Bruchlos an die Ideen der Lean production knüpfen die Vorstellungen auch an, wenn von der Förderung der Motivation der MitarbeiterInnen dieser Schulen die Rede ist: *"Die Einflußnahme darauf, was man tut und wie man es tut, begünstigt auch die Identifikation, die ihrerseits eine wichtige Voraussetzung für Leistungsfähigkeit und Bereitschaft ist."* Das betriebswirtschaftliche Ziel der schlanken Produktion aber sind nicht zufriedene Mitarbeiter, auch nicht mehr Lebensqualität, sondern die Profitmaximierung - es geht um die Mobilisierung menschlicher Ressourcen zur Steigerung der Produktivität.

...und Neuregelung der LehrerInnen-Arbeitszeit

Inzwischen sind diese Konzepte in das Stadium konkreter Umsetzung eingetreten: Der Bildungssenator von Bremen, Henning Scherf, unterbreitete der GEW Bremen 1994 das Angebot, *"zu einer Verabredung"* zu kommen. Er wolle die Einrichtung von autonomen Modellschulen mit der Einführung einer *"relativen Arbeitszeitautonomie"* verbinden. Bemessungsgrundlage sei dann die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden, die aufs Jahr (also inclusive der Ferien) verrechnet würde. Im Gegenzug solle in dieser Erprobungsphase von ca. 3 bis 4 Jahren keine offizielle Arbeitszeitverlängerung - wie in anderen Bundesländern - für LehrerInnen in Bremen beschlossen werden können. Gleichzeitig stellte Scherf aber klar, daß die Schulen das Modell zum Nulltarif auszuprobieren hätten, denn das Bremer Modell ginge bei der Neubewertung der LehrerInnen-Arbeitszeit bereits von einer schlechteren Schüler-LehrerInnen-Relation aus, um so Stellen einsparen zu können.

Daß LehrerInnen zu wenig arbeiten, ist im Bewußtsein der Öffentlichkeit breit verankert. Die Stimmung ist deshalb durchaus positiv, wenn es um deren Stundenerhöhung geht. Aktuell haben bereits acht Landesregierungen eine Verlängerung der Arbeitszeit beschlossen. Das Gros der LehrerInnen scheint jedoch derzeit nicht bereit zu sein, sich gegen eine Arbeitszeitverlängerung zu wehren, sondern sucht eher die individuelle Möglichkeit der Teilzeitarbeit und des Lohnverzichts. Unter dem Verdikt des Sparens und des Umbaus der Schule ist die Debatte um die Neuregelung der Arbeitszeit nicht nur Bestandteil der Autonomievorstellung der sozialdemokratischen Bildungsbehörden, sondern wird auch von den Gewerkschaften geführt.

Eingeführt wird sie in der Regel über das pädagogische Argument, daß der 45-Minuten-Unterrichtstakt und die starre Einteilung in Fächer nicht mehr zeitgemäß seien, sondern statt dessen der Unterricht in Projektform, mit Wochen- und Monatsplanungen und exemplarisch an übergreifenden Themen zu erteilen sei – Vorstellungen, die im übrigen seit vielen Jahren diskutiert und an diversen Schulen praktiziert werden. Geschlußfolgert wird daraus jetzt, daß die Arbeit der LehrerInnen nicht mehr wie bisher an den Pflichtunterrichtsstunden, sondern am gesamten Aufwand gemessen werden müsse. Für die autonome Schule hätte das den zusätzlichen Vorteil, daß man dort die LehrerInnen sehr viel flexibler einsetzen könnte. Berechnet wird die Gesamtarbeitszeit für ein ganzes Jahr, aufgeteilt in Unterrichtstunden, Vorbereitungszeit, Aufsichten, Konferenzen, Elterngespräche, Aufgaben in der Schule und Verwaltung, Ferienanrechnung etc. Derzeit wird von einer 38,5-Stunden-Woche ausgegangen, unter Einbeziehung der Ferien wären das während der Schulzeit etwa 42 (Zeit-)Wochenstunden.

In den Gewerkschaften ist gerne die Rede vom dänischen Modell (3), in dem nach einem günstigen Anrechnungsschlüssel die Vorbereitungszeit pro Unterrichtstunde mit eins zu eins berechnet wird: eine Stunde Unterricht bedingt eine Stunde Vorbereitung. Würde dies zugrundegelegt, würde eine GrundschullehrerIn mit einer Unterrichtsverpflichtung von 28 45-Minuten-Stunden bereits heute wöchentlich 42 Zeitstunden arbeiten, unter Einbeziehung aller sonstigen Aufgaben also erhebliche Mehrarbeit leisten. Die Gewerkschaften versprechen sich von dieser Neuregelung den Effekt, über solche Berechnungsarten in der Öffentlichkeit endlich im besseren Licht dazustehen. Die Hoffnung, auf diese Weise dem Streit um die Mehrarbeit von LehrerInnen beizukommen, ja die Sparbeschlüsse unterlaufen zu können, ist allerdings ein Trugschluß. Die neue Form der Arbeitszeitbewertung wird unter der Voraussetzung beschlossener Sparprogramme diskutiert. "Lösungen" basieren wie in Bremen auf der Verschlechterung der Schüler-LehrerInnen-Relation und damit der Einsparung (bzw. Nicht-Neueinstellung) von LehrerInnen.

Tatsächlich soll mit dieser Art der Schulreform für die Zukunft eine Basis geschaffen werden, Bildungsabbau ohne großen öffentlichen Protest betreiben zu können. Gingen bislang z. B. Stelleneinsparungen insgesamt mit Stundenkürzungen oder größeren Klassen einher, so können in der autonomen Schule diese Verschlechterungen, zugeschnitten auf den Stadtteil, höchst "individuell" durchgesetzt werden.

Das Modernisierungsbündnis

Von Seiten der SPD wird zur Durchführung dieser Veränderungen – wie schon erwähnt – die Bildung eines breiten Modernisierungsbündnisses angestrebt, das neben den Grünen auch die Gewerkschaften umfassen soll. Gleichzeitig bildet sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, daß jeder zur Neuerung der Gesellschaft und zur Finanzierung des Sozialpaktes beizutragen hat, und die Einführung von Lean production und die Akzeptanz der Deregulierung sind längst fester Bestandteil auch der gewerkschaftlichen Debatte.

Lange zu warten brauchte die SPD daher nicht, als sie um konstruktive gewerkschaftliche Mitarbeit bat. Die LehrerInnen-Gewerkschaft GEW, deren Spitze traditionell mit der Sozialdemokratie verflochten ist, reagierte positiv und befindet sich jetzt im Streit über die Frage der *"Verhandlungen"*.

Bereits Mitte letzten Jahres forderte der Vorsitzende der Bundes-GEW, Wunder, einen *"Kurswechsel"*. Es könne nicht nur Aufgabe der Gewerkschaften sein, Verschlechterungen zu bekämpfen: *"Bildungseinrichtungen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen, könne auch mit positiven gewerkschaftlichen Zielsetzungen verbunden werden"*. Eine besondere Chance sah auch er in der Schulautonomie und in einer veränderten LehrerInnen-Arbeitszeit und kam zu dem Schluß: *"Ich bin für eine Veränderung der GEW-Politik, verabschieden wir uns von der Defensive, die jeweils bekämpft, was die Regierung macht (...). Laßt uns statt dessen in die Offensive kommen, in die Gestaltung von Bildungspolitik. Nutzen wir die durch die öffentliche Finanzpolitik gegebenen Zwänge"* zur *"pädagogischen Reform der Bildungseinrichtungen"* (Erziehung und Wissenschaft

Lean production

Lean Production bedeutet in erster Linie den völligen Umbau der Arbeitsorganisation, um flexibler produzieren zu können. An die Stelle der starren Automation tritt die computergestützte Automatisierung. Immer schneller sollen sogenannte individuelle Kundenwünsche erfaßt und bedient werden können. Der Erfolg beruht auf einem flexiblen Produktionssystem, das die menschliche Arbeitskraft und die Gestaltung von menschlicher Arbeit und Technik anders gewichtet. Dabei bedeutet Lean production keineswegs das völlige Verschwinden der Fließbandarbeit. Kennzeichnend für diese Art des Produzierens ist aber die Arbeit in sogenannten Arbeitsgruppen oder "Produktionsinseln", die für die Erstellung des gesamten Produkts zuständig sind. Die ArbeiterInnen sind eingebunden in ein Team, das sich durch "flache Hierarchien" auszeichnen soll, und übernehmen die Verantwortung für die Arbeitsplanung und den effizienten und fehlerfreien Ablauf. Das Team kontrolliert sich selbst – in der Regel effektiver, als es jeder Vorgesetzte jemals leisten könnte – und trägt auch selbst zur kontinuierlichen Verbesserung des Produktionsprozesses, sprich: zur Rationalisierung, bei. Die Identifikation mit "der Sache" ist entscheidender Bestandteil des Konzeptes. Im Kern geht es jedoch nicht um befriedigendere Arbeitsverhältnisse, sondern um knallharte Effektivität.

Das Konzept erfordert "Flexibilität" – der Produktionsanlagen, der Zulieferbetriebe und der Menschen bzw. ihrer Arbeitskraft. Die Arbeitszeiten müssen den Produktionsanforderungen im Jahres-, Monats-, Wochen- oder Tagesrhythmus unterworfen werden, die Beschäftigten sich durch ein Mehr an Teilzeit- oder auch Leiharbeit anpassen. Sichtbarer Ausdruck und Folge dieses Strukturwandels ist die rasche Zunahme "entgarantierter", nicht-tariflich geregelter Formen der Lohnarbeit sowie eine große Anzahl konjunkturabhängiger Beschäftigten. Im Zuge der Auslage-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung lean production

rung bestimmter Produktionsbereiche aus den Kernfabriken und der Privatisierung von "unrentablen und automationsresistenten Betriebsteilen" wie Reinigung, Kantine etc. entstehen ein explosives Wachstum des Dienstleistungssektors und neue Formen der Selbständigkeit – was in der Regel bedeutet, daß die Menschen aus gesicherten, tariflich geregelten Konzernarbeitsplätzen in schlechter bezahlte, einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzte Verhältnisse wechseln. Damit beginnen sozialpolitische Standards zu wanken. Nicht nur das Normalarbeitsverhältnis löst sich auf, die Neuorganisation des Produktionssektors führt auch zur Neuregelung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Während zum einen der "flexible Arbeiter" mit betriebsspezifischer Rundumausbildung, mit "Teamfähigkeit, Kreativität, Innovationsfähigkeit und Problemlösungskompetenz" mit "Schlüsselqualifikation" benötigt wird, entsteht auf der anderen Seite eine große Anzahl von minderqualifizierten Arbeitsplätzen z. B. im Zuliefer- und Dienstleistungsgewerbe mit unsicheren und ungeregelten kurzzeitigen Arbeitsverhältnissen. Die gewünschte Entwicklung skizziert Wolfgang Schäuble in seinem neuen Buch: Da in absehbarer Zeit im industriellen Bereich nicht mehr genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden, muß *"der private Sektor wieder in den offiziellen Arbeitsmarkt integriert werden"*. Arbeit, so Schäuble, gäbe es dort genug, nur sei sie derzeit noch nicht bezahlbar. *"Ich selbst hätte genügend Arbeit, die ich in Haus und Garten gern getan sähe – nur: ich kann sie nicht bezahlen."* (1) Ähnliche Ansätze entwickelt er für die "Do-it-yourself-Bewegung", für Saisonarbeiter oder Erntehelfer; hier müßten die deutschen Arbeiter die ausländischen endlich wieder ablösen: *"Es gibt mehr ungenutzte Arbeitsplatzreserven, als unsere von einem antiquierten Arbeitsbegriff vernagelte Tarifwelt sich einzugestehen traut. (...) Alle diese Befunde gerinnen immer wieder zu der schlichten Maßgabe: Wir brauchen dringend eine Senkung der Arbeitskosten sowie eine Flexibilisierung von Arbeitszeiten."* (144/145) Arbeit ist da, so Schäubles Credo, sie muß wieder bezahlbar, und das heißt: billiger werden. Die Folge des von ihm projektierten Umbaus ist, daß Einkommensun-

Fortsetzung nächste Seite

78/94). Den richtigen Riecher bewies auch der Berater der GEW, der Dortmunder Schulforscher Rolff, als er – nach Darstellung der FR vom 3. 11. 94 – ergänzte, *"in der bildungspolitischen Diskussion sei heute wieder Aufbruchstimmung zu spüren wie in den 60er Jahren. Damals wie heute gehe es um eine Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft: Deshalb liegen Bündnisse von Bildungsreformern und Wirtschaft in der Luft."*

Genau dieses Szenario und die Frage, ob es Sinn macht, in dieser Situation Hoffnung in eine Strukturveränderung zu setzen oder ob die LehrerInnen mit Protest und Widerstand auf die aktuelle Sparpolitik reagieren sollten, führte jüngst zum Streit in der GEW Hamburg. Deren Vorsitzender de Lorent, ehemals DKP-Mitglied und lange Zeit vom Berufsverbot betroffen, wechselte die Seite und verkündete über die Presse *"einen Paradigmenwechsel"*, indem er für eine *"Schulreform höheren Grades"* warb. De Lorent, der lange Jahre unter der Losung "Bildung statt Bomben" gearbeitet hatte, hat jetzt unter Anerkennung neuer Realitäten auch zu neuen Einsichten gefunden: *"Bei aller Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik in dieser Republik (sind) ein paar objektive Daten im Hamburger Haushalt zur Kenntnis zu nehmen. (...) Es kann nicht bestritten werden, daß (...) mit einem Defizit von 4,5 Milliarden DM von 1994 bis 1997 zu rechnen ist."* (Zeitschrift der GEW 9/94)

De Lorent propagiert deshalb, jetzt gerade nicht auf *"nicht zu gewinnende und somit perspektivlose Abwehrkämpfe zu setzen"*, sondern wirbt für Verhandlungen mit der Schulbehörde, um dort für einen Umbau der Schule einzutreten. *"Wir werden für Selbstverwaltung und Autonomie auch gerade unter Bedingungen eingeschränkter Ressourcen sein müssen, damit die Schulen zu einem größeren Maße selbst entscheiden können, wie sie die Mittel bei ihrer jeweiligen Schülerschaft und ihrem pädagogischen Konzept am sinnvollsten einsetzen können."* (Zeitschrift der GEW 11/94)

Eine vorantreibende Rolle in dem sich formierenden Modernisierungsbündnis spielen auch die Grünen. In Hamburg ist es die realpolitisch orientierte GAL, hier in Person ihres Bildungsreferenten Kurt Edler (früher ein bekennender Maoist), der schon immer Gift und Galle gegen diejenigen Linken (die *"radikal Unkreativen"*) gespuckt hat, die dem Staatsapparat in irgendeiner Weise ihr Mittun verweigert haben. Für ihn, den *"konsequent Kreativen"*, gibt es deshalb auch nur zwei Möglichkeiten: *"Entweder wird die Schule wegen knapper Kassen schlechter oder trotz knapper Kassen besser."* (Zeitschrift der GEW Hamburg 10/94)

Mit seinen bildungspolitischen Vorschlägen geht er über die Vorstöße der sozialdemokratischen Bildungsbürokratie noch hinaus, ja er stellt sich – weil er weitgehend auf sozialdemagogischen Kleister verzichtet – viel offener in den Dienst der Wirtschaft: *"Sie alle wissen: ein modernes Management kommandiert nicht, sondern befähigt zum eigenständigen Handeln. Es lebt nicht durch Direktiven, sondern durch unvoreingenommene Kommunikation. Nur so können das* kreative Potential *und die* Intelligenz (im Original hervorgehoben) *der Beschäftigten mobilisiert werden. Was aber für die Wirtschaft gilt, muß noch mehr für die Schulen gelten. So sollte auch die anstehende Schulrechtsreform dazu beitragen, daß alte, pädagogisch kontraproduktive Handlungsmuster obsolet werden."* (Anschreiben von Kurt Edler zum GAL Bürgerschaftsantrag "Schulautonomie")

Powern zum Nulltarif

Was in Hamburg noch in der Planung ist, wird im sozialdemokratischen Bundesland Bremen als Experiment bereits praktiziert. Der keineswegs kritisch gemeinte Bericht (FR, 3. 11. 94) einer "Versuchsschule" in Bremen gibt einen kleinen Einblick: Vor zwei Jahren ist man dort aufgebrochen aus *"Resignation und Stillstand"* – *"ohne Neueinstellungen, ohne große Finanzspritze"* – aber mit der *"Autonomie als Chance, den Stillstand zu überwinden"*. Wenn z. B. Mittel für den Umbau des Schulhofes benötigt werden, muß sich der Schulleiter jetzt ans Telefon hängen: *"Wir werden bestimmt keine Mc-Donalds-Schule. Aber wenn mir ein Vater anbietet, seine Firma könnte das billig machen, sage ich nicht nein."* Etwa *"einen Monat umsonst gearbeitet"* hätte sie, schätzt eine berichtende Lehrerin ein, aber sie hätte auch einen Blumenstrauß als Anerkennung mit nach Hause nehmen können. Ihr Fazit nach zwei Jahren: *"Powern zum Nulltarif. Jetzt muß vom Staat etwas kommen. Wir bewegen uns am Rande des Leistbaren. Wir sind alle erstaunt, wieviel an Kraft und Kreativität hier vorhanden ist, aber es besteht die Gefahr, daß wir ausgenutzt werden."*

"Die Gefahr" besteht wohl in der Tat, nur daß die Relationen hier noch völlig verkannt werden: die Bereitschaft zu einem Monat Mehrarbeit in zwei Jahren ist durchaus noch ausbaufähig – die Manager großer japanischer Unternehmen haben bereits 1993 *"nur elf von 39 Urlaubstagen in Anspruch genommen, die sich mit Resturlaub aus dem Vorjahr angesammelt hatten"*. (FAZ, 23. 11. 94)

Dabei werden sich die Hoffnungen, auf diese Weise fortschrittliche Schulvorstellungen transportieren zu können, als schnell platzende Seifenblasen erweisen. Denn was das "reformerische Element" in dem sozialdemokratischen Modernisierungsmodell angeht, so wird es durch immer weitere Einschränkungen dezimiert werden. In Hamburg beispielsweise ist inzwischen das Autonomiepapier zugunsten der Erarbeitung eines neuen Schulgesetzes, wie es auch schon in anderen Bundesländern vorliegt, zurückgezogen worden. Hervorgehobener Bestandteil der im ersten Entwurf vorliegenden Gesetzesvorlage ist die Möglichkeit des Schulversuches und der Versuchsschule zur Erprobung neuer Autonomieansätze. Der neue Hamburger Schulgesetzentwurf enthält dabei aber längst nicht mehr das Feuerwerk an reformerischer Augenwischerei, das noch das "Autonomiepapier" prägte. Und auch die wenigen Reste, die im Schulgesetzentwurf noch zu finden sind, werden bereits auf höherer SPD-Ebene zurückgepfiffen. Hamburgs Bürgermeister Voscherau hat während einer Senatssitzung Protest gegen Zugeständnisse wie die Minderung des Einflusses der Schulbehörde oder die Ablösung der Zensuren durch das Berichtszeugnis bis Klasse 6 angemeldet und die Debatte zur Chefsache erklärt.

So ist bereits abzusehen, daß sich die Rhetorik, die in dem sozialdemokratisch geführten Modernisierungsbündnis gepflegt wird, in kürzester Zeit abnutzen wird. Es bleibt die Frage, ob sich dann nicht das rechte Original durchsetzt. Die CDU probt ja bereits auf verschiedenen Ebenen eine schwarzgrüne Zusammenarbeit. Besonders problemlos scheint sich die Übereinstimmung in der Bildungspolitik herzustellen – so weitgehend, daß sich die FAZ veranlaßt sieht, von einer veränderten politischen Farbenlehre zu sprechen. Selbst ein Peter Gauweiler – der nicht im Verdacht steht, sich für grünschwarze Bündnisse einzusetzen – lobte die *"mutigen Einzelkämpfer"* in der grünen Partei: *"die Vorboten einer neuen Bürgerlichkeit, die sich Lagern oder Farben nicht mehr zuordnen lassen"*. Besonders imponierte ihm die *"Mutter von drei Kindern"*, die NRW-Abgeordnete Beate Scheffler, *"von Beruf Lehrerin"*, die der *"Vermutung"* nachgegangen sei, *"es könne am Ende gar etwas mit der antiautoritären Erziehung zu tun haben"*, daß die Jugend *"zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert, und im schlimmsten Fall sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist." "Von wieviel Bildungspolitikern"* – so Gauweiler – *"der ach so fortschrittlichen CDU hat man dergleichen Fragestellungen öffentlich gehört."* (FAZ, 1.12.94)

Alle Parteien wissen sich darin einig, daß die ökonomische Effektivierung des Bildungssystems und sein Zuschnitt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft durchgesetzt werden müssen, was zugleich den Abbau des Wohlfahrtsstaates mit sich bringt. Zur Vorbereitung wird quer durch alle Lager ein Werte- und Verzichtsdiskurs gegen Hedonismus und Individualismus, gegen Anspruchsdenken, gegen sozialen Mißbrauch, für Gemeinschaft und die Installation von Eliten geführt – vorangetrieben gerade auch von der ehemals linken Intelligenz: Erinnert sei an die Auseinandersetzung um "die Schuld der 68er" oder an die Political-correctness-Debatte im FAZ-Feuilleton. Doch während die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften derzeit noch zusätzliche Reformrhetorik entfalten, setzen Gauweiler und Schäuble konsequent auf eine reaktionäre Werte-und Verzichtsargumentation. Schäubles Entwurf, die Gestaltung von *"nationaler Gemeinschaft"* mit der Dynamisierung der Wirtschaft zu verbinden – er geht davon aus, daß nur *"ein hinreichender Wertkonsens unserer Gesellschaft die notwendige Voraussetzung für ihre Freiheitlichkeit (ist)"* (S.11) – verfügt über ein nicht zu unterschätzendes Integrationsvermögen in die Gewerkschaften und Parteien hinein.

Keineswegs am rechten Rand der Gesellschaft befindet sich Schäuble auch, wenn er die Familie als die Institution benennt, die bei einem modernisierten, auf Effizienz gestimmten Bildungssystem als Garant für Erziehung und Wertevermittlung gestärkt werden müsse. Die Familie sei, so Schäuble, der Ort, an dem *"jene Gemeinschaftswerte im Kleinen tagtäglich erlebt und eingeübt werden, die für den Zusammenhalt im Großen so notwendig sind."* (S. 111) Auch ehemals Linke kann er bereits in diese ideologische Rechtswende einbinden: *"Es ist gut, daß wir uns durch den Spott der sich fortschrittlich gerierenden Kritiker nicht haben davon abbringen lassen, die Familie zu stärken. Heute, wo die Erfahrung von Gewaltexzessen Jugendlicher auch die linken Autoritätsschleifen zum Umdenken, mindestens zum Nachdenken gebracht hat, ist die zentrale Bedeutung funktionsfähiger Familien weithin anerkannt. Erziehung und Familie, die in den siebziger Jahren – auch im 2. Familienbericht der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung – als Relikte vormoderner, angeblich undemokratischer Gesellschaftspolitik angegriffen wurden, sind heute unumstrittener denn je." (S. 89)*

Gabriele Becker

Anmerkungen:

1) Nur als ein Beispiel sei hier die deutliche Position von Stuttgarts Kultusministerin Marianne Schulze-Hector (CDU) angeführt, die als pädagogische Maßnahme gegen die *"überwiegend unkonzentrierten, unruhigen und undisziplinierten"* Schüler vorschlägt: Sie sollen durch *"Nachsitzen bis hin zum Schulausschluß"* in ihre Schranken verwiesen werden können. (FAZ, 8.11.94)

2) Wolfgang Schäuble, Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994

3) Durch die Diskussion geistert das *"dänische Modell"*, das dort seit dem 1.8.93 wirksam ist. Die dänische Folkeskole ist eine einheitliche Regelschule von der 1. bis zur 10. Klasse – es gibt kein mehrgliedriges Schulsystem, das Gymnasium baut auf der 10. Klasse auf. Schon immer stellten die dänischen Kommunen die LehrerInnen ein und zahlten deren Gehälter aus. Jetzt übernehmen sie die gesamte Arbeitgeberverantwortung und tarifliche Zuständigkeit. Die LehrerInnen sind nicht mehr länger Beamte im Staatsdienst, sondern Angestellte der Kommunen. Die Schulen gehören den Kommunen und bekommen von diesen auch die Haushaltsmittel zugewiesen. Der Anrechnungsschlüssel für LehrerInnen scheint dort zunächst recht günstig zu sein, so wird für eine Unterrichtsstunde eine Stunde Vorbereitungszeit angerechnet, dazu kommen Konferenzen, Elterngespräche, Aufgaben in der Schule etc. Die Arbeitszeit wird als Jahresarbeitszeit berechnet.

Fortsetzung lean production

terschiede drastisch wachsen, Dauerarbeitslosigkeit hingenommen und der Anteil der Verelendung größer wird.

Das Bild der Gesellschaft ändert sich. (2) Von der Durchsetzung *"schlanker Produktionsstrategien"*, wie sie in Japan entwickelt wurden, ist nicht nur die Arbeitswelt betroffen. Dem Umbau der Produktion folgt der *"schlanke Staat"* auf dem Fuß. Die Auswirkungen der unter den Stichworten Lean production und Deregulierung durchgeführten Veränderungen lösen auch das Modell des Wohlfahrtsstaates ab, das in unterschiedlicher Form die Ära des Fordismus prägte. Der Sozialstaat ist nicht mehr länger tragbar. Ebenso wie im Produktionsbereich geht es auch hier um die Privatisierung einzelner, ehemals staatlicher Sektoren (wie Post und Bahn, die Durchführung von Teilprivatisierung z.B. in Krankenhäusern betreffend Reinigungsdienst, Wäschereien, Küchen etc.) und Deregulierung verbunden mit einem Umbau und immensen Einsparungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich.

Anmerkungen:

1) Wolfgang Schäuble, Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S.142

2) Vgl. dazu den Text "Last Exit Los Angeles" in der 17 Grad C 9/94, der die "schöne neue Welt der Postmoderne" von ihrer "glänzendsten und abstoßendsten Seite" am (nicht zufälligen) Beispiel Los Angeles analysiert.

Der Fall Berlusconi: Fall Berlusconis?

Klassenkampf und politische Herrschaft in Italien

Die derzeitige Lage in Italien macht jeden Artikel in einer Vierteljahrszeitschrift, der die aktuellen politischen Entwicklungen zu beurteilen versucht, zu einem gewagten Unternehmen. Bereits bei Erscheinen könnten Silvio Berlusconi und die Kraft, die ihn trägt, sein Medienwahlverein Forza Italia, ganz von der politischen Bühne verschwunden sein. Es kann aber auch ganz anders kommen. Die Rechten - vor allem die modernisierten Faschisten der Alleanza Nazionale (AN) um ihren Führer Gianfranco Fini - könnten am Ende aus den derzeitigen Klassenauseinandersetzungen siegreich hervorgehen.

Die Kommunalwahlen vom 20. November haben zwar Berlusconis Forza geschädigt, künden aber von keinem generellen Umschwung, sondern nur von einer Verschiebung der Kräfte. Zwar wird in einigen Medien seitdem, und vor allem seit der Vorladung in Sachen Bestechung durch die Mailänder Staatsanwaltschaft, täglich der Sturz Berlusconis erwartet. Den Wahlgang der 2,6 Millionen ItalienerInnen in 240 Städten auf die Gesamtlage in Italien hochzurechnen, ist aber problematisch. Dagegen stehen die Besonderheiten kommunaler Wahlen und die Bündniskonstellationen, die sich von den Europa- und Landeswahlen 1994 (siehe dazu BAHAMAS 14/94) unterscheiden. Der damalige Hauptgewinner, die Forza Italia, besitzt keine Parteiorganisierung auf lokaler Ebene. Eine nach Marketingverfahren aus dem Boden gestampfte *"Wahlmaschine"* sei *"ungeeignet (...) für Kommunalwahlen"*. So erklärte sich z.B. der postmoderne kommende Star der PDS, Massimo Cacciari (Bürgermeister in Venedig und Philosophieprofessor) ihre Niederlage. Die Forza Italia repräsentiere eine jener *"neuen Aggregationsformen"*, die *"durchaus provisorischen Charakter tragen und diesen auch wechseln können"* (Interview in: FR, 28.11.94).

Forza Italia hat umgerechnet mehr als die Hälfte der Stimmen verloren. Doch trotz dieser Tatsache und massiver sozialer Proteste kann von einem linken Aufbruch keine Rede sein. Auf der Rechten findet eine Verschiebung statt – die AN, die als MSI noch im letzten Jahr eine 5%-Partei war, wächst und wächst. Nicht nur, daß sie im Süden vielfach stärkste Partei geworden ist, sie gewinnt nun auch im Norden an Zustimmung. Nach Umfragen würde sie heute bei landesweit hochgerechneten 20 Prozent der Stimmen liegen, noch vor Berlusconis Forza. Der Faschist Fini ist der derzeit populärste Politiker Italiens.

Bossis Lega Nord hat ihren Abwärtstrend aufhalten können, sie stagniert aber. Die Nachfolgepartei der Christdemokraten, die Volkspartei (PPI), lag im ersten Wahlgang der Kommunalwahlen leicht gestärkt bei etwa 13%, hat also jene zwei Prozent, die die drei rechten Parteien zusammen verloren haben, aufgesaugt. Die PPI ist als mögliche Regierungspartei der Mitte in der politischen Bedeutung gestiegen. Die Linke, PDS und Rifondazione Communista, hat etwa zwei Prozent zugelegt.

In der Stichwahl am 4. Dezember sind PDS und PPI erstmals Mitte-Links-Bündnisse eingegangen, die zum Gewinn der Mehrheit in vier von sechs Städten führten. Die rechten Parteien stellten in keinem einzigen Fall eine gemeinsame Liste, vor allem aufgrund zunehmender Konkurrenz der Lega Nord mit Forza und insbesondere mit der AN. Bossi gebärdet sich immer häufiger als "Antifaschist".

Alles in allem: Nach einer Erhebung von Ende November waren immerhin noch 53% der ItalienerInnen gegen einen Rücktritt des Regierungschefs Berlusconi.

Zunehmende Polarisierung

Der Zögling der Geheimloge P 2 und Herr über das zweitgrößte private Wirtschaftsimperium Italiens befindet sich allerdings in einem Dilemma. Er hat seinen Wahlerfolg auf ein Aushebeln der bisherigen Regeln der "Partitocrazia" (Parteienherrschaft) gestützt, ist mit der als "Telecrazia" bezeichneten Methode an die politische Macht gelangt. In der harten politischen Wirklichkeit beginnt er nun aber, sich just im Regelwerk bürgerlich-demokratischer Interessenpolitik zu verheddern. Hatte er zunächst hoffen können, mit den hervorragenden Ergebnissen der Wahlen im März und der Europawahlen im Juni relativ ungestört sein Konsolidierungsprogramm durchsetzen zu können – zumal die staatstragende Linke vom PDS bis zu den Gewerkschaften wenig Kampfgeist entwickelte –, so haben ihm die ItalienerInnen einen Strich durch diese Rechnung gemacht. "Italienische Verhältnisse" sind zurückgekehrt, Streiks, Eisenbahnblockaden, Hochschulbesetzungen und radikalisierte Proteste der "Pensionisti" (RentnerInnen) sind an der Tagesordnung. 20.000 Linke lieferten sich am 10. September bei der Verteidigung des Leoncavallo, einem aus Besetzungen hervorgegangenen, autonomen Sozialen Zentrum, wie in den siebziger Jahren Straßenschlachten mit der Mailänder Polizei. Fünf Millionen Menschen beteiligten sich am vierstündigen Generalstreik vom 14. Oktober, fast zwei Millionen an der römischen Protestdemonstration vom 12. November.

Wie stark die Radikalisierung des sozialen Protests und der Gegenwehr der letzten Wochen die nichtparlamentarische Linke politisiert hat und relevante Gegentendenzen befördert, läßt sich derzeit dennoch kaum beurteilen. Die Kommunalwahlen sind dafür kein Indikator gewesen. Immerhin sind die durchaus modernisierungswilligen Gewerkschaften gegen das Zögern ihrer Führungen in Kampfmaßnahmen getrieben worden. Zugleich zeigt ihre Einigung mit Berlusconi am 1. Dezember ihre Kooperationsbereitschaft (der Kompromiß: Aufschieben eines Teils der Rentenkürzungen, Hilfsprogramme gegen die Arbeitslosigkeit in Süditalien, insgesamt etwa 4 Mrd. DM weniger Einsparungen als geplant). In letzter Minute wurde der für den 2. Dezember angekündigte Generalstreik abgeblasen. Die Gewerkschaften haben offenkundig Angst, nicht nur für den Sturz der Regierung, sondern für die Verhinderung des Haushalts und die Folgen für die Währung verantwortlich gemacht zu werden – alleine die Bekanntgabe der Korruptionsermittlungen gegen Berlusconi ließ die Lira auf den bislang tiefsten Stand sinken. Die gesellschaftliche Polarisierung in Lager hat zugenommen, doch ist der Rechtstrend dadurch nicht einfach aufgehalten.

Die mächtigsten Konzernvertreter Italiens, sowohl Fiats Agnelli als auch Olivettis De Benedetti, standen vor den Märzwahlen dieses Jahres Berlusconis Start in die Politik eher reserviert gegenüber. Der erste stützte die niedergehenden Christdemokraten der PPI, dem anderen wurden Neigungen zum linken Bündnis der "Progressisti" nachgesagt. Der Unternehmerverband "Confindustria" blieb ebenfalls auf Distanz. Nach den Wahlen erfolgte der Umschlag: Senator Agnelli, der vor den Wahlen verlauten ließ: *"Wenn Silvio Berlusconi gewinnt, gewinnen auch wir anderen Unternehmer, wenn er verliert, verliert er ganz allein"*, setzte die erste Variante in ein Votum für Berlusconi im Senat um. "Confindustria" spendete seinem Regierungsprogramm Beifall, und mittlerweile sind Agnelli und De Benedetti die härtesten

Verfechter des Sparprogramms: Sie fordern von Berlusconi, bei den Renten keinen Deut nachzugeben.

Berlusconi hat seiner Klasse keine Schande gemacht – seine neoliberale Politik ist aufgrund der harten sozialen Realität Italiens nur sechs Monate nach Amtsantritt aber in die Krise geraten. Zunächst wurden neugegründeten Unternehmen Startvergünstigungen gewährt. Der Machtkampf mit den Fernsehsendern der staatlichen RAI schien durch Umbesetzung des Führungspersonals zu seinen Gunsten entschieden. In der Verwaltung und den Institutionen des Staates erfolgte der Personalwechsel zu Lasten der alten "Partitocrazia" – betroffen waren ItalienerInnen, deren einziges Verbrechen es war, Arbeitsplätze zu Zeiten der christdemokratisch-sozialistischen Herrschaft erworben zu haben. Dann ging es ans Eingemachte: die Sanierung des Staatshaushalts.

Die Staatsschuld Italiens war seit den achtziger Jahren von 60% des Bruttosozialprodukts auf 124% (Juli 1994) gestiegen – das ist im Vergleich zu den europäischen Partnern mehr als das Doppelte und ist mit den Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion nach Maastricht nicht mehr in Einklang zu bringen. Italien ist damit das einzige Land unter den sieben größten Industrienationen, das nicht mehr höchste Kreditwürdigkeit genießt. Berlusconis Aufgabe war klar: Internationaler Währungsfonds und (im Hinblick auf die Währungsunion) EU verlangten massive Reduzierungen der Staatsschuld. Mit dem Notenbankexperten Lamberto Dini hatte Berlusconi einen Schatzminister bestellt, der viele Jahre in den USA als Exekutivdirektor Italiens beim IWF Erfahrungen gesammelt hatte. Nach der Privatisierung der Großbanken, Credito Italiano und Banco Commerziale, erlaubte die neue Regierung den Verkauf von 51% des Kapitals der staatlichen Versicherungsholding INA, weitere Privatisierungen des Staatssektors werden vorbereitet. Noch im Oktober äußerte der neue EU-Kommissar Italiens, der Mailänder Wirtschaftsprofessor Mario Monti (wie Dini einer jener parteiunabhängigen "Fachleute" der Kapitalistenklasse), daß *"die Situation günstig (ist), um den Italienern für einige Jahre Opfer abzuverlangen"*, da im (allerdings eher spekulativen) konjunkturellen Aufschwung die Sparpolitik weniger schmerze und die nächsten Wahlen erst 1999 anstünden.

Umgerechnet 50 Milliarden DM will die Regierung einsparen. Ihr Haushaltsgesetzentwurf, die "Finanziaria", sieht neben Einsparungen im Bildungswesen (u.a. die Erhöhung der sowieso horrenden Studiengebühren), im Gesundheitswesen (6 DM Rezeptgebühr, höhere Eigenbeteiligung), bei Post und Bahn vor allem 8 Milliarden DM Kürzungen der "Pensioni" vor. Die ursprünglichen Planungsziffern wurden mittlerweile, nach ersten Protesten und Differenzen im Regierungsbündnis (das trotz aller gegenteiligen Beteuerungen ebenfalls Partei-Klientel-Rücksichten nehmen muß) auf 5-6 Milliarden bei den Renten zurechtgestutzt. Insbesondere diese Einschnitte bei den Renten haben die unerwarteten Proteste freigesetzt, da an ihnen der Klassencharakter des Berlusconi-Programms überdeutlich wird. Kürzungen um bis zu 40%, eine Heraufsetzung des Rentenalters, Einsparungen vor allem bei den Schwerstbehindertenpensionen in einem Land, in dem ca. 25% der Menschen am Rande des Existenzminimums leben – solchen Maßnahmen steht das Versprechen an die Reichen und Verdienenden gegenüber, ihre Steuern nicht zu erhöhen, sondern die Unternehmenssteuern zu senken.

Als zusätzliche staatliche Einnahmequelle wurde angekündigt, Steuersündern die Strafen zu erlassen, wenn sie nachzahlen würden. Den zahlreichen Schwarzbausündern sollte der Abriß erspart werden, wenn sie eine Art "Ablaßgebühr" bezahlten – ein Einnahmeflop, da sich entgegen den Erwartungen nur wenige zur Kasse bitten ließen. Außerdem sollten weitere 10 Milliarden Privatisierungserlöse dazu beitragen, die Finanzmisere des Staates zu lösen. Negativ schlägt aber zu Buche, daß die Lira nicht stabil geblieben ist: Bei Berlusconis Wahlsieg im März 1994 kostete eine DM noch 965 Lire, Ende November waren es 1.026 Lire. Der Fall der Lira mußte durch Stützungskäufe der Notenbank aufgehalten werden. Die Leitzinsen wurden im genannten Zeitraum von sieben auf elf Prozent erhöht, was den Staat zusätzliche Milliarden an Zinszahlungen kostet, und eigentlich zusätzliche Einsparungen notwendig macht.

Linke auf Mehrheitssuche

Die parlamentarische Linke profitiert nur begrenzt von der sozialen Mobilisierung. Der Grund liegt auf der Hand: Sie fürchtet eine zu weitgehende Radikalisierung, weil sie selber Regierung im permanenten Wartestand ist. Daher orientiert sie nicht auf Förderung und Radikalisierung der Basisbewegungen gegen den Deregulierungskurs, sondern sie versucht diese für ihre Bündnis- und Mehrheitsbemühungen gegenüber der politischen "Mitte" und Teilen der Rechten als Machtfaktor zu benutzen. In Auswertung seiner eigenen Wahlniederlagen hat der PDS nicht etwa analysiert, daß ein erheblicher Teil der WählerInnen Italiens nach rechts will, sondern bei der Ursachenforschung für den rechten Wahlsieg mit der Suche nach eigenen Fehlern begonnen. Daß ein großer Teil bewußt die Parteien des Faschisten Fini, des norditalienischen Sezessionisten und Rassisten Bossi und des erfolgreichen Kapitalisten Berlusconi gewählt hat, bewegt sich außerhalb der Vorstellungskraft einer parlamentarischen Linken, die seit nunmehr fast fünfzig Jahren auf der Suche nach der Mehrheit ist. Bei einem solchen Herangehen ist zu erwarten, daß diese Linke sich nach rechts begibt, um nach neuen WählerInnen zu fischen.

In Anknüpfung an die Politik des "historischen Kompromisses" des PCI mit den Christdemokraten liebäugelt seine Nachfolgeorganisation, der PDS, mit Bündnisüberlegungen für eine neue Mehrheit unter Einschluß des PPI und der Lega, die sich von Fall zu Fall wortgewaltig, und in Einzelabstimmungen oppositionell zu Berlusconi gebärdet. Damit vollzieht der PDS nicht nur den Rechtsruck der Mehrheit der italienischen WählerInnen nach. Er verzichtet darauf, die gesellschaftliche Polarisierung für eine linke Erneuerung zu nutzen. Er setzt nicht auf die erkennbare Bereitschaft seiner eigenen Anhängerschaft, unter Jugendlichen und Alten sowie in der Arbeiterklasse, zum Widerstand, sondern gibt sich erneut der in der italienischen Nachkriegsgeschichte ständig gehegten und immer enttäuschten Hoffnung hin, über das Bündnis mit der bürgerlichen Mitte zur Regierungsmacht zu gelangen. Der PCI war im Unterschied zum faschistischen MSI zwar immer Bestandteil des italienischen Nachkriegs-"Verfassungsbogens" ("arco constituzionale"), war parlamentarisch und institutionell quasi Mitregierung und insofern in das System eingebunden – aber die offizielle Regierungsbeteiligung blieb ihm versagt. Für den Fall eines zu starken PCI existierten – mittlerweile aufgedeckte – Staatsstreichpläne und eine Bürgerkriegstruppe ("Gladio"), die von der NATO und den USA unterstützt wurden.

Zweifellos hat der "Kalte Krieg" diese Abgrenzung hervorgebracht, und die Hoffnungen des PDS auf Machtbeteiligung sind seit seiner 1990 auch als Namensänderung vollzogenen Wandlung vom Kommunismus zur Sozialdemokratie nicht gänzlich unbegründet. Einige kommunale Bündnisse von PDS und PPI, in denen die linke Rifondazione bewußt außen vor gelassen wurde, waren ja auch erfolgreich. Doch hat der neue PPI-Chef Buttiglione mehrfach versichert, daß ein weitergehendes Zusammengehen, eine gemeinsame Regierungsbildung nicht in Frage komme. Dies dürfte sich erst ändern, wenn er grünes Licht "von oben", aus der Wirtschaft, erhält. Der Preis dafür wäre, daß der PDS eine Garantie für den "sozialen Frieden" abzugeben hätte. Durch Veröffentlichung von vertraulichen Gesprächen Buttigliones mit Berlusconis Pressesprecher ist Ende November bekannt geworden, daß der PPI-Chef bei den Re-

gionalwahlen im Frühjahr 1995 Bündnisse mit Forza unter Einschluß der AN für möglich hält, wenn deren nach außen gekehrte Mäßigung anhält. Vorher nämlich – im Januar 1995 – plant die Kernpartei der AN, der faschistische MSI, seine Auflösung in die Alleanza, um nach seiner erfolgreichen gesellschaftlichen Rehabilitation künftig als "demokratische Rechte" zu fungieren. Ein solches Mitte-Rechts-Bündnis erscheint derzeit noch wahrscheinlicher, als die Hoffnung auf ein Mitte-Links-Bündnis. Doch wie gesagt: In Italien sind (fast) alle Varianten denkbar...

Nicht nur der PDS, auch der Chef des linken parlamentarischen Flügels, Fausto Bertinotti von der bei den Kommunalwahlen gestärkten Rifondazione Communista, laviert zwischen Klassenkampf und Rechtsbündnis. In einem Interview sprach er davon, *"daß in Italien eine Klassenbewegung entstanden ist, die alle Sektoren jenseits politischer Zugehörigkeit einschließt. Von da müssen wir ausgehen, vom sozialen Konflikt"*, um *"Allianzen von Fall zu Fall"* mit dem PPI und der Lega Nord anzuvisieren (junge Welt, 22.11.94). Die Formel von der Radikalisierung *"jenseits der politischen Zugehörigkeit"* führt umgekehrt auch zu Überlegungen bei der Lega Nord und der AN, die Basisproteste nicht einfach links liegen zu lassen. Sowohl der "proletarische Flügel" der Faschisten, als auch kommunale Gruppen der Lega haben sich an den zurückliegenden Aktionen beteiligt. Der Gedanke, daß hier eine rechte Radikalisierung versucht wird, von der sich abzugrenzen die eigenen Bündnisüberlegungen verhindern, scheint einer auf Machtbeteiligung orientierten Linken nicht zu kommen.

Angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten der aktuellen Entwicklungen verbieten sich eindeutige Prognosen – der Versuch, Tendenzen zu beschreiben, ist aber immerhin möglich. Ist einerseits ein neues rechtes Bündnis Forza, AN und PPI nicht auszuschließen, wird andererseits bereits offen als neuer Saubermann der ehemalige Präsident der größten italienischen Staatsholding IRI, Romano Prodi, als Berlusconis Nachfolger gehandelt. Er soll auch die Sympathien des PDS genießen. Diese Lösung würde die Übergabe der Staatsgeschäfte vom zweitgrößten Privatunternehmer Italiens in die Hände des einst größten Staatsunternehmers bedeuten, der das Kunststück vollbringen müßte, den schmerzhaften Prozeß der Privatisierung des mit 20% am Wirtschaftsumsatz Italiens beteiligten Staatswirtschaftssektors zu forcieren und – anders als derzeit unter Berlusconi – unter Duldung des PDS den "sozialen Frieden" zu sichern.

Bislang hat die Sorge, *"daß Italien in die Hände der Linken fallen"* könnte (Berlusconi), den Bruch des Bündnisses der Rechten verhindert. Bossi hat den drohenden Untergang der Lega zugunsten des Aufstiegs von Forza als Opposition im Regierungsbündnis aufhalten können. Offen verkündet er, daß die heutige Koalitionsmehrheit nur noch für die Verabschiedung des Sparhaushalts gelte und im Januar beendet sei. D.h.: er konkurriert politisch mit Berlusconi, aber nicht mit dessen wirtschaftlichen Zielen. Bossis Lega kann zwar die derzeitige rechte Mehrheit gefährden, steht allerdings kaum für eine neue Mehrheit, weil sie bislang nicht genügend glaubhaft hat machen können, daß es ihr um einen neuen Föderalismus in Italien gehe und nicht um eine Loslösung des Nordens, bzw. Abkopplung des Südens. Gerade dies könnte das Zusammengehen der "großitalienischen" Parteien Forza, PPI und AN befördern. Fini hat sich loyal und als unverzichtbarer Bündnispartner im Schatten Berlusconis zum Kronprinzen aufgeschwungen, ohne den zukünftig kein rechtes Bündnis mehr möglich erscheint.

Als graue Eminenz und schillernde politische Figur wirkt der Mailänder Staatsanwalt und Saubermann der "mani pulite", Antonio di Pietro. Um seinen theaterreif inszenierten Rücktritt – angeblich ins Privatleben – am 6. Dezember ranken sich verschiedene Spekulationen. Es werden ihm politische Ambitionen nachgesagt, wobei niemand zu sagen wüßte welche. Mit der Ausnahme Berlusconi werben alle um ihn: Berlusconis Stellvertreter Tatarella von der AN sucht ihn ebenso zu vereinnahmen wie Bossi oder wie Buttiglione der PDS.

Stärkung der Faschisten

Die beiden Konkurrenten Lega und AN haben die politische Szenerie Italiens rechts radikalisiert. Die Lega-Orientierung auf die *"produktiven Staaten des Nordens"* gegen die *"Parasiten des Südens"* (Bossi), die positive Bezugnahme auf *"die Fähigkeit der Deutschen, den slawischen Raum zu organisieren und den Osten zu kolonisieren"* (so der immer weiter nach rechts driftende Ex-Chefideologe der Lega, Miglio, 1993), hält die sezessionistische Option auf eine Alpenregion offen. Sie ist ebenso Element der Destabilisierung der italienischen Politik, wie die gegensätzliche Option Finis und der AN. Die Faschisten konnten mit den Ansprüchen auf Istrien und Großitalien bislang erfolgreich die italienische Blockadepolitik gegen die Assoziierung Sloweniens an die EU bestimmen. Der neu aufgeflammte Nationalismus in Italien hat zudem einen anderen Konfliktherd radikalisiert: In Südtirol hat der Anschluß Österreichs an die EU dem Gedanken an ein geeintes Tirol im größeren, pangermanischen Rahmen neuerlichen Auftrieb gegeben. Dadurch wurde der Zwist im italienischen Trentino/Alto-Adige angeheizt, was auch den AN/MSI-Faschisten zugute kam.

Ihnen können die genannten Entwicklungen insgesamt nur nützen. Bereits die Wahlen dieses Jahres ließen deutlich werden, daß ein wachsender Teil der ItalienerInnen die Ordnung der Verhältnisse durch eine starke Hand wünscht. Solche gesellschaftlichen Faschisierungstendenzen müßten durch den Zerfall des jetzigen Rechtsbündnisses nicht abflauen, könnten vielmehr dadurch sogar noch befördert werden. An dessen Stelle müßten keineswegs Linksbündnis und emanzipatorischer Aufbruch treten (woher auch, wenn die parlamentarische Linke kein grundlegend anderes Programm der Modernisierung vertritt als die Rechten), sondern mit einiger Wahrscheinlichkeit würde ein neues Rechtsbündnis – ob mit oder ohne Berlusconi – entstehen. Darin könnte ein gestärkter Fini agieren, und das Wählervotum als Auftrag werten, im zweiten Anlauf ungehinderter zu regieren – Tendenz: autoritäre Demokratie.

Die vielbeschworene "Telecrazia" scheint zunächst tatsächlich nicht mehr als ein gelungener Coup zur Mehrheitsgewinnung gewesen zu sein. Wofür stünde aber das Scheitern der *"erste(n) postpolitische(n) Regierung des Westens"* (Lucio Caracciolo), jenes Versuchs, die vermittelnde Funktion der politischen Herrschaft des demokratischen Parteiensystems auszuschalten und quasi "selbstbestimmt" die sozialen Interessen der Kapitalistenklasse zu vertreten? Das Scheitern des neoliberalen "Modell Berlusconi" könnte in anderer Weise prototypisch sein, als vielfach gedacht: Es könnte auf die tendenzielle Unmöglichkeit verweisen, die Industriestaaten des Westens auf die deregulierten Verhältnisse des Weltmarkts nach den Regeln der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie zuzurichten. Der z.B. auch bei diesen Kommunalwahlen festzustellende, stetige Aufstieg demokratisch gewendeter "Postfaschisten" könnte sich als "präfaschistisch" erweisen: Eine mögliche Perspektive, die in den gegenwärtigen Debatten allzuwenig beachtet wird.

Heiner Möller

PS: Für Leute, die das Ganze nur als Spiel betrachten: Vielleicht gibt es eine ganz andere Erklärung für Berlusconis möglichen Abgang? Sein Fußballclub AC Mailand ist auf dem absteigenden Ast. Milan ist im internationalen Fußball angeknackst und vor allem nur Elfte der italienischen Liga. Haben wir nicht Möllemanns Abgang am selben Wochenende erlebt, an dem Schalke sich – zu spät – auf Platz 12 hochgerobbt hat? Und auch Olympique Marseille hat wie sein von Skandalen geschüttelter Chef Bernard Tapie seinen Spitzenplatz längst verloren...

Heym-Leuchten

"Sache einer großen, bisher noch nie dagewesenen Koalition"

Ist es möglich, daß in einer Zeit, in der die Menschen zunehmend ihren geistigen Halt in sogenannten spirituellen und esoterischen Eskapaden suchen, in der Übersinnliches hoch im Kurs steht und überhaupt manches, was vor einem Jahrzehnt von vielen noch als Irrsinn abgetan worden wäre – z.B. die deutsche "Wiedervereinigung" – als selbstverständlich, wenn nicht gar wünschenswert begriffen wird, ist es möglich, daß in einer solchen Zeit auch Eingriffe verstorbener Kommunisten ins Diesseits nicht mehr ausgeschlossen werden können?

Zumindest ein ernst zu nehmender Hinweis in diese Richtung liegt vor – dokumentiert vom "Neuen Deutschland" am 18.10.94. Demnach muß kurz nach den Bundestagswahlen am 16. Oktober der Geist des deutschen Patrioten und Nationalkommunisten erster DDR-Stunde, Anton Ackermann, in den Leib des ND-Redakteurs Helfried Liebsch, verantwortlich für das Ressort Politik, gefahren sein und diesem einen auf der Titelseite veröffentlichten Kommentar in die Tastatur diktiert haben. Liebsch gab ihm – offenbar um seine Umwelt auf die durch die Besessenheit erzeugte innere Not hinzuweisen – den an einen Stoßseufzer gemahnenden Titel "Frische Luft". Ackermann (1) ließ darin den ND-Redakteur unter anderem die folgenden Sätze zu Papier bringen: "Dem 13. Bundestag wird es durchaus frommen, was da an Freigeist, an Kompetenz und Quengelei auf ihn zukommt. Der Graf und der Bergmann, der Dissident und der Ex-SED-Funktionär, der Westgewerkschaftler und der Ostprofessor – das wird ein Experiment mit offenem Ausgang." Ackermanns schon 1946 aufgeschriebener Traum vom "Staat des schaffenden Volkes, in dem alle Schichten, von den Gelehrten bis zum Landarbeiter" vereint wären, scheint durch die neugewählte PDS-Bundestagsfraktion eine erneute Realisierungschance erfahren zu haben.

Eine historische Rede ...

Der Dissident in der Aufzählung soll wahrscheinlich der Dichter Stefan Heym sein, der als Alterspräsident des Bundestages eine Rede hielt, die von der Journaille prospektiv in den Rang eines Attentates auf die Grundfesten der Nation erhoben worden war. Als die erwartete Bombe dann nicht zündete und Heyms Rede schwarz auf weiß vorlag, war die Enttäuschung allerorten als handfeste Depression zu verspüren. Dieses Konglomerat aus Banalität, Gedankenlosigkeit und deutsch-national-demokratischem Glaubensbekenntnis sollte der Angriff eines Unbelehrbaren, von den Segnungen der Marktwirtschaft und ihrer Demokratie nicht zu überzeugenden Altkommunisten auf die heiligen Kühe des glücklich vereinten Deutschland sein? Die Enttäuschung machte deutlich, daß die PDS durchaus noch so etwas wie einen guten Ruf zu verlieren hat, was niemand mehr von den anderen demokratischen Einheitsparteien im Ernst annehmen würde. Und hatte man in der Tat nicht von einem Dichter, der sich noch 1988 die grüblerische Frage vorlegte, ob es sich beim Machtantritt Gorbatschows vielleicht um "Dialektik, fleischgeworden" handelte, mehr erwarten dürfen als verhuschte Meditationen wie "Willi Brandt hat uns verlassen; doch wir stehen, meine ich, immer noch in seiner Pflicht." (2) War es zwangsläufig, daß ein Mann, der am Schluß seiner Autobiographie den Lesern die eines modernen Hamlet würdige Nuß zu knacken auferlegt: "Gibt es ihn doch, den Weltgeist, dessen vertracktes Wirken uns alle unmerklich bewegt?" (3), nun bei der jedem gewöhnlichen Politiker-Forderung nach einer "großen, bisher noch nie dagewesenen Koalition (...), einer Koalition der Vernunft, die eine Koalition der Vernünftigen voraussetzt" endet?

Den Kritikern aus Enttäuschung entging das eigentliche Anliegen des Dichters. Der Kern seiner Rede besteht in dem Angebot, die moralische Aufrüstung des Ostens für das gemeinsame nationale Projekt effektiver zu betreiben, als es den westlichen Einheitsparteien bisher gelang. Da werden die deutschen Interessen zu Menschheitsinteressen und dem ominösen Subjekt Menschheit wird eine Volksgemeinschaft nach deutschem Muster anempfohlen: "Die Menschheit kann nur in Solidarität überleben. Das aber erfordert Solidarität zunächst im eigenen Lande. West. Ost. Unten. Reich. Arm. Ich habe mich immer gefragt, warum die Euphorie über die deutsche Einheit so schnell verflogen ist. Vielleicht, weil ein jeder als erstes Ausschau hielt nach den materiellen Vorteilen, die die Sache ihm bringen würde."

Eine nationale Euphorie, die vornehmlich auf dem schnöden Streben nach Bananen und Westautos gründete, mußte mit abnehmender zahlungsfähiger Nachfrage bald schrumpfen. Der Dichter als Sinnstifter fühlt sich nun aufgerufen, in den Fundus immaterieller Bedürfnisbefriedigung zu greifen und fördert die "Erfahrung" zutage: "Zu wenig wurde nachgedacht über die Chancen, die durch die Vereinigung unterschiedlicher Erfahrung, positiver wie negativer, sich für das Zusammenleben und die Entwicklung der neuen alten Nation ergeben könnten und, wie ich hoffe, noch immer ergeben können." Das bedeutet sowohl: "Deutschland einig Erfahrungsland" als auch bei fortwährender Ignoranz der Wessis: "Wisse Ossi, wenn sie uns auch fast alles genommen haben, unsere Erfahrung können sie uns niemals nehmen!"

Tragischerweise stößt sowohl das Angebot auf Mitarbeit wie die Beschwörung eines möglichen nationalen Schadens auf taube Ohren bei den Kollegen von Politik und Medien im Westen. Der Anschluß der DDR gilt als irreversibel, die Inwertsetzung von Land und Leuten, die Installierung einer adäquaten demokratischen Obrigkeit

Kolonialstatus

Aus einem Beitrag von Prof. Dr. Michael Nier zur "Nationaldebatte", "Neues Deutschland", 5./6.11.94):

" Daß es mit der deutschen Wiedervereinigung so mies gekommen ist und die Bürger im Beitrittsgebiet in einen Kolonialstatus gefallen sind, liegt daran, daß die in Deutschland politisch bestimmenden Kräfte nicht national denken, sondern nur noch in der sozialen Qualität von Raffkes. Leute von der Linken bis zur Rechten sollten einmal wirtschaftspolitisch zu Nation, EU und Weltwirtschaft nachdenken. Der Erhalt nationaler Strukturen würde anschließend vielleicht als internationale Verantwortung begriffen werden! Dann würde vielleicht noch weiter auffallen, daß ein ganzer Teil der nicht ins Land gebetenen Gäste mit einem Nationalismus und Ethnozentrismus auftreten, der unseren deutschen Bürgern noch das Leben schwer machen wird. Dabei kriegen vielleicht auch Leutchen wie Schölzel (ND-Forum, 8./9. Okt. 94) noch einen mit vor den Ballon, obwohl er doch überhaupt kein böser Nationaler ist, sondern ganz universell alle und jeden lieb hat, 'Deutsche' ausgenommen."

ist abgeschlossen. Noch nicht ganz abgeschlossen ist der geistig-moralische Vollzug der "Vollendung der inneren Einheit" (Kohl). Aber der hat erst einmal noch Zeit, wenn Bedarf besteht, etwa die Errungenschaften der "gewaltlosen Revolution vom Herbst 1989" (Kohl und Heym) außerhalb des internationalen Warentausches in Form einer patriotisch gestimmten internationalen Friedensmission direkt zu exportieren, dann werden die Ossis automatisch in ihr nationales Recht gesetzt werden.

Wenn Heym sich dazu versteigt, daß die Stasi-Jagd aus den Händen der West-Journaille und der Gauck-Fuchs-Bohley-Brigade dem "ganzen deutschen Volk" übereignet werden sollte, dann erntet er vorerst, neben Gelächter, eine Stasi-Denunziation, die ihm pünktlich, wie sich das in Deutschland gehört, am 9. November zugestellt worden ist. Zu diesem Thema noch einmal Heym im Original: "Die Vergangenheitsbewältigung, von der heute um der Gerechtigkeit willen (!) soviel die Rede ist, sollte eine Sache des ganzen deutschen Volkes sein, damit nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen." Zwar intendiert der Dichter als ideeller Gesamt-Ossi hier eine Eindämmung des Treibens der professionellen Stasi-Jäger, als idealistischer Volksfreund vermag er allerdings nicht zu erkennen, daß das angehimmelte Subjekt im Zweifelsfalle meistens sehr genau weiß, wo die Saboteure seiner Gerechtigkeit zu finden sind; womit es potentiell immer schon antisemitisch ist. (4)

... und ihre Heymat

Weil die PDS derzeit noch als inneres Feindbild aufgeblasen wird, gleichzeitig aber auch deutlich erkennbar ist, daß ihr dies nicht viel schaden wird – im Gegenteil: Durch ihre Beschwörung als angeblich unbelehrbarer linker Verein wird sogar ein offenkundiger Beitrag zur Bewältigung der sogenannten "Krise des Politischen", zur partiellen Überwindung der "Politikverdrossenheit" geleistet –, springen in letzter Zeit doch viele Rest-Linke auf den abgefahrenen Zug. Neben einem Unternehmerverband weist die PDS inzwischen zusätzlich zur bekannten kommunistischen auch eine ökologische, eine autonome und sogar eine anarchistische Plattform bzw. Arbeitsgruppe auf.

Nun kann man es niemandem verdenken, wenn er/sie, angesichts des Eindrucks, der Geist des verblichenen Weltgeistes lenke den Zug der Geschichte eher in die Richtung der Barbarei denn der Emanzipation, den Entschluß faßt, seine/ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen und PolitikerIn mit allem Drum und Dran, das heißt vor allem der entsprechenden materiellen Sicherheit, zu werden. Übelnehmen muß man ihnen allerdings ihr bewußtes Nicht-zur-Kenntnis-nehmen bzw. aktives Tolerieren nicht nur der volksgemeinschaftlichen Anbiederungsversuche, sondern auch der offenen nationalistischen Exzesse auf den Seiten des "Neuen Deutschland", wie sie beispielsweise seit Mitte Oktober in Form der sogenannten "Nationaldebatte" stattfinden. Gehört ersteres vielleicht noch zum normalen Geschäft deutscher PolitikerInnen, so geht das Zweite doch zu weit über das von deutschen Linken und Linksliberalen Bekannte hinaus und bewegt sich häufig auf dem Niveau von Schäuble, Strauß, Walser et altera (5). Diese Debatte ist, wie es sich für eine pluralistische Partei gehört, als eine Pro-und-Kontra-Diskussion aufgezogen. Die Pro-Seite wird dabei hauptsächlich von Angehörigen der demobilisierten Akademikercharge der alten DDR verkörpert, den Contra-Part übernehmen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Linke aus dem Westen. Die einen eifern gegen den "nationalen Nihilismus", preisen die Nation als "unhintergehbare Form politischer Gemeinschaftlichkeit" und finden, wie es bei solchen Volkskundlern üblich ist, die "objektiven" Ursprünge der Nation im Dunkel des Mittelalters. Die anderen geben, wie ein Autor aus Hamburg, zu bedenken, daß der Nationalismus nur im Krieg ein adäquates Mittel sei oder, wie ein Ex-KBler, daß die Klimakatastrophe nicht vor nationalen Grenzen haltmache. Es stellt auch schon mal jemand die richtige Frage: "Warum sollen mir Sachsen näher sein als Polen, Russen, Rumänen?"

Wahrscheinlich wird bei dieser Debatte kein "Ergebnis" in der einen oder anderen Richtung herauskommen. Ihre wichtigste Funktion besteht darin, über das Medium der "kontroversen" Diskussion innerhalb wie außerhalb der Partei klarzustellen, daß die Sache der Nation ein dringliches politisches Anliegen ist. Das müßte allerdings für die mitdiskutierenden antinationalen Autoren die einzig konsequente Schlußfolgerung ergeben: Entweder die "Nationaldebatte" wird als eine Debatte zur Kritik von Nation und Nationalismus geführt oder wir verweigern dem Projekt unsere Mitarbeit. Daß dies nicht zu erwarten ist, hat neben vielen subjektiven Gründen eine Hauptursache im Volks- und Staatsfetischismus.

Horst Pankow

Anmerkungen:

1) Ein Ausschnitt von Ackermanns nationalkommunistischem Engagement wird in dem Beitrag "Die Farben der DDR sind Schwarz-Rot-Gold" von Horst Pankow in Bahamas Nr. 15 behandelt.

2) Die vollständige Rede Heyms ist abgedruckt im ND vom 11.11.94, pünktlich zum Faschingsbeginn.

3) Stefan Heym, Nachruf, erstmals 1988 veröffentlicht, hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe, Frankfurt am Main 1993, S. 836. Aufmerksame Leser dieses Werkes seien auf die äußerst vielseitige Verwendung des Wortes Dialektik hingewiesen. Es steht hier meistens für das Eintreten unerwarteter und überraschender Ereignisse, Begebenheiten und Wendungen. Heym erweist sich als großartiger Metaphysiker.

4) Liest man Heyms Autobiographie, erfährt man zwangsläufig von den vielen durch Deutsche Ermordeten aus seinem Verwandten- und Freundeskreis. Man ist darüber hinaus erschüttert, daß ein der Vernichtung Entronnener, der zudem aufgrund seiner politischen Orientierung schon etwas über den Zusammenhang von deutscher Geschichte, Kapitalismus und Massenmord mitgekriegt hat, seine konstruktive Mitarbeit beim Zusammenwachsen einer neuen Volksgemeinschaft anbietet.

5) Die "Nationaldebatte" findet seit dem 8. Oktober jeden Samstag auf der Forum-Seite des ND statt. Derzeit (Ende November 94) ist noch kein Ende angekündigt.

Reden für Deutschland ?

Christoph Jünke von der VSP ist beleidigt, weil er in BAHAMAS 14 des Abgangs von "Deutschland ohne mich" zu "Deutschland mit uns" als Begründung für die Bündnisoption auf die PDS geziehen wurde. Jeder könne das Gegenteil im Selbstverständnis der VSP lesen, wir würden ihn verleumden (SOZ, 22.9.94). Daß er Nationalismus nur als fahnenschwenkenden Pöbel definieren kann, macht er in einem Kommentar zur Heym-Rede deutlich. Hätte der, wie viele erwartet hatten, "auf den Tisch" gehauen, "so wäre er nicht nur ausgebuht, sondern wahrscheinlich äußerst handgreiflich seines Platzes verwiesen worden. Das wäre nicht nur der erste Nagel für seinen Sarg gewesen, sondern auch für den der PDS." (SOZ, 17.11.94) Deshalb, so Jünke weiter, blieb seiner "Rede von hoher Moralität" nicht viel anderes als der Beweis, daß "seine politische Motivation eine im besten Sinne humanistische ist. Scharf in der Sache, verantwortungsbewußt in der Sprache und ehrenwert in der Person. Das wird viele Zuschauer beeindruckt haben." Daß just dieses "verantwortungsbewußt", jene Hinwendung zu Deutschland als Ganzem den PDS-Nationalismus ausmacht, ist ihm entgangen. Der Gedanke, daß der Geifer der Bundestagsbagage Stefan Heym nicht zuzumuten ist, es deshalb sinnvoller gewesen wäre, das "Ehrenamt" der Alters-Eröffnungsrede gar nicht anzunehmen und dies auch öffentlich zu begründen, kommt Jünke nicht und der PDS erst recht nicht. Die wollte um jeden Preis vor aller Öffentlichkeit demonstrieren, daß sie nicht spalten, sondern versöhnen will, um mit Bruder Johannes zu reden.

Die Linke nach den Wahlen

Reformerische Sammlung im Schatten der PDS

Was ändert der Wahlausgang der Bundestagswahlen an der Perspektive der radikalen Linken? Während alle Zeichen auf schwarz-rot-grün mit vom Gerechtigkeitszorn erfüllter PDS als Opposition stehen, differenziert sich die zerfallende Linke weiter aus.Die Einschätzung der Wahlen, die Perspektiven von "Reformpolitik", die beschleunigte Verdeutschung der PDS, der Versuch einer am massenpolitischen Ansatz sich neu formierenden Reformlinken sowie ihre antiantinationalen Abgrenzungen werden nachfolgend diskutiert und kritisiert.

I. Ein rauschender Erfolg war er nicht, der Wahlsieg von CDU/CSU und FDP. Ebensowenig rauschend war das Abschneiden der parlamentarischen Opposition. Auf andere Art, als von den vollmundigen Beschwörern einer reformerischen Ablösung Kohls gemeint, ist dennoch Bewegung in die parteipolitische Bonner Landschaft gekommen. Alle Parteien mühen sich, der Aufgabe, die ihnen gemeinsam gestellt ist, gerecht zu werden: die für die Spitzenposition Deutschlands auf dem Weltmarkt notwendigen Anpassungen zu exekutieren und das Volk bei der Stange zu halten. Jenes launige "Wir werden sie jagen", das der Oberschüler Ludger Volmer von den Grünen der Kohl-Mehrheit am Wahlabend als sportliche Unterhaltung androhte, verheißt vielleicht Bewegung im Bonner Innenraum, es verspricht aber keinen politischen Wechsel im Standort Deutschland, der eine andere Richtung von Politik eröffnete.

Die geringe Mehrheit der Regierung Kohl und der desolate Zustand der FDP machen andere Koalitionsüberlegungen notwendig. Als Möglichkeit war bereits vor der Wahl die Große Koalition im Gespräch. Doch zeigt sich mittlerweile, daß die inhaltliche Annäherung aller Parteien (mit Ausnahme der PDS) selbst eine schwarz-grüne Konstellation denkbar macht. Alle linken Gedankenspielereien von rot-grün als "neue Reformpolitik" oder "Reformalternative" (PDS) erweisen sich als auf Sand gebaut, weil alle hierfür im Angebot stehenden Programme nicht links besetzbar sind. Wenn Baden-Württembergs grünes Schwergewicht Rezzo Schlauch eine neue deutsche Reformbewegung entdeckt hat – *"offenbar hat der Wunsch nach Reformen in Deutschland Dimensionen angenommen, für die in den bisher üblichen Parteiverbindungen kein Raum ist"* (1) –, dann trifft das den Kern dessen, was sich in der parteipolitischen Landschaft real bewegt, ganz gut. Die ganz große schwarz-rot-grüne Koalition wird zwar nicht formal, aber von Fall zu Fall – bei Fragen von nationalem Interesse – gebildet werden können.

Der Gleichlauf von schwarz-rot-grün vollzieht sich ohne gesellschaftliche Opposition und ohne erkennbare Ansätze zu Brüchen in den Parteien. Mehr als jemals zuvor kennzeichnet die Bonner Bühne, daß Personen, Parteien und Positionen austauschbar sind. Während sich Grüne über die erste 68erin, eine Pfäffin als Parlamentsvizepräsidentin freuen, schwarz-grüne Gemeinsamkeiten bei der *"Stärkung kleiner Lebenskreise"*, *"dem Prinzip der Subsidiarität"* sowie einem *"Netz von Dorfschulen"* anstelle einer *"zentralen Lehranstalt"* (Rezzo Schlauch) feiern, sind außen- wie innenpolitisch alle Weichen auf staatliche Machterweiterung und verschärfte Standortpolitik gestellt.

Zwar drängen Schwarz-Rot-Grün, jeder für sich und alle gemeinsam, nach rechts, doch ob die bisherige Bewegung für die Anforderungen an deutsche Standortpolitik ausreichen wird, ist mehr als fraglich. Noch traut sich in der parteipolitischen Sphäre (2) niemand, einen "Vertrag mit Deutschland" vorzuschlagen, der dem "Contract with America" des rechtsextremen Newt Gingrich und dem christlichen Fundamentalismus der US-Republikaner (3) vergleichbar wäre, und der den vom Kapital ersehnten sozialen Kahlschlag analog zu den USA vollziehen würde. Dort haben diejenigen, die noch wählen, sowohl Clinton zum Präsidenten gemacht, als auch den immer entfesselteren Republikanern die Mehrheit gegeben. Wer geglaubt hatte, die Wahl Clintons stehe für einen reformerischen Aufbruch, ist in kürzester Zeit blamiert worden. Demokratische Politik hat die Aufgabe, wirtschaftliche Notwendigkeiten zu verwirklichen – die aber erfordern gerade nicht, was Linke sich unter Reformen vorstellen. Der demokratische Politiker, der das nicht begreift, ist entweder schnell weg vom Fenster, oder er vollzieht, wie Clinton, diese Zwänge. Nicht anders steht es um "Reformpolitik" in der BRD: Die Auswechslung des Wörtchens "Abbau" durch "Umbau" markiert diese Einsicht in die "Notwendigkeit".

Man kann allerdings das bundesdeutsche Wahlergebnis nicht im gleichen Sinne als Programmauftrag werten, wie das der US-Republikaner. Auch nach der Wahl wird daher weiterhin versucht, den Abbau staatlicher Leistungen mit der Verminderung, aber Aufrechterhaltung sozialintegrativer Funktionen zu verbinden. Der in diesem Jahr einsetzende, exportbedingte Aufschwung mag diese Konzeption noch einige Zeit tragen. Aber die "Stunde der Wahrheit" rückt näher, und mit ihr die Frage, welcher politischen Kraft und welchen Führungspersonen anderes zugetraut wird?

SPD: Modernisierung gegen "Sozialschmarotzer"

II. Erwartungsgemäß legten die Kapitalistenverbände zwei Tage nach der Wahl, doch rechtzeitig vor Beginn der Koalitions-

"Wertschöpfungsgemeinschaft"

"Die Lebenschancen und der Wohlstand der Beschäftigten werden heute nicht mehr von einem Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bedroht. Eine Gefährdung droht viel mehr von außen, vom internationalen Wettbewerb", beschreibt Wolfgang Reitzle, Mitglied des BMW-Vorstands die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der Nationsmitglieder: Unternehmer und Beschäftigte. Er fordert "ganzheitliches Denken und mehr Eigenverantwortung der Mitarbeiter, statt Machtausübung". Der Arbeitgeber habe "unternehmerische Funktionen den Mitarbeitern zu übergeben". Herauskommen soll eine neue Form der Sozialpartnerschaft: "Die Menschen im Unternehmen müssen zu einer Wertschöpfungsgemeinschaft zusammenschmelzen und dies in ihr Selbstverständnis verinnerlichen."

Quelle: Wolfgang Reitzler, Die neue Rolle der Arbeitgeber, in: Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, "Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit", Stuttgart 1994

verhandlungen, ihren Wunschkatalog zum "Umbau" (4) genannten Abbau des Sozialstaats vor. Der ging zwar allen Parteien zu weit, und selbst die FAZ kommentierte in einer Mischung aus Bedauern und verständiger Resignation, daß die Murmann-Initiative die Regierung überfordere: *"Die Koalition wird sich auf wenige wichtige Initiativen, die zur Stabilisierung des Sozialsystems beitragen, beschränken müssen, wenn sie überleben will. Wer ihr mehr zumutet, gefährdet sie, ohne mit einer anderen Koalition mehr erreichen zu können."* (26.10.94)

Doch war der Verschlankungswettbewerb eröffnet, als Kohl seine Regierungserklärung unter das Motto vom "schlanken Staat" stellte. Der "Spiegel" (24.10.94) hatte nach der Kampagne vom Frühjahr 1993 erneut das Stichwort vom "Sozialschmarotzer" in die Debatte geworfen – die SPD zog nach. Am weitesten wagte sich Renate Schmidt vor: Das durchschnittliche sozialdemokratische Arbeitnehmerbewußtsein reagiere auf seine elende Lage, so Schmidt, mit Sozialneid auf die noch Elenderen. *"Verkäuferinnen"* mit wenig Verdienst und hohen Steuern würden sich fragen, *"ob sie vielleicht blöd sind"*, weil sie nach wie vor arbeiteten, anstatt es einmal mit der Arbeitslosenunterstützung zu versuchen. Daher müsse die SPD, und zwar schneller als in der Asyldebatte, *"die Gefühle der Bevölkerungsmehrheit respektieren"* (FAZ, 29.11.94).

In der SPD folgten die üblichen empörten Zurückweisungen gegen die Tendenz, Modernisierungspartei der "Mißbrauchsbekämpfung" zu werden – Lafontaine weiß ein Lied davon zu singen. Es handelte sich aber nur um das übliche Ritual, das die Partei braucht, um sich dann doch in die neu vorgegebene Richtung zu bewegen. Die Lektüre der auf der gleichen Tagung von Rudolf Scharping gehaltenen Tutzinger Stegreif-Rede vor dem "Seeheimer Kreis" (5) zeigt es: Nachdem die SPD bei der Diskussion um Blauhelmeinsätze, das Asyl- und das Verbrechensbekämpfungs-Gesetz Vorgaben der Union nachvollziehen mußte, will sie jetzt als Modernisierungspartei selber in die strategische Offensive um Deregulierungen kommen.

Scharpings Rede kreiste um die Frage, wie sich die SPD als *"Partei der Produktion, der Wertschöpfung"* profilieren könne, statt sich nur als "Partei der Verteilung" darzustellen. Wie Renate Schmidt – nur etwas weniger direkt formuliert – zitierte er das eigene Klientel als Beleg für die Notwendigkeit von "Mißbrauchsbekämpfung", welche er in eine "Modernisierung des Sozialstaats" umformulierte: *"Wer mal*

Kapitalflucht aus Deutschland?

Karl Heinz Roth hat in der "konkret" (12/94) Kapitalflucht als Reaktion auf die Bundestagswahlen registriert und damit den Grund für das Ende der Ära Kohl prognostiziert. "Die Wirtschaftseliten" hätten sich "angesichts des geballten binnenwirtschaftlichen Problempakets zur Flucht nach vorn und außen entschieden". Belege? "Flick hat sich von Kohl zu Haider, die Deutsche Bank zu Major geflüchtet, während die unternehmerischen Verbandslobbyisten es nun erst recht wissen wollen."

Sieht man mal von der Widersprüchlichkeit der Rothschen Analyse ab, die einerseits von "Flucht vor dem binnenwirtschaftlichen Kollaps" in die Kapitalexport- und Außenhandelsoffensive spricht, und diese Flucht vor dem Kollaps andererseits als Versuch "langfristiger Sicherung" des Exportbooms bezeichnet, als deutsche Brachialderegulierung, die das "Modell Deutschland" "zugleich in einer deregulierten europäischen Herrschaftssphäre" absichern soll, was gar nicht logisch ist, denn genau diese Sphäre ist der ökonomische Raum, in dem die BRD den größten Teil ihrer Profite realisiert; abgesehen also von der Unlogik, daß es Strategie sein soll, den Kollaps im Inneren herbeizuführen, um umso stärker die "monetäre Vorherrschaft über den Kernbereich" der EU herbeizuführen, scheinen mir seine Beispiele falsch analysiert.

Zum einen Flick: er hat nicht seine deutschen Produktionsstandorte nach Österreich verlagert, sondern seinen Wohnsitz und die Vermögensverwaltung. Aufgrund der Abschaffung der Vermögenssteuer in Österreich kann er durch die "Verlagerung seines steuerlichen Lebensmittelpunkts" jährlich 30 bis 50 Millionen DM Steuern sparen, die dem Land NRW fehlen werden. Weiter: Die Deutsche Bank plant schon seit längerem ihre Modernisierung und Umorganisierung und hat ihr Investmentbanking – den Handel mit Renten, Aktien, Devisen, Edelmetallen und Unternehmensbeteiligungen – deswegen nach London verlegt, weil London der bedeutendste europäische Finanzhandelsplatz ist und die Deutsche Bank noch stärker ins Weltfinanzgeschäft einsteigen will. London soll nach Frankfurt zum zweiten Sitz der Deutschen Bank entwickelt werden. Aber die Bank bleibt deutsch. Zum dritten die Verbandslobbyisten: daß die fast "naturgemäß" ihre Forderungen nach der Wahl anmelden, ist nicht nur nicht außergewöhnlich, sondern ihre Pflicht. Sonst hätten sie als Wirtschaftsführer versagt.

Das Kapital realisiert seine Profite dort, wo die Aussichten am günstigsten sind. In dem Sinne ist es durch und durch vaterlandslos und wird den Teufel tun, aus reiner Liebe zur Heimat bodenständig zu bleiben. Es ist aber eine Verkürzung der politischen Ökonomie, nur diese Seite der Entwicklung, die m.E. weder unmittelbar mit der Bundestagswahl in Zusammenhang gebracht werden kann, noch eine Besonderheit darstellt, hervorzuheben und nicht ihre andere Seite zu registrieren: die gleichzeitig erfolgende Zurichtung des Standorts Deutschlands als Grundlage für die europäische Hegemonie und die osteuropäische Expansion. Die ist durch Flicks Steuermillionen so wenig angegriffen, wie die Deutsche Bank die Sicherheit der deutschen Gemeinschaft zugunsten der nun wahrlich nicht zukunftsträchtigeren britischen aufgeben würde.

Wie national das international agierende Kapital qua persona ist, mag das Beispiel des neuen BDI-Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel zeigen. Mit ihm ist ein wahrer Kapital-Internationalist an die Spitze der *deutschen* Industriellenvereinigung aufgerückt. Als IBM-Manager hat er vor allem in den USA, in Europa und zuletzt bei der IBM-Deutschland gewirkt. Ausgezeichnet hat ihn hierzulande vor allem seine betriebliche Tarifpolitik: die Vereinbarung mit den betrieblichen Gewerkschaftern über Sonntagsarbeit in der Chip-Produktion 1988, der Tarifvertrag mit der IG Metall über häusliche Telearbeit 1991 und der Austritt aus dem Metallindustriellenverband 1992, weil er so die Gültigkeit des Metall-Tarifvertrags für alle 30.000 IBM-Beschäftigten unterlaufen wollte.

Dem Internationalisten Henkel waren nichtsdestotrotz die nationalen Produktionsbedingungen Herzensanliegen: 1990 trat er in den Verwaltungsrat der Treuhand ein, beriet im gleichen Jahr Lothar de Maizière als letzten DDR-Ministerpräsidenten wirtschaftspolitisch und kooperierte anschließend mit Sachsens König Biedenkopf. Henkel ist engagierter Vertreter für Berlin als reale Hauptstadt Großdeutschlands, deshalb hat er sowohl den Umzug der IBM-Zentrale dorthin durchgesetzt, wie er auch demonstrativ mit dem Umzug der BDI-Zentrale nach Berlin ein Zeichen setzen will. Zwar ist der oberste Politiker aus der Wirtschaft nebenher privat außer Landes geflohen und hat sich ein Landhaus in der Normandie erworben, doch die Heimat hat er nicht vergessen. Im Garten hat er ein Stück Original-Berliner Mauer aufstellen lassen.

aufmerksam durch Belegschaften im Betrieb geht und dann mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Frage nach der Sozialhilfe erörtert, der wird ganz schnell merken, daß das Spaltungspotential, das sich aus diesen Vorstellungen der Union (gemeint ist die Verknüpfung konservativer Werte mit technologischer und wirtschaftlicher Modernisierung, d. Verf.) *innerhalb der eigenen sozialdemokratischen Anhängerschaft ergibt, enorm ist."* Scharpings Initiative für die technologische Modernisierung, die in Beratungen mit einem parteiunabhängigen "Wirtschaftsrat" von 30 Industriellen erarbeitet werden soll, erwähnt ausdrücklich Zukunfts- und Wachstumstechnologien wie Umwelt und Kommunikation, vor allem aber die umstrittene Gen- und Biotechnologie.

Daß künftig Sozialstaat und öffentlicher Dienst für die SPD nicht tabu sein sollen (Scharping: *"Der öffentliche Dienst ist ebenso dringend reformbedürftig wie die gesamte Vorstellung von Verwaltung und Wirtschaften des Staates"*), weist auf den eigentlichen Kern der Initiative: Die SPD hat die größten Aussichten, Privatisierungen und den Abbau von Staat und Sozialstaat reibungslos durchzusetzen. Aufgrund ihrer Tradition und Basis sowie der guten Beziehungen zu den Gewerkschaften ist ihr die Realisierung tieferer Einschnitte und eine quasi etatistische neoliberale Deregulierungspolitik eher zuzutrauen, sie besitzt größere Möglichkeiten, die Modernisierungsverlierer ruhigzustellen. Darum geht es bei den derzeitigen SPD-Bemühungen, ein modernes Profil als Wirtschaftspartei zu erlangen. Der Hinweis auf die dumpfen Konkurrenzängste ihrer eigenen Klientel, die als Basisdruck zur Nivellierung fungieren könnten, ist der Wink mit dem Zaunpfahl an die Wirtschaft.

Und die Gewerkschaften werden mitspielen. DGB-Chef Schulte klagt von der Kohl-Regierung denn auch nur einen "Beschäftigungspakt von Wirtschaft und Politik" ein, um alle heute gängigen Standards von ökologischer Modernisierung und "Umbau" zu regeln. Nicht "Deregulierung um jeden Preis" solle es geben, mit "zielgerichtete(r) Regulierung" aber sei er einverstanden (6). Seit neuestem nimmt er an informellen Gesprächen bei Helmut Kohl teil, um diesen gemeinsam mit den Chefs von BDI, BDA, DIHT und Handwerksverband beschäftigungspolitisch zu beraten. IGM-Chefdenker Walter Riester läßt via mehrseitiger Anzeigen der Deutschen Bank in allen Tageszeitungen verlauten, daß "unter den Bedingungen des Weltmarkts und einer verschärften Weltmarktkonkurrenz... sich kein Land und kein Unternehmen dem internationalen Kostenwettlauf entziehen" kann. *"Die IG Metall kann und will den Zwang zur Kostensenkung nicht ignorieren."* (7)

Deutsche und ukrainische Busfahrer

Sowohl im Ruhrgebiet als auch in Hamburg hat der "Umbau" des öffentlichen Dienstes im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit Einsparungen begonnen. Die Gewerkschaft ÖTV hat mit Streiks reagiert, die sich im Vorweihnachtseinkauf als durchaus wirksam erwiesen haben. Der unmittelbare Lohnsenkungsdruck wird im übrigen durch die Kommunen, Träger des ÖPNV, vermittelt. Die gehen immer häufiger dazu über, den Nahverkehr zu privatisieren. Ein öffentlicher Busfahrer, verheiratet mit einem Kind, verdient 4.158 DM, ein privater in gleicher Lage 2.915 DM. Im südlichen Ruhrgebiet, bei der Märkischen Verkehrsgesellschaft, wird bereits die Hälfte der Busfahrer nach dem Tarifvertrag für Privatbetriebe entlohnt.

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die kommunalen Grünen ihren sozialen Anspruch gegenüber dem ökologischen mit dem Argument des Vorrangs für den ÖPNV gegenüber dem privaten Autoverkehr aufgrund der knappen Kassen aufgeben (vermutlich vielfach schon aufgegeben haben).

Verblüffend die "internationalistische" Perspektive, die BMW-Vorständler Reitzle für die Busfahrer eröffnet: *"Nehmen wir z.B. einen deutschen Busfahrer, der sicher mehr als zwanzigmal so viel verdient wie sein Kollege in Kiew. Die reine Arbeitsleistung ist sicher in Deutschland nicht wesentlich größer, bei der Vorzugsbehandlung, die der ÖPNV in Deutschland genießt, sogar eher kleiner. Eine ökonomische Rechtfertigung für diesen Unterschied mag darin gesehen werden, daß der deutsche Busfahrer seine Fahrgäste zu produktiveren Arbeitsplätzen transportiert und damit einen höheren Wertschöpfungsbeitrag liefert als sein ukrainischer Kollege. Doch wie lange können wir den hierauf gründenden Wohlstandsvorsprung noch halten?"* (1)

1) Wolfgang Reitzler, Die neue Rolle der Arbeitgeber, in: Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, "Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit", Stuttgart 1994

Deutsche Kriegsintervention in Bosnien?

III. Die zweite zu bewältigende Anstrengung von schwarz-rot-grün ist die gemeinsame deutsche Außenpolitik: Kerneuropa, NATO-Osterweiterung und militärische Interventionen. Das Scheitern Frankreichs und Englands als "Vermittler" im jugoslawischen Krieg hat die Stellung Deutschlands gestärkt, den Weg für eine politische und militärische Führungsrolle bereitet. Der Lohn für die deutsche Anerkennungspolitik bei der Zerschlagung Jugoslawiens kann nun ohne neue Initiativen eingefahren werden. Wenn Helmut Kohl bei der KSZE Anfang Dezember in Budapest das gute, aber hilflose Gewissen "der Staatengemeinschaft" mimte, die "machtlos" dem Blutvergießen auf dem Balkan zusehen müsse, dann paßt das zur Diskussion um die Anfrage der NATO nach deutschen Tornados gegen die Serben: "Wir" wollen nicht, aber wir müssen, weil niemand außer uns Deutschen der Barbarei ein Ende zu bereiten vermag.

Andererseits ist das Zögern beim Bosnien-Kriegseinsatz typisch für machtpolitische Erwägungen, was der künftigen militärpolitischen Rolle Deutschlands nützt. Rudolf Augstein warnt vor *"Leichenbergen"* und *"vor Verwicklung in undurchsichtige Konflikte"* (Spiegel, 12.12.94). *"Das Recht"*, "uns" zurückzuhalten, hätten *"wir"* uns, so Augstein, *"in zwei Weltkriegen redlich erworben."* Der Mann zieht wirkliche Lehren aus der deutschen Geschichte: Deutschland sollte künftig nur noch Kriege führen, bei denen es sicher sein kann, am Ende auch zu den Gewinnern zu gehören. Wie sagte doch schon Bismarck: Der Balkan ist nicht einen einzigen Knochen eines preußischen Grenadiers wert! Wie verhetzt die deutsche Debatte zu Bosnien ist, kommt bei Freimut Duve, einem der Kriegstreiber, in der "taz" zum Ausdruck, wenn er Augstein wegen seiner Haltung zum Pazifisten – zum *"Friedensfürst(en)"* – erklärt (14.12.94). Während die BRD den jugoslawischen Krieg angeheizt hat, Frankreich und Großbritannien "Feuerwehr" spielen und dabei sind, ihre großmacht- und militärpolitische Dominanz einzubüßen, während die UNO und die alte NATO insbesondere in den BRD-Medien täglich als elende Versager angeklagt werden, ist die deutsche Stellung bei der Neuordnung der internationalen Institutionen Europas und für einen europäischen Flügel der NATO gestärkt worden. Zukünftig geht nichts mehr ohne die BRD.

Dabei haben noch vier Wochen zuvor bundesdeutsche Medien unisono über das Wiederaufflammen des Krieges gejubelt, als die bosnischen Muslime und Kroaten ausgehend von der UNO-Schutzzone Bihac ihre Herbstoffensive gegen die bosnischen Serben starteten. "Mit dem Mythos

von der Unbesiegbarkeit der bosnischen Serben haben die bosniakischen Regierungstruppen für alle Welt sichtbar aufgeräumt" (FAZ), "nur geschaffene Tatsachen zählen" ("taz"). 180.000 fliehende serbische Zivilisten waren da nicht einmal ein paar Krokodilstränen wert.

Die parteipolitischen Reaktionen auf die "äußeren" Anforderungen sind wieder erwartungsgemäß: Einig im Grundsatz, werden Vorbehalte gegen konkrete Mittel und die unmittelbare militärische Intervention zunehmend abgebaut. Nicht nur Schäuble, auch Scharpings Außenpolitiker, Karsten Voigt und Klose, sind für eine deutsche Militär-Intervention in Bosnien. Der grüne Cohn-Bendit fordert Helmut Kohl via "taz" zur "humanitären Intervention" auf, weil das deutsche Kollektiv, weil also wir "uns gerade angesichts der deutschen Geschichte unserer historischen Verantwortung nicht entziehen" (7.12.94) könnten, und deshalb mit der NATO die Kommandozentrale der bosnischen Serben in Pale anzugreifen hätten. Da nimmt sich das Zaudern Kinkels, der sein Amt vor gut zwei Jahren mit der martialischen Ankündigung antrat, "die Serben in die Knie (zu) zwingen", fast sympathisch aus.

Niemand von politischer Relevanz stellt sich der Aufforderung, *"Bonn muß sich von seiner Sonderrolle verabschieden"* (Spiegel, 7.12.94), mehr entgegen. Innenpolitisch ist der Weg für eine dominante außen- und militärpolitische Rolle Deutschlands in Europa geebnet und mit Ablauf und Ausgang der Bundestagswahl gestärkt worden. Allein Überlegungen wie die Augsteins erklären die Zögerlichkeit.

In dem Zusammenhang ist die grüne Entwicklung interessant: Es ist kein Zufall, daß die Bundestagsgrünen mit Gerd Poppe einen der schärfsten Kriegstreiber zu ihrem Vertreter im außenpolitischen Ausschuß des Bundestags gemacht haben. Und so ganz nebenbei feiern "linke" Grüne ihren "Erfolg" auf dem Parteitag vom 4. Dezember, auf dem zwar keine deutschen Truppen im bosnischen Krieg, aber mehr "zur Selbstverteidigung fähige" bewaffnete UNO-Blauhelm-Kontingente gefordert wurden. Undiskutiert sind die Grünen damit auf die Linie konstruktiver Gestaltung deutscher Militärpolitik im westlichen Bündnis eingeschwenkt, und haben sich, wie in Joschka Fischers neuem Buch vorgezeichnet, als Regierungspartei im Wartestand verhalten.

IV. Diese Tendenzen sind so neu nicht, sie bekommen ihre Bedeutung aber vor dem Hintergrund der Fragestellung, die sich nach dieser Wahl stellt: Wie konstituieren sich am Ende der Ära Kohl die politischen Kräfte? Die Opposition (hier: ohne PDS) stellt sich unter das übergeordnete Ziel, die Modernisierung der deutschen Wirtschaft optimal voranzutreiben und der Verantwortung für die neue deutsche Rolle in der Welt gerecht werden zu wollen. Abweichungen von der derzeitigen Politik wollen die gleiche Tendenz nur sozial modifiziert oder militärisch besser in die jeweilige internationale Präferenz – NATO, WEU, KSZE, UNO – eingebettet sehen.

Große Koalition und schwarz-grün

Es gibt also Oppositionsparteien, aber keine Opposition im Bundestag, sondern es rangeln alle darum, als Nachfolger Kohls, des mittlerweile von allen in Ehren gehaltenen "Kanzlers der deutschen Einheit", die deutschen Nationalinteressen optimal zu formulieren. Scharpings Tutzinger Rede sollte denn auch die Partei nicht auf Opposition, sondern auf Regierungsbeteiligung einstimmen: "Noch nie zuvor hatte die parlamentarische Opposition eine Stimmenmehrheit im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat", betonte er und plädierte für ein *"kluges Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit ihren Möglichkeiten im Bundestag, im Bundesrat, in den Gemeinden, am Ende mit dem Vermittlungsausschuß"* (Was, nebenbei, erklärt, warum er seinen innerparteilichen Konkurrenten Schröder nicht in dieser Position sehen wollte). Kein Regieren ohne die SPD, konstruktiv und gemeinsam für die deutsche Modernisierung: das ist de facto die Große Koalition.

V. Gerade bei den grünen Modernisierern und der "taz" dominiert die Kritik, daß die Kohl-Regierung keine Zukunftsperspektiven weise, nicht innovativ sei. *"Zukunft"*, *"gestalten"*, *"modern"* und *"ökologisch"* waren die "Inhalte" der Vorstellungsrede von Krista Sager auf dem Potsdamer Parteitag der Grünen. Schwarz-grün ist mehr als Taktik und Koketterie, schwarz-grün ist der vollzogene Wandel der Grünen zur nicht nur staatstragenden, sondern rechts wie "links" koalitionsfähigen Partei. Man sollte sich ein für allemal abschminken, den Grünen noch irgendeine Resistenz gegen die bevorstehenden großdeutschen Schweinereien andichten zu wollen. Sie sind bereits bis über beide Ohren in dieselben verstrickt.

Wenn die angeblich in der Partei so isolierten grünen Bosnien-Kriegstreiber Cohn-Bendit, Poppe, Schulz und Schoppe erneut nach bewaffneter Intervention rufen, sind sie seit zwei Jahren allemal politikbestimmender, als die in klassischer linkssozialdemokratischer Manier agierenden "linken Grünen", die auf dem Parteitag durch eine Konsens-Resolution Ludger Volmer/Ralf Fücks mal wieder "das Schlimmste verhütet" haben, und in Wirklichkeit doch nur wieder ein Stück nach rechts gerückt sind (s.o.). Ihren linken Selbstwert können die letzten linksgrünen Anpaßler künftig daraus beziehen, daß sie als Gegner von schwarz-grün die neuen Fundis sein werden. Ihr "Fundamentalismus" heißt nicht mehr "raus aus der NATO", sondern "für eine rot-grüne Regierung mit der SPD" und reformierte NATO (oder, wie die parlamentarische Linke von Volmer bis Claudia Roth in der "taz" vom 9.12. genscherhaft schrieb: für *"die Architektur einer gesamteuropäischen Friedensordnung"* und *"eine bessere UNO"*).

Das bürgerliche Zentralorgan FAZ diskutiert seit einiger Zeit aufmerksam die mögliche Integration der Grünen in Regierungsüberlegungen (8). Sie berichtete über eine interne Strategieberatung des CDU-Präsidiums am 26.10.94, das dem Schäuble-Kurs auf schwarz-grüne Annäherung zugestimmt hat. Daß die FAZ schwarz-grün als mögliche *"Reformperspektive"* abgrenzt von der *"strukturkonservativen Sozialstaatspartei"* SPD (28.11.94), deutet darauf hin, daß sie diese politische Option nicht nur aus machtpolitischen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen für möglich hält. Machtpolitisch, weil die FDP als Zählpartner zu unsicher werden könnte. Inhaltlich, weil die rechtsgrüne Spur vom Müttermanifest, über die "Wertedebatte" der grünen NRW-Abgeordneten Scheffler (antiautoritäre Erziehung sei Schuld an der Gewalt Jugendlicher) bis zur westbindungs-begründeten Kriegstreiberei sich mittlerweile zur gut befestigten Fahrbahn herausgebildet hat. Zwei schwarz-grüne Koalitionen in kreisfreien Städten in NRW (rot-grün: 16), 14 in Städten und Gemeinden (rot-grün: 70) sowie viele weitere zwischen Schleswig-Holstein, Sachsen und Bayern kontrastieren zwar zu Parteitagslügen und Dementis - Fischer: "Gespensterdebatte", Trittin: diese Bündnisse sollten nur eine verfilzte SPD ablösen, danach gebe es Große Koalitionen (9). Doch ist die Möglichkeit für schwarz-grün tatsächlich eröffnet, weil die Rechten dies wollen, und weil die Grünen dafür inzwischen rechts genug sind.

Damit aber hat sich der Spielraum für konservative Politik um Optionen erweitert, die mehr als die zehn Stimmen Mehrheit der Regierungskoalition hergeben könnten. Die vor allem von Bündnisgrünen als "Osterfahrung" propagierte "undogmatische" Umgangsweise mit Mehrheiten würde in nahezu keinem Fall (Ausnahme könnte der – allerdings verfassungsgerichtlich eingeschränkte – Paragraph 218 sein) nach "links" ausschlagen, in den meisten

Fällen aber nach rechts: Außenpolitik könnte mit der SPD, Sozial- und Wirtschaftspolitik mit der FDP, Einzelmaßnahmen mit allen (den Grünen inklusive) beschlossen werden. Umgekehrt könnten alle – die SPD über ihre Bundesratsrolle, die FDP als noch notwendiger Koalitionspartner, die Grünen als Joker – jeweils behaupten, für ihr Klientel etwas herausgeholt zu haben, bei den Grünen zumeist als Verhinderung von Schlimmerem. Das ist die wahre "Dimension von Reformen", über die der grüne Schlauch schwadroniert.

PDS: ausgegrenzte Opposition im Wartestand

VI. In dieser Situation bleibt nur die PDS Opposition, sie wird – trotz enormer gegenteiliger Anstrengungen – an diesem Spiel nicht beteiligt. Dennoch vollzieht sich (und hat sich vielfach schon vollzogen) bei der PDS strukturell der gleiche Mitmach- und Anpassungsprozeß, wie er von den Grünen bekannt ist. Kommunal ist in Ostdeutschland zwischen rosa-rot und schwarz-rot alles realisiert. Landespolitisch scheitert, was über die konstruktive Tolerierungspolitik in Sachsen-Anhalt hinausginge (u.a. wurde der rosa-grüne Nachtragshaushalt in Einzelfragen mit CDU-Stimmen gegen die PDS verabschiedet, im Gesamtvolumen mit den Stimmen der PDS gegen die CDU angenommen), an übergeordneten politischen Ausgrenzungsvorgaben der Bundes-SPD.

Um die äußere Isolierung zu überwinden, ist bei der PDS jeder Opportunismus recht. Die Abgeordnete Kerstin Kaiser-Nicht wurde nach der Wahl wegen ihrer (vorher bekannten) MfS-IM-Vergangenheit bedenkenlos als Beweis für eigene Reinlichkeit geopfert und zum Abtritt gezwungen – ein Medienopfer, bevor Medien überhaupt etwas gefordert hatten. Der Zumutung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, sich zum Grundgesetz und dem "Unrecht" der SED-Gründung zu bekennen, wurde nahezu in allen Punkten nachgekommen: *"Für Macht und Einfluß macht sie* (die PDS, d. Verf.) *jede Kasperei mit und läßt sozialdemokratischen Einfaltspinseln sogar deren Geschichtsmythen"*, kommentierte die FAZ (27.10.94). Das ist inhaltlich korrekt, politisch allerdings falsch gewertet: Während die FAZ so leninistische Wühltätigkeit kennzeichnen will, halte ich es für pure Anpasserei.

Der neue Entwurf des Parteivorstands für den Januar-Parteitag, *"10 Thesen zum weiteren Weg der PDS"* (ND, 6.12.94), krönt vorläufig den konstruktiven Anpassungskurs. Ihre *"alternative Reformpolitik für ganz Deutschland"* begreift die PDS-Spitze als *"tatsächlichen Beitrag zum Abbau der inneren Spaltung"* (These 1) der Gesellschaft. Ihre Idee eines *"Gesellschaftsvertrags"* (These 4, siehe nebenstehenden Auszug) ist nicht nur schlechter Rousseau, sondern in ihm ist exakt entwickelt, was wir als Nationalismus an der PDS kritisieren: Zum einen der Gerechtigkeitsnationalismus einer "unterdrückten" Region, die begehrt in die Volksgemeinschaft einbezogen zu werden, zum anderen das Programm für eine Art zivilimperialistische Volksgemeinschaft.

Was Rousseau vor 230 Jahren als Vorstellung vom "freien Bürger" entwickelte, der in freier Übereinkunft der Einzelnen per Abstimmung den Gemeinwillen (Volk) in Form eines Contrat social ermittelt, welcher den Staat begründen soll – damals eine fortschrittliche Staatslehre – wiederholt sich als Farce. Indem die PDS einen "Gesellschaftsvertrag" vorschlägt, der in einem *"breiten gesellschaftlichen Dialog"* ermittelt werden, und vermutlich am großen, nationalen Runden Tisch enden soll, verficht sie die Idee, daß die Veränderung der Lage der Menschen in erster Linie eine ihrer staatlichen und rechtlichen Verfaßtheit sei. Von der Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse ist Abstand genommen, die sollen als *"Marktradikalismus"* nur gebändigt werden.

Weil keine Kapitalismuskritik mehr geleistet wird, wird Veränderung zur Frage von Willen und Vernunft (aller) erklärt, statt die Erkenntnis zu transportieren, daß das Kapitalverhältnis all das hervorbringt, was unter seiner Herrschaft zu verändern die PDS nun verspricht. Weil die PDS alle Gruppen und Klassen einem vermeintlichen gemeinsamen Gesamtinteresse unterwirft, muß sie immer wieder bei dem Versuch landen, selbst auch für dieses Ganze zu sprechen. Der nebenstehende Vorschlag des Wissenschaftlers "an" der PDS – Michael Brie – für eine *"linke Volkspartei"*, deren positive Konzepte sich an einer künftigen Mehrheitsfähigkeit ausrichten sollten, ähnelt verblüffend Joschka Fischers Appell an die Grünen vom März 1994, so zu handeln, als habe man die Mehrheit von 51%.

Aus solchen Vorstandsthesen erschließt sich auch der Sinn der Rede Stefan Heyms als Alterspräsident. Er hat mit seinem Appell an das ganze Land, an den Gemeinsinn

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Zur Vorbereitung ihres 4. Parteitags hat der Vorstand der PDS den Entwurf "10 Thesen zum weiteren Weg der PDS" vorgelegt, aus dem wir die Vorstellung zum "neuen Gesellschaftsvertrag" dokumentieren.

"4. Ein Reformaufbruch ist notwendig, um zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zu gelangen, der neue Fundamente für eine Lebensweise des 21. Jahrhunderts schafft. Die Neuordnung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit und die Demokratisierung der Gesellschaft sind zentrale Punkte des neuen Gesellschaftsvertrags.

(...) Wir wollen eine neue Art des Fortschritts. Soziale Sicherheit und Naturbewahrung, internationale Solidarität zwischen armen und reichen Ländern müssen zusammen gedacht und verwirklicht werden. Eine radikale Umkehr in der Politik des Nordens gegenüber dem Süden ist erforderlich... Da es um das Überleben von Gesellschaften geht, wird es trotz aller Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft ohne eine neue Übereinkunft zwischen ihnen keine veränderte Entwicklungsrichtung in der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise geben.

(...) Es geht zunächst darum, den Marktradikalismus und die Privatisierungswelle zurückzudrängen und die gegenwärtig laufende Umverteilung von unten nach oben umzukehren.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag entsteht nicht durch "Verhandlungen". Er erfordert den gemeinsamen engagierten Kampf breiter Reformkräfte für Veränderungen und gleichzeitig die Suche nach Konsens. Da es um das Überleben der Menschheit geht, lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachenden und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf und Sozialpartnerschaft erfassen.

7. (...) Auf Grund seiner ökonomischen Potenzen und seiner geographischen Lage in der Mitte Europas ist Deutschland vor eine neue Verantwortung in der internationalen Politik gestellt. (...) Deutschland muß sein großes politisches und ökonomisches Gewicht in der Weltpolitik auf neue Weise einbringen, um das Ausbrechen von Kriegen und Konflikten zu verhindern und zur Lösung der zentralen Probleme unserer Zeit, wie die zunehmende Verelendung des Südens und die drohende Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit beizutragen. (...) Die Ablösung von NATO und WEU durch nichtmilitärische Sicherheitssysteme wie die KSZE, ein striktes Verbot von Rüstungsexporten... sind wesentliche Voraussetzungen dafür. Eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Entschuldung der Staaten des Südens sind aktueller denn je."

(Quelle: Neues Deutschland, 6.12.94)

und eine *"bisher nie dagewesene" "große Koalition der Vernunft"* (10), einen solchen "Gesellschaftsvertrag" eingeklagt. Heym – wie auch der PDS-Vorstand – versucht den Gorbatschowismus (*"es geht um das Überleben"*) als Drittes an die Stelle von *"Klassenkampf und Sozialpartnerschaft"* zu setzen: die ökologisch-soziale Volksgemeinschaft.

In These 7 des PDS-Vorstands wird der gleiche Gedankengang auf die Außenpolitik angewandt (vgl. ebenfalls nebenstehend). Wie die herrschende Politik geht die PDS von den Kategorien deutscher Großmachtpolitik aus: deutsche Stärke, europäische Mittellage, besondere Verantwortung. Wie selbstverständlich werden diese Kategorisierungen, die eine ökonomisch starke kapitalistische und imperialistische BRD sich zuschreibt, als "zivilisierend" für eine PDS-Großmachtpolitik verwendet, die natürlich eine vernünftigere, friedliche Entwicklung anstrebt. Nicht einmal vor der von General Naumann (militärpolitisch) formulierten Aufgabe an Großdeutschland, in der Weltpolitik *"das Ausbrechen von Kriegen und Konflikten zu verhindern"*, schreckt die Partei zurück.

Zusammen mit den dort ansonsten gesammelten üblichen Umbauforderungen aus dem Repertoire von Grünen und Sozialdemokratie schrammt die PDS mit ihren "10 Thesen" nur deshalb noch an ihrem Godesberg vorbei, weil das Bekenntnis zur Landesverteidigung fehlt. Doch findet sich unter dem zivilgesellschaftlichen Anstrich immer weniger, was über semantische Unterscheidungen hinausgehen würde. Die anpaßlerische Tendenz bereitet ideologisch vor, eines Tages auch diesen letzten Brocken noch zu schlucken. Auf die Dauer kann eine solche Partei nicht Neinsagerin sein, wo es doch auch militärisch immer um die deutsche Verantwortung in der Welt geht.

Unterhalb der Bundesebene – in den Ländern – ist die Praxis der PDS bereits entsprechend opportunistisch. Dem tragen auch die Thesen Rechnung. Am deutlichsten in These 9, *"Veränderung beginnt mit Opposition"*. Wo sich doch noch gar kein Gemeinwille im PDS-Sinne konstituiert hat, will sie doch schon mal mittun: *"Gegenwärtig steht eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene nicht zur Diskussion. Diskutieren müssen wir aber darüber, unter welchen Voraussetzungen wir uns künftig an Landesregierungen beteiligen können. Politische Inhalte der PDS geben wir nicht auf... Opposition kann auch Tolerierung von Minderheitsregierungen bedeuten, wenn diese die neokonservative Regierungspolitik zugunsten der Möglichkeiten von Reformprojekten ablösen."* Wehe, wenn sie losgelassen, denn Meck-Pomm hat gezeigt, daß gegenwärtig Regierungsbeteiligungen am wenigsten an der PDS scheitern" (11).

"Statt gleichberechtigter Einigung", heißt es in These 8, *"erfolgte der Beitritt der DDR zur BRD, aus dem ein bloßer Anschluß wurde. Emanzipatorische Möglichkeiten der Vereinigung wurden verspielt."* Man kennt diese blöde Leier von den "emanzipatorischen Möglichkeiten" wie Verfassungsreform etc. mittlerweile. Für die PDS günstig ist, daß sich dieser Schmäh nie wird überprüfen lassen – 1989/90 seien, als hätte es "Wir sind ein Volk" und die Bundestagswahlen 1990 nicht gegeben, ja alle nur "belogen" worden. Einem besonders radikalen Gedanken Rousseaus mag die PDS nämlich doch lieber nicht folgen: *"Aus der Berechnung der Stimmen ergibt sich die Feststellung des Gemeinwillens. Überwiegt also die entgegengesetzte Meinung die meinige, so beweist das nur, daß ich mich geirrt und daß das, was ich für den Gemeinwillen gehalten habe, der Gemeinwille nicht war."* (12) Es würde ihr Weltbild zerstören, könnte sie sich doch nicht als wahre Vertreterin von Volk und Nation verstehen. Auf Dauer entgeht eine sich selbst über "das Volk" belügende Linke dem Problem aber nur, indem sie sich dem Volksdenken anpaßt.

VII. Was sich vor der Bundestagswahl herauskristallisierte, dürfte sich im Windschatten des PDS-Wahlerfolgs beschleunigt vollziehen: Der PDS wird eine große "Offenheit" für neue Entwicklungen bescheinigt – ein Kompliment, das wir ihr durchaus nicht abstreiten wollen, bloß geht es dabei weg von links. Das Schönreden der PDS ist verbunden mit der erneuten Hinwendung zur vermeintlich reformerischen Massenpolitik.

Linke Volkspartei

"Die neu zu erfindende PDS hat ein zweites Feld, das sie bestellen muß – das einer linksalternativen Partei. Die SPD hat diesen Boden seit der Vereinigung (Donnerwetter, und was war davor? Anm.) brachliegen lassen und ihr Berliner Programm vom Dezember 1989 dem Papierkorb übereignet. (...) der wirkliche Kampf um die Hegemonie einer alternativen Gesellschaftsstrategie in Konkurrenz und Kooperation mit den Grünen und der SPD sowie auch Teilen der FDP und der CDU ist erst noch aufzunehmen. (...) Die Zeit ist vorbei, wo Nein-Sagen das Wichtigste war, was von der PDS erwartet wurde. Jetzt wird nach dem Ja gefragt, nach dem kompetenten, langfristig auch mehrheitsfähigen Ja. Alternativen als denkbar und machbar aufzuzeigen und heute und hier erste Ansätze zu verwirklichen, ist die wichtigste Aufgabe einer linken Volkspartei..., der ersten linken Volkspartei im staatlich vereinigten Deutschland."

Michael Brie, Die PDS muß immer neu erfunden werden, Leitartikel in: Neues Deutschland, 12.11.94

Reformerische Neuformierung in der Linken

Diese Positionsveränderungen werden von betonter Abwendung vom und Abgrenzung zum Antinationalismus begleitet. Daß die PDS in so unmäßiger Weise ausgegrenzt wird, war einigen radikalen Linken kommoder Grund, ihren Politikschwerpunkt zur PDS hin zu verlegen. Meist kommen Begründungen dafür pragmatisch daher: Der neue Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf von der VSP führt den Nutzen *"guter MdB-Adressen"* für die Bewegungslinke an, und Marburgs PDS-Kandidat Georg Fülberth gibt sich gänzlich unpolitisch: wäre Winnie Wolf im Bundestag, *"gefiele mir der Bundestag zwar immer noch nicht, aber schön wäre es doch"* (beide in SOZ, 22.9.94). Auf der Geschmacksebene läßt sich nicht politisch streiten, und so ist das wohl auch gewollt. Wer wollte Einwände politischer Art formulieren, wenn ich z.B. ankündigte, zur Aufbesserung und Sicherung meiner Rente in den Bundestag zu gehen? Das Verstecken und Herunterspielen einer politischen Entscheidung, von "Nie wieder Deutschland" zum Deutschland-Korrektiv (PDS: "gerechte Einheit") gewandert zu sein, ist eine vielleicht verständliche, aber keine akzeptable Auseinandersetzungsform mit dem Problem.

Fülberth und Wolf sind hier stellvertretend genannt für zahlreiche Linke und Strömungen, die sich in den letzten zwei Jahren unter dem Stichwort *"Massenansatz"* entweder unter das Dach der PDS begeben, oder sich ihr angenähert haben. Außerdem führen vor allem autonome Strömungen eine davon zunächst unabhängige Organisationsdebatte, der die Orientierung an den Massen zugrundeliegt (aus dem Kreis der AABO, Antifaschistische Aktion/bundesweite Organisation, die Antifa/M, Gruppe FELS/Zeitschrift "Arranca!").

Gemeinsam ist ihnen die Abneigung gegen antinationale, gar antideutsch formulierte Politik. Entsprechend wird gegen *"die gesamte Hamburger Schule"* (Fülberth in: "konkret" 6/94) polemisiert, womit wahlweise "konkret", BAHAMAS, 17 Grad C gemeint sind – in der "Arranca!" 4/94 sind es alle drei. "Arranca!" konzediert ihr *"radikalkritische Positionen"*: *"Auf intellektuell ausgearbeitetem Niveau wird das radikale Herausfallen aus der Gesell-*

schaft eingefordert." So freundlich sind nicht alle. Für Christoph Jünke von der VSP ist die "konkret" ein *"oberflächlich politisierendes Denunziantenblatt"* mit einem *"mittlerweile sehr vom Zynismus geprägten Intellektuellen-Milieu"* (SOZ-Beilage, 19.5.94). Winfried Wolf sieht *"blutleere Kommentatorinnen und Kommentatoren"*, gegen die er offenkundig vollblütig den Beweis antreten will, daß *"politische Arbeit im Parlament Arbeit"* sein kann, *"die eine Politik zur allseitigen Emanzipation der Menschen stärkt"* (SOZ, 3.11.94). Das ist doch etwas mehr an Parlamentsperspektive, als die Ableitung seiner Kandidatur vor der Wahl aus der Beobachtung, daß *"wie der Genosse Ebermann im Parlament herumflegelte"*, ein *"subversives Element"* gewesen sei, das er sich in der PDS wünschte (SOZ, 22.9.94). "Elfenbeinturm", "zynische Arroganz" sind in der Regel beliebte Attribute, um die Ablehnung nicht nur theoretischer, sondern häufig nur radikal zu Ende gedachter Überlegungen zum Ausdruck zu bringen. Daß "Nie wieder Deutschland" eine solche Konsequenz zog, und nicht nur eine *"verlorene Schlacht"* war, *"nach der neue Kampfstellungen bezogen werden"* müssen (SOZ, 22.9.94): diese Erkenntnis unterscheidet uns von einer Linken, die partout verweigert, ihre eigenen Politikansätze kritisch zu hinterfragen. Daß sich die erneute Hinwendung zu den deutschen Massen nach der linksradikalen Verirrung ins "Nie wieder" vor allem in scharfer Linksabgrenzung vollzieht, ist ein durchaus folgerichtiges Phänomen.

"Massenfreundliche" und "massenfeindliche" Linke

VIII. Die Diskussion ist deswegen so schwierig, weil sie von Glaubensfragen überlagert ist. Oberster Glaubenssatz: Man muß Politik mit den Massen machen. Wenn das nicht funktioniert, dann liegt es daran, daß die Linke sich abgekapselt, ghettoisiert hat oder eben sektiererisch und arrogant ist. Typisch für diese Argumentationslinie ist "Arranca!" in einem ansonsten sehr bemühten Beitrag: *"Eine Linke, die sich verächtlich und undifferenziert über die Menschen im eigenen Land äußert, kann in den Augen der Bevölkerung keine gesellschaftliche Alternative darstellen, sie verstärkt mit ihrer Angebotslosigkeit den vorhandenen Rechtstrend und trägt damit dazu bei, daß sich die anfangs gemachte Analyse tatsächlich bestätigt."* Dahinter stecke *"elitäres Bewußtsein 'revolutionärer Avantgarden' gegenüber 'zurückgebliebenen' (bzw. deformierten oder rassistischen) Bevölkerungen."* (13)

Und J./Westberlin schreibt im "ak" 369 gegen meine Kritik an der Einsiedelei der PDS-Führung: *"Denn natürlich muß linke Politik einen großen Teil der Menschen 'rechts' abholen – diese Aufgabe stellt sich nicht nur für Parteiführungen, sondern im Prinzip für jeden linken Menschen."* Linke Politik müsse sich *"selbstverständlich darum bemühen..., möglichst viele Menschen für sich zu gewinnen, ohne sich dabei inhaltlich und politisch nach rechts hin zu verlieren."* Jünke/Kellner schreiben in der SOZ: *"Hinter der innerlinken Anfeindung steckt ein anderes Problem: Die Einschätzung der deutschen Bevölkerung als hoffnungslos völkisch-nationalistisch, wobei sich die Frage stellt, an wen sich linke Politik dann richten darf."* (22.9.94)

Die Grundannahme im Zitierten ist, daß die Menschen auf Grund ihrer Lage prinzipiell zum Widerstand bereit seien, und daß dieser sich automatisch emanzipatorisch entwickeln werde, wenn wir sie nur an ihrem eigenen Bewußtseinsstand "abholen". "Arranca!" hat diesen Ansatz am klarsten formuliert. Wer das Ansehen der Linken *"in den Augen der Bevölkerung"* zum Maßstab macht, geht nicht vom Inhalt, sondern von der Anpassung ans "Auge" aus. Wer nicht erklären will und analysieren kann, warum "Massen" reaktionäres Bewußtsein haben und entsprechend handeln, kommt zu so albernen Vorwürfen wie dem, daß linksradikale Antinationalisten die Schuld tragen, wenn "die Massen" reaktionär sind/werden. Nebenbei wird so uns, und nicht etwa dem eigenen Politikansatz, die Verantwortung für die nicht eingestandene Hilflosigkeit zugeschoben. Denn "Arranca!" selbst weiß natürlich auch kein zufriedenstellendes "Angebot" für die Massen und überschätzt maßlos, was unsereins alles für Schaden anrichten kann.

Zum einen wird beim massenpolitischen Ansatz nicht anerkannt, daß die meisten Kämpfe zunächst einmal nicht mehr ausdrücken, als ihr unmittelbares Kampfziel: die Erfüllung dieser oder jener Teilforderung – mehr nicht. Zum anderen verändern sich mit den gewandelten ökonomischen Voraussetzungen des Sozialstaats auch die Kampfbedingungen und das Bewußtsein. Daß Widerstand, auch sozialer, antiemanzipatorische Züge entwickeln kann, wenn seine Akteure nicht reflektieren können oder wollen, in welchem Kontext sie stehen, daß also solcher "Widerstand" auch rechts, nationalistisch und stabilisierend sein kann (und insbesondere seit der Wiedervereinigung ist!), darf erst gar nicht gedacht werden, weil das den massenpolitischen Ansatz in Frage stellt. Dabei resultiert diese Entwicklung nicht aus bösen Absichten, sondern aus dem Wirkungszusammenhang der sozialen Stellung der Subjekte im kapitalistischen Konkurrenzkampf mit der Produktivitätsentwicklung des Metropolenkapitalismus auf dem Weltmarkt. Dieser Zusammenhang kann nicht durch eigene soziale Erfahrung, sondern nur durch kritische Reflexion und Analyse erkannt werden.

Auch das ist noch nicht die Lösung, allerdings die Voraussetzung, die Unbewußtheit in Kämpfen zu überwinden. Nicht, hinter Kämpfen (schon gar nicht hinter nicht geführten!) bloß herzulaufen, ist Aufgabe der Linken, sondern zunächst einmal dieses "Reflektieren". Kämpfen soll gefälligst jeder dort, wo er sich aufhält und wo es Ansätze zum Widerstand gibt. Als Linke haben wir nicht die Leute rechts abzuholen, sondern die Ideen von links an die heranzutragen, die ihr Leiden an den Verhältnis-

Die Systemfrage ganz neu gestellt

Kapitalismusanalyse: *"Die bundesrepublikanische Gesellschaft zeichnet sich durch einen immer schärfer werdenden Mechanismus der Durchdringung aller Lebensbereiche durch die marktwirtschaftlichen Gesetze aus."* Wohnen werde teurer, Bildung anwendungsfunktional, Gesundheit zum Handelsobjekt, Kultur *"dem Geldwert unterworfen"*, Verkehr zur Belastung statt mehr Mobilität, Umwelt *"taugt als Ressourcengeber"* statt *"als Raum zum Leben"*.

Theorie: *"Hier Gedanken zu entwickeln, wie diese Bereiche der marktwirtschaftlichen Logik entzogen und damit an den Bedürfnissen der Menschen orientiert werden können, wäre eine wichtige Aufgabe einer modernen sozialistischen Partei."*

Praxis zwischen *"an den Symptomen herumzudoktern"* oder *"dem Sturz des Systems"*: *"Da es unbestreitbar eine Systemfrage ist, wie diese Lebensbereiche dem Marktmechanismus unterworfen werden, wäre damit gleichzeitig die Aufgabe verbunden, diese von den Lebensverhältnissen und -bedürfnissen der Menschen her neu zu entwickeln. Damit würde die Aufgabe gestellt, die Systemfrage neu und anders zu stellen, sie als Herausarbeitung von Elementen einer zukünftigen Gesellschaft in der jetzigen zu begreifen."*

Frage und Antwort: Wieso neu gestellt und modern? In vier Jahren wird Bernsteins "Voraussetzungen des Sozialismus" 100 Jahre alt.

Heinrich Eckhoff (Herausgeber des "ak"), Neue Chance! Neues Glück? Nach den Bundestagswahlen und vor dem Parteitag 1995, in: Rundbrief der PDS/Linke Liste Nr. 3/Nov. 94

Ein Verdikt

"Jedoch gelangt die Sinnfälligkeit eines weiteren Dialogs mit Möller und Hartmann in dem Augenblick an das Ende der Fahnenstange, wo sie auf die von mir eingeforderte kritische Reflexion über die Beziehungen zwischen race and class zu sprechen kommen.

Für Möller ist der 'Rassismus der Deutschen' ein konstitutionell vorgegebenes Verhaltensmerkmal, das bei der Gefahr des sozialen Abstiegs automatisch als 'Ideologie vom Bessersein' aus ihnen hervorbricht. Dieser endogene Rassismus zwingt infolgedessen gegenwärtig wieder einmal alle 'Deutschen' unabhängig von ihrem sozialen Status in einen ehernen korporatistischen Pakt gegen den Rest der Welt. Wie alle 'Metropolenmenschen', die in irgendeiner Weise um ihre sozialen Grundbedürfnisse kämpfen, sind 'die Deutschen' a priori rassistisch und nationalistisch eingestellt. Infolgedessen hat der Rassismus die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen für alle Zeiten eliminiert. An die Stelle des Proletariats, dem der ehemalige KB-Funktionär sich einstmals – in einem vielleicht ebenso determinierten leninistischen Ontologismus? – zugewandt hatte, ist nun das Individuum Heiner Möller selbst getreten, um sich als vereinsamtes, vaterlandsloses Subjekt die 'Deutschen' in einer heroischen antirassistisch-ideologiekritischen Geste vom Hals zu halten. Was Möller in einer Mischung aus Sozialanthropologie und Existenzphilosophie begründet, unternimmt Hartmann im historischen Diskurs. (...) Denn in beiden Gegenreden befinden sich Argumentationsmuster, die mit den ideologischen Setzungen ihrer politischen Hauptfeinde unzweifelhaft deckungsgleich sind: auf 'die Deutschen' zurückprojizierte Elemente der sozialanthropologischen Rassenlehre bei Möller, indem er ihnen einen völkisch gebundenen Sozialdarwinismus unterstellt."

Das schreibt Karl Heinz Roth als Antwort auf den Artikel "Neue Proletarität" von Heiner Möller in BAHAMAS 13. Dies zustimmend zu zitieren, ist übrigens für Jünke und Kellner in der SOZ (22.9.94) das einzige, was ihnen zu der BAHAMAS-Kritik an Roths Thesen einfällt.

Quelle: Karl Heinz Roth (Hsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation der Debatte, Köln 1994; hier: S. 246 (der Band enthält eine erweiterte Fassung des BAHAMAS-Beitrags).

sen nicht nur abreagieren wollen. Angesichts der ökonomischen Veränderungen, des Abbaus der Verteilungsspielräume, die den Sozialstaat begründeten, sind reformerische Entwicklungen mindestens so auf Sand gebaut, wie es ein Revolutionskonzept wäre. Reformerische Spielräume der Nachkriegszeit waren nicht in erster Linie Ergebnisse von Widerstand, sondern eines sozialstaatlichen Verteilungskompromisses, in dem die jeweiligen Sozialpartner den Kampf um Höhe und Formen führten. Diese Erfahrung bewirkte keinen Bruch mit der kapitalistischen Logik, sondern blieb unbegriffene Selbstverständlichkeit. Deswegen kann das Einspringen der Linken in die reformerische Lücke, die durch SPD, Gewerkschaften und Grüne entstanden ist, sich nicht mit der Hoffnung verbinden, hier werde ein fortschrittliches Potential links besetz- und beeinflußbar – vielmehr kann aus dem Ansatz nur die beschleunigte Wiederholung jener elenden Politikentwicklung werden, wie wir sie an den Grünen schon einmal erlebt haben.

Aktuell haben wir uns mit den Faktoren auseinanderzusetzen, die bewirken, daß Rassismus, Nationalismus und völkisches Denken sich so wirkungsvoll ausbreiten. Daß ein zunehmend größerer Teil völkisch und nationalistisch denkt, müssen Vertreter des Massenansatzes zwangsläufig als unser Hirngespinst abtun – andernfalls könnten sie ihre Frage, an wen sich linke Politik richten "darf", nicht mehr so einfach beantworten. Nicht wie die Realitäten sind, sondern ob die Beschreibung den eigenen Politikansatz widerlegen würde, bestimmt die Reaktionen auf unsere Analyse der deutschen Wirklichkeit. J./Westberlin sei gerne geglaubt, daß er möglichst viele Menschen gewinnen will, ohne nach rechts abzudriften. Nur weiß er der PDS auch keine anderen, als die – immanent richtigen – Gedankengänge vorzuschlagen, auf rechte Themen und Inhalte einzusteigen, um ihren Charakter einer eher gewerkschaftlichen Massenpartei, eben einer "linken Volkspartei" nicht zu verlieren.

Es ist daher kein Zufall, wenn in der jetzigen gesellschaftlichen Situation die "neuen Kampfstellungen" von SOZ/VSP nach ihrer linksradikalen Verirrung zur Radikalen Linken und "Nie wieder Deutschland" in Hinwendung zum linken Parlamentarismus, Überhöhung parlamentarischer Möglichkeiten (W. Wolf) und dem Evergreen Gewerkschaftsarbeit bestehen. So werden in der SOZ sogar die innovativen, aber (im Unterschied zu neoliberalen) sozialpartnerschaftlichen Modernisierungsüberlegungen des oben zitierten Walter Riester aus der IGM für *"vernünftig"* erklärt. Riester – der die Kosten der Unternehmen senken will – schlägt als SOZ-Kritik allein entgegen, daß seine Vorschläge erwartungsgemäß an der Unternehmerabwehr scheitern würden. Nun bereite der *"lernfähige Schnelldenker"* Riester die Mitglieder *"der IG Metall auf einen Arbeitskampf von bisher nicht gekanntem Ausmaß"* vor, wird die VSP-Anhängerschaft auf die sozialen Auseinandersetzungen der nächsten Tarifrunde eingestimmt (SOZ, 17.11.94): Damit ist wieder einmal ein *"neues Kampffeld"* eröffnet, das die VSP in immer gleicher Weise seit Gründung der GIM Ende der sechziger Jahre kanonisiert.

Es ist auch kein Zufall, wenn der "ak"-Herausgeber Heinrich Eckhoff (siehe Kasten auf S. 25) in fast schon verzweifelt anmutender Weise selbst aus der beschissenen parlamentarisch-parteipolitischen Konstellation noch eine immanente Perspektive entwickelt: *"Rot-grün müßte neu gedacht werden, von der PDS und den Grünen. Wer eine wirkliche Reformpolitik in Gang setzen will, muß die Elemente der Politik von PDS und Grünen zusammenbringen".* (Wohlgemerkt: die PDS macht "Gesellschaftsvertrag", die Grünen hofieren schwarz-grün.) Mit ihnen sollten jene Sozialdemokraten angesprochen werden, die an rot-grün festhielten und gegen die Große Koalition seien. Scheitert dies, will er – wie die Linke jahrzehntelang im Verhältnis zur SPD – auf Linksabspaltungen setzen: da die Grünen von der Regierung ausgeschlossen seien, gebe dies Leuten Raum, *"die systemoppositionell denken".* Es gibt sie noch, beschwört er. *"Rot-grün könnte damit an Inhalten und nicht an der Frage der Regierungsmacht festgemacht werden."* (14)

Massenfreundlichkeit ist keine Perspektive, wenn die Masse ungemütlich wird. Am Beispiel der PDS und ihres "Gesellschaftsvertrags" habe ich zu zeigen versucht, wie sie ihrerseits links zu konstituieren versucht, was der Staat bereits konstituiert hat: das Volk. Die zunehmende Heimattümelei, der Versuch, Gemeinschaftsidentitäten zu stiften (Ostidentität), zerstört geradezu emanzipatorische politische Ansätze, markiert den alternativen Weg zur Nation – gerecht behandelt zu werden, auch wenn Gerechtigkeit heißt: gleich ungerecht. Wolfgang Schäuble hat völlig richtig erkannt, daß in der in der Linken entstandenen Kommunitarismus-Diskussion, in der grünen Propagierung "kleiner Lebensräume", genau der Kitt besteht, der Schwarz und Grün auf eine gemeinsame Aufgabe orientieren kann. Es geht dabei um die Suche nach Wegen, die Schwierigkeiten der Nation bei der Bewältigung ihrer ökonomisch und politisch ge-

Fortsetzung und Anmerkungen S. 48

Von der Notwendigkeit zum Wahn

Das endlose Ende der Nation

"Der Hegelsche Satz, die Eule der Minerva beginne am Abend ihren Flug, bewährt in der Geschichte des Geistes sich daran, daß der Gedanke sich auf Begriffe zu konzentrieren pflegt, wenn sie, wie man so sagt, problematisch geworden sind; wenn ihnen nicht mehr angemessen ist, was sie bezeichnen, und wenn sie zum Verschwinden verurteilt scheinen."
Adorno (1)

Es mag vielen merkwürdig erscheinen, wenn wir behaupten, daß dieser Satz Adornos auch für den zentralen Begriff der heutigen Veranstaltung, den der Nation, zutrifft. Die These, das politische Gebilde Nation habe sich überlebt und sei zum Verschwinden verurteilt, erscheint auf den ersten Blick absurd. Ist es nicht gerade erst fünf Jahre her, daß auf dem Staatsgebiet der DDR eine Volksbewegung die Kapitulation der Staatsführung und die Vereinigung mit der BRD zum " Deutschland einig Vaterland" forderte und dann auch erhielt? Ist nicht gerade am Ende dieses Jahrhunderts der Nationalismus lebendiger denn je? Man schaue nur mal nach Osten. Die nationalen Auseinandersetzungen vom Balkan bis Tadschikistan scheinen das allemal kräftig zu bestätigen.

Die Behauptung, daß diesen neuen Nationen die Stunde ihrer Geburt auch die Stunde ihrer Beerdigung ist, bedarf, um einsichtig zu sein, allerdings einiger Erläuterungen. An deren Beginn steht aber keine bündige Definition, die vorweg klärt, wie denn nun eine Nation idealerweise beschaffen sein müßte, damit sie ihrem Begriff genügt.

Die berühmte Definition Stalins, die den meisten Linken seit Jahrzehnten theoretisches Fundament ihrer Antwort auf die sogenannte nationale Frage war, ist nicht erst seit heute gänzlich widerlegt. Sie war unstimmig von Anfang an. Macht Stalin mit der Schlüssigkeit eines mathematischen Axioms 4 "Merkmale" aus, die notwendig und zusammengenommen hinreichend sind, um aus einer "historisch entstandenen, stabilen Gemeinschaft von Menschen" eine Nation zu zimmern (nämlich: gemeinsame Sprache, gemeinsames Territorium, Wirtschaftsleben und gemeinsame, in der "Kultur (sich) offenbarende psychische Wesensart"), so datiert er die Gründung dieser Gemeinschaften ganz offenbar etliche Jahrhunderte in die Vorgeschichte zurück. Deutlich wird diese Interpretation Stalins, wo er den Juden grundsätzlich abstreitet, eine Nation konstituieren zu können. Sie haben eben in der Vorgeschichte versäumt, ein eigenes Territorium zu besiedeln und die übrigen drei Merkmale allmählich zu entwickeln. Nun ist es zu spät.

> **Dieser Text wurde als Referat auf der Dresdener Konferenz "Links ist da, wo keine Heimat ist" von Gerd Kuhnen im Forum "Was ist die Nation?" gehalten. Wir danken den Autoren für die Genehmigung zum Abdruck.**

Nur kurz nach seiner oben genannten Definition schreibt er: "Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie, sondern eine historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozeß der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig der Prozeß des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen." (2) Der Zusammenschluß der Menschen im Prozeß der Liquidierung des Feudalismus liegt aber noch nicht so weit zurück, sein historischer Höhepunkt war der 14. Juli 1789.

Nation und "notwendig falsches Bewußtsein"

Das Kunststück, der bürgerlich, antifeudal konstituierten Nation seine vier Merkmale unterzuschieben, gelingt Stalin, indem er die Nation zur bloßen Form abstrahiert, die sich dem historisch älteren Material, ihrem Inhalt erst mit dem Herrschaftsantritt der Bourgeoisie mitteilt. Dieser Inhalt ist dann aber nichts anderes als die organisch gewachsene Volksgemeinschaft, die unbewußt in ihrem feudalen Dornröschenschlaf ihre vier Merkmale auf die Stunde hin entwickelt, in der der bürgerliche Prinz sie wachküßt. Daß die von Stalin genannten Merkmale – wovon das vierte: die in der Kultur sich offenbarende psychische Wesensart, von den übrigen unabhängig, noch einmal ganz besonders problematisch ist – erst Produkte des politischen und sozialen Prozesses der Nationenbildung sind und nicht dessen ontologische Essenz, wird hier behauptet, kann an dieser Stelle aber nicht im einzelnen nachgewiesen werden. (Eine sehr gute Darstellung dieser Tatsache findet sich z.B. in Hobsbawms Buch: Nationen und Nationalismus, das glücklicherweise inzwischen sehr verbreitet ist.)

Die Nation ist eben nicht die Form, in der sich eine organisch gewachsene Gemeinschaft plötzlich findet, sondern sie selbst ist der Inhalt; als Ergebnis eines politisch sozialen Prozesses kreiert erst der Nationalstaat selbst seine Untertanen als Staatsbürger und damit als Angehörige einer Nation. Nationen sind "politische Konstruktionen", "sie wurden gemacht", darin ist Jürgen Elsässers Referat, abgedruckt in der Bahamas (Nr.15), zuzustimmen. Daß es deshalb "Nationen also nicht gibt", sie nur "kollektive Halluzinationen", "Mythen" sind, ergibt sich aber daraus nicht grundsätzlich. Kollektive Halluzination und Mythos ist allerdings das heute gängige Selbstverständnis der national denkenden und fühlenden Massen. Soweit die völkisch definierte Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation nicht nur der Kitt ist, durch den die einzelnen Teile verbunden sind, sondern das sie eigentlich belebende, sie entfesselnde und vorwärtstreibende Element ausmacht, trifft das Verdikt der Unwahrheit auch die Sache.

Das Verschmelzen von Propaganda und Realität charakterisiert aber einen gesellschaftlichen Zustand, der nicht mehr als bürgerliche Nation zu definieren ist. Die halluzinierte völkische Zusammengehörigkeit war keineswegs das Fundament der Nationengründung im allgemeinen. Selbst in Deutschland hatte der völkische Wahn keinesfalls stets die gleiche Bedeutung, die ihm im 20. Jahrhundert zukommt. Nationalismus als Massenbewußtsein ist in Eu-

ropa eine relativ späte Erscheinung. Die Nationengründung selbst war bei dessen Auftreten meist schon lange abgeschlossen. Sicherlich sind auch die diese Gründungen begleitenden und sie anfeuernden theoretischen und politischen Interpretationen dessen, was eine Nation ausmacht, ideologisch. Als Rechtfertigungen politischer und ökonomischer Prozesse sind sie "notwendig falsches Bewußtsein". Dessen Inhalt aber – hierin unterschieden vom Wahn – sagt, durch das notwendig Falsche hindurch, viel Wahres über den meist stummen Zwang der gerechtfertigten Verhältnisse; die sich verändernden Interpretationen bilden ideologisch gebrochen die realen Veränderungen ab. Es hat daher Sinn, einigen uns wesentlich erscheinenden Veränderungen im rechtfertigenden Bewußtsein nachzugehen, um dadurch mehr über den Gang der Sache selbst zu erfahren.

Abbé Sieyes: Nation und Dritter Stand

Fast rührend naiv erscheint heute dem täglich mit seiner gänzlichen politischen und gesellschaftlichen Ohnmacht Konfrontierten die Vorstellung des sich emanzipierenden Bürgertums über die natürliche Verfaßtheit des Staates und der Gesellschaft, wie sie Rousseau formulierte. Daß sich die bürgerliche Gesellschaft als freie Übereinkunft der Einzelnen über einen Vertrag konstituiert, klingt heute angesichts der realen Totalität der Verhältnisse wie teuflischer Hohn. Es war aber die Vorstellung des von Natur aus freien Bürgers, der zusammen mit seinesgleichen die menschliche Gesellschaft aus seinem freien Willen konstituiert, die die französische Revolution theoretisch und moralisch beflügelte.

Einer der herausragenden Theoretiker der französischen Revolution, der Abbé Sieyes, unterscheidet drei Epochen der Konstitution einer Nation: "Für die erste Epoche ist eine mehr oder weniger beträchtliche Anzahl von Individuen anzunehmen, die sich vereinigen möchte. Schon allein durch diese Tatsache bilden sie eine Nation: sie haben alle Rechte einer solchen, es geht nur noch darum, sie auszuüben. Diese erste Epoche ist gekennzeichnet durch das Spiel der *Einzelwillen*. Sie erst schaffen die gesellschaftliche Vereinigung; sie sind der Ursprung aller öffentlichen Gewalt." Diese Einzelwillen werden in der zweiten Epoche auf sogenannte Gesellschafter übergeleitet, die aber zu zahlreich und über ein zu weites Gebiet zerstreut sind und daher gezwungen sind, in einer dritten Epoche "eine Regierung durch Vollmacht" zu installieren. "Die dritte Epoche unterscheidet sich dadurch von der zweiten, daß nun nicht mehr der *wirkliche* gemeinschaftliche Wille handelt, sondern ein *stellvertretender* gemeinschaftlicher Wille,... der gemeinschaftliche Wille existiert nur als Auftrag." (3)

Neben denjenigen, die sich vereinigen möchten, gibt es aber auch einige, die nicht zur Nation gehören: "der privilegierte Stand." Sieyes' Begründung für dessen Ausschluß ist umgekehrt auch der tiefere Grund für den Zusammenschluß selbst. Der Adel ist überflüssig, weil unproduktiv. Er behindert nur den Gang der Geschäfte. Ganz anders dagegen der "Dritte Stand". Diesen unterteilt Sieyes entsprechend der produktiven Tätigkeiten in die Feldarbeiter, die Handwerker, die Händler und Kaufleute und die Dienstleistungsberufe, deren Tätigkeit allein die Gesellschaft aufrechterhält. "Wer wagt es also zu sagen, daß der Dritte Stand nicht alles in sich besitzt, was nötig ist, um eine vollständige Nation zu bilden? Er ist der starke und kraftvolle Mann, der an einem Arm noch angekettet ist. Wenn man den privilegierten Stand wegnähme, wäre die Nation nicht etwas weniger, sondern etwas mehr. Also, was ist der Dritte Stand? Alles, aber ein gefesseltes unterdrücktes Alles. Was wäre er ohne den privilegierten Stand? Alles, aber ein freies und blühendes Alles. Nichts kann ohne ihn gehen; alles ginge unendlich besser ohne die anderen." (4) Sieyes, soviel wird hier deutlich, argumentiert nicht nur klassenkämpferisch, sondern fundiert das Vertragsverhältnis Nation ökonomisch, wenn er letztlich die Produktivität des Dritten Standes als dasjenige bezeichnet, "was nötig ist, um eine vollständige Nation zu bilden."

Die Produktivität des Dritten Standes sieht Sieyes aber nicht als besondere historisch gewachsene Art und Weise zu produzieren, sondern die damalige Produktionsweise ist ihm der natürliche Zustand, die dem Menschen adäquate Form der Naturbearbeitung und des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Herrschaft einer privilegierten Klasse war demnach eine den natürlichen Zustand deformierende Erscheinung, die mit der französischen Revolution schmerzhaft korrigiert wurde. Der jetzt neue Zustand ist also der eigentlich alte.

Kant: Bürgerliche Gesellschaft als "allgemeiner Wille"

Die rechtliche Grundlage der bürgerlichen Nation und damit der natürlich menschlichen Gesellschaft – der Contrat social – wird nur aufs neue bekräftigt. Das die Revolution reflektierende Denken ist noch nicht in die prozessierende Dynamik des Kapitalverhältnisses hineingerissen. Während es praktisch werdend die gesellschaftliche Dynamik aufs Äußerste steigert, legitimiert es die revolutionäre Praxis mit dem Verweis auf ein statisches Naturverhältnis. Dieser ideologische Kern, das Voraussetzen eines natürlichen Vertragsverhältnisses, läßt sich auch bei Kant – etwas modifiziert – wiederfinden. Die Konstitution der bürgerlichen Gesellschaft – "eines allgemeinen Willens" – verlangt nicht die empirisch reale Zustimmung jedes einzelnen Bürgers, sondern jeder Bürger ist so anzusehen, "als ob er zu einem solchen Willen mit zugestimmt habe." (5) Seinen Grund hat dieser transzendentale "Als ob-Vertrag" nach Kant in einer sachlichen Notwendigkeit : "der notwendigen Vereinigung des Privateigentums aller" (6) zu einer, "...durch öffentliche Gesetze das Mein und Dein sichernden Gesellschaft". (7)

Mit dem Eigentum setzt Kant ein *sachliches Verhältnis* in das Zentrum der bürgerlichen Gesellschaft. Dabei definiert er aber nicht den empirisch vorgefundenen Besitz der Einzelnen als sachliches Fundament, sondern leitet diesen ab von einem ihm vorausgehenden Gemeinbesitz: "Der Besitzer fundiert sich auf dem angeborenen *Gemeinbesitze* des Erdbodens und diesem a priori entsprechenden allgemeinen Willen eines erlaubten *Privatbesitzes* auf demselben ..." (8). Nur "die vereinigte Willkür aller in einem Gesamtbesitz" ist "die einzige Bedingung, unter der es allein möglich ist, daß ich jeden anderen Besitzer vom Privatgebrauch der Sache ausschließe" (9). Die Ableitung des Privatbesitzes aus einem apriorischen "allgemeinen Willen" garantiert die Übereinstimmung der Interessen der Nation mit denen der Bürger. Die französische Revolution begründete die gesellschaftliche Wirklichkeit als alte, indem sie den ursprünglichen transzendentalen "Als ob-Vertrag" nur erneuerte. Die neu proklamierte Freiheit des Privatbesitzes war immer schon Inhalt des apriorischen "allgemeinen Willens". Das statische Denken Rousseaus und Abbé Sieyes' ist hier nicht aufgehoben.

Hegel: Die Wirklichkeit nach dem Gedanken erbauen

Im Gegensatz dazu schreibt Hegel zur französischen Revolution: "Im Gedanken des Rechts ist also jetzt eine Verfassung errichtet worden, und auf diesem Grunde sollte nunmehr alles basiert sein. Solange die

Sonne am Firmamente steht und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, d.i. auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut..., nun aber erst ist der Mensch dazu gekommen zu erkennen, daß der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren solle. Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert." (10)

Indem Hegel die französische Revolution als noch nie dagewesene historische Einmaligkeit preist, in der zum ersten Mal die Wirklichkeit nach dem Gedanken erbaut wurde, zerschlägt er das statische Wesen der Rousseau-Kantischen Vertragstheorie und stellt die bürgerliche Nation als historisch gänzlich neues Produkt dar. Schrittweise hat sich der Weltgeist bis zum bürgerlichen Nationalstaat entwickelt, dieser ist "die Form, in welcher das Prinzip der Freiheit sich verwirklicht hat, denn die Weltgeschichte ist nichts als die Entwicklung des Begriffs der Freiheit. Die objektive Freiheit aber, die Gesetze der reellen Freiheit fordern die Unterwerfung des zufälligen Willens, denn dieser ist überhaupt formell." (11) Mit der Forderung nach genereller Unterwerfung des empirischen Willens unter die Gesetze der "reellen Freiheit" greift Hegel die Vertragstheorie in ihrer Substanz an. Die individuellen Interessen sind weder Ausgangspunkt der der bürgerlichen Gesellschaft zugrundeliegenden "Allgemeinheit", noch sind sie – weil aus ihr abgeleitet – mit ihr darum in Übereinstimmung.

Hegels Mißtrauen gilt nicht nur dem bürgerlichen Individuum, sondern erstreckt sich auf die gesamte bürgerliche Gesellschaft. Er trennt daher Gesellschaft und Staat. "Die Wirklichkeit der konkreten Freiheit (ist) wahrhaft nur als der Staat. Die Idee des Staates in neuer Zeit hat die Eigentümlichkeit, daß der Staat die Verwirklichung der Freiheit nicht nach subjektivem Belieben, sondern nach dem Begriffe des Willens, d.h. nach seiner Allgemeinheit und Göttlichkeit ist." (12) Dieser hat daher seinen Rechtsgrund nicht in der bürgerlichen Gesellschaft; sein Allgemeines: die "Wirklichkeit der konkreten Freiheit steht über ihr und dem zufälligen Willen der Individuen. Gegen das Prinzip des einzelnen Willens ist an den Grundbegriff zu erinnern, daß der objektive Wille das an sich in seinem Begriffe Vernünftige ist, ob es von Einzelnen erkannt und von ihrem Belieben gewollt werde oder nicht." (13) In den §§ 242 bis 246 der Rechtsphilosophie wird Hegels Mißtrauen gegen die bürgerliche Gesellschaft konkret und direkt greifbar. Die Verhältnisse des industriell am weitesten entwickelten Landes, Englands, vor Augen schreibt er: "Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet,... vermehrt sich die *Anhäufung der Reichtümer* ...auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die *Vereinzelung* und *Beschränktheit* der besonderen Arbeit und damit die *Abhängigkeit* und *Not* der an diese Arbeit gebundenen Klasse... Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft nicht *reich genug* ist, d.h. an dem ihr eigentlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern." (14)

Die kapitalistische Entwicklung war seit Rousseau und Kant so weit fortgeschritten, daß jemand wie Hegel in der freien Verwirklichung der individuellen Interessen nicht mehr die Garantie für die Konstitution eines harmonischen Ganzen sehen konnte. Daß, wie Sieyes noch glaubte, mit dem Wegfall der Privilegien alle Mitglieder des Dritten Standes ein gutes Auskommen haben werden, war inzwischen ebenso praktisch widerlegt, wie die Vorstellung Kants, eine Welt bestehend aus bürgerlichen Nationen fände zwangsläufig zum "ewigen Frieden".

Marx: "Freier Wille" und Staat

Es soll hier wenigstens angedeutet werden, daß Hegel sich scharf von der nach den antinapoleonischen Befreiungskriegen an der Berliner Universität herrschenden Stimmung abgrenzte. Den mehrheitlich deutschtümelnden Professoren war Hegels Vorstellung, in der französischen Revolution haben sich die Idee der Freiheit, die Gesetze der Vernünftigkeit, des Rechts an sich in die Wirklichkeit gesetzt, eine französische Vorstellung. Gegen Hegels sich aus dem Geiste realisierende "Allgemeinheit" behaupteten sie die Notwendigkeit einer "deutschen Freiheit", die sich aus dem Volkscharakter der Germanen ableiten lasse. Gegen die Bestrebungen dieser Deutschtümler, sich durch die Beschäftigung mit dem Nibelungenlied dem nationalen Wesen der Deutschen nähern zu können, polemisiert er: "Dergleichen jetzt noch zu etwas Nationalem oder zu einem Volksbuche machen zu wollen, ist der trivialste, platteste Einfall. In Tagen scheinbar neu auflodernder Jugendbegeisterung war es ein Zeichen von dem Greisenalter einer in der Annäherung des Todes wieder kindisch gewordenen Zeit, die sich an Abgestorbenem labte und darin ihr Gefühl, ihre Gegenwart zu haben, auch anderen hat zumuten können." (15)

Konsequent leitet Hegel den auch von ihm für den Erhalt der Nation für notwendig erachteten Patriotismus nicht aus einem völkischen Denken ab, sondern dieser soll wesentlich Produkt der Institution des Staates sein. "Die politische Gesinnung, der Patriotismus überhaupt ... und das zur Gewohnheit gewordene Wollen ist nur Resultat der im Staat bestehenden Institutionen ..." (16)

Der Angriff des jungen Marx gegen die Hegelsche Rechtsphilosophie wendet sich gegen den "logischen pantheistischen Mystizismus" Hegels, der die Idee versubjektiviere, wenn er behauptet, die Zuteilung des Staatsmaterials an Familie und bürgerliche Gesellschaft erscheine in der Wirklichkeit falsch, nämlich so, als sei der Staat Produkt der Gesellschaft. Marx attackiert noch nicht den Inhalt der Idee (reelle Freiheit etc.), sondern deren Verhältnisse zur Wirklichkeit.

"Diese Umstände,... sind (ihm) bloß die *Erscheinung einer Vermittlung*, welche die wirkliche Idee mit sich selbst vornimmt *und welche hinter der Gardine vorgeht. Die Wirklichkeit wird nicht als sie selbst, sondern als eine andere Wirklichkeit ausgesprochen.*" (17) (Hervorhebungen von den Verf.) Daraus folgert Marx: "... Familie und bürgerliche Gesellschaft sind wirkliche Staatsteile, wirkliche geistige Existenzen des Willens, sie sind Daseinsweisen des Staates; Familie und bürgerliche Gesellschaft machen *sich selbst* zum Staat. Sie sind das Treibende." (18) "Familie und bürgerliche Gesellschaft sind die Voraussetzungen des Staates; sie sind die eigentlichen Tätigen, aber in der Spekulation wird es umgekehrt." (19)

Nur zwei Jahre nach der Kritik des Hegelschen Staatsrechts korrigiert Marx zusammen mit Engels in der "Deutschen Ideologie" seine Kritik an Hegel, indem er – damit über die immanente Kritik hinausgehend – das "Tätige" der bürgerlichen Gesellschaft präzisiert: "Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst." (20) In der Art und Weise, wie die Gesellschaften das tun, unterscheiden sie sich untereinander und von früheren historischen Formen. "Die bürgerliche Gesellschaft als solche entwickelt sich erst mit der Bourgeoisie" und "... umfaßt den gesamten materiellen Verkehr der Individuen innerhalb einer bestehenden Entwicklungsstufe der Produktivkräfte. Sie umfaßt das gesamte kommerzielle und industrielle Leben einer Stufe und geht insofern über den Staat und die Nation hinaus, obwohl

sie andererseits wieder nach außen hin als Nationalität sich geltend machen, nach innen als Staat sich gliedern muß." (21) In diesem Text entwickeln Marx und Engels u.a., wie die Bourgeoisie durch Entwicklung der Manufaktur und damit der Arbeitsteilung ein neues soziales Verhältnis, das der Lohnarbeit, als dominierende Produktionsweise durchsetzt. Die Rousseau-Kantische Vertragstheorie kritisierend schreiben sie : "Da der Staat die Form ist, in welcher die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen, ... so folgt, daß alle gemeinsamen Institutionen durch den Staat vermittelt werden, eine politische Form erhalten. Daher die Illusion, als ob das Gesetz auf dem Willen und zwar auf dem von seiner realen Basis losgerissenen, dem *freien* Willen beruhe." (22)

Der realen Basis der Bourgeoisie, "...dem modernen Privateigentum, entspricht der moderne Staat, der durch die Steuern allmählich von den Privateigentümern an sich gekauft, durch das Staatsschuldenwesen ihnen vollständig verfallen und dessen Existenz in dem Steigen und Fallen der Staatspapiere auf der Börse gänzlich von dem kommerziellen Kredit abhängig geworden ist, den ihm die Privateigentümer, die Bourgeois geben. Die Bourgeoisie ist, schon weil sie eine *Klasse*, nicht mehr ein *Stand* ist, dazu gezwungen, sich national, nicht mehr lokal zu organisieren und ihrem Durchschnittsinteresse eine allgemeine Form zu geben." (23)

Bourgeoisie, "nationales Gesamtkapital" und Weltmarkt

Zwei Jahrzehnte später präzisiert Marx dieses Durchschnittsinteresse der Bourgeoisie, das sie erst in dessen "allgemeiner Form", dem Nationalstaat, realisieren kann. Im dritten Band des "Kapital", 10. Kapitel, deckt Marx die innere Struktur der Warenproduktion auf, die die Bourgeoisie nötigt, sich als herrschende Klasse national zu organisieren. Unterschiedliche Produktionssphären haben in der Regel unterschiedliche organische Zusammensetzung des Kapitals und damit unterschiedliche Profitraten.

"Das Kapital entzieht sich aber einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andere, die höheren Profit abwirft. Durch diese beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Wort, durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären derselbe wird und daher die Werte sich in Produktionspreise verwandeln. Diese Ausgleichung gelingt dem Kapital mehr oder minder, je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist." (24)

Der Ausgleich der unterschiedlichen Profitraten setzt eine Mobilität des Kapitals als auch der Lohnarbeiter voraus, Handelsfreiheit im Inneren der Gesellschaft und ein entwickeltes Kreditsystem. Der Drang nach Höchstprofiten hat zum Ergebnis den Durchschnittsprofit, über dessen Realisierung die Bourgeoisie als zur Herrschaft drängende Klasse einen nationalen Kapitalmarkt herstellt, sich schrittweise alle Produktionszweige unterordnet und damit eine einheitliche Exploitationssphäre, die bürgerliche Nation schafft. Dazu Marx: " Aus dem Gesagten ergibt sich, daß jeder einzele Kapitalist wie die Gesamtheit aller Kapitalisten jeder besonderen Produktionssphäre, in der Exploitation der Gesamtarbeiterklasse durch das Gesamtkapital und in dem Grad dieser Exploitation nicht nur aus allgemeiner Klassensympathie, sondern direkt ökonomisch beteiligt ist, weil ... die Durchschnittsprofitrate abhängt von dem Exploitationsgrad der Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital." (25)

Der von Marx hier aufgedeckte Mechanismus der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander vereint sie also ökonomisch als Klasse, als nationales Gesamtkapital, dem die in ihrer Ausbeutung vereinigte Arbeiterklasse als Objekt des nationalen "Exploitationsgrades", als nationale Gesamtarbeit gegenübersteht. Daraus ergeben sich weitere Schlüsse.

Das in einer bestimmten Nation angelegte Kapital, das seine Waren auf den Weltmarkt wirft, trifft dort auf Waren konkurrierender Nationen, die alle entsprechend ihrer Produktivitätshöhe unterschiedliche nationale Profitraten repräsentieren. Unabhängig von der wirklichen Produktivität der konkreten Sphäre, aus der jede Ware tritt, mißt sie sich mit den Konkurrenten anderer Nationen vermittels ihrer nationalen Durchschnittsproduktivität. Demnach hat jede Ware auf dem Weltmarkt gewissermaßen ein besonderes nationales "spezifisches Gewicht"; und wenn Marx die Ware als "Bürger dieser Welt" (26) bezeichnet, so hat sie wie jeder anständige Bürger auch eine Nationalität. Diese kann ihr je nach dem allgemeinen Stand der Produktivität zum Nutzen oder zum Schaden sein: "Sofern die Arbeit des fortgeschritteneren Landes hier als Arbeit von höherem spezifischen Gewicht verwertet wird, steigt die Profitrate, indem die Arbeit, die nicht als qualitativ höhere bezahlt, als solche verkauft wird... Ganz wie der Fabrikant, der eine neue Erfindung vor ihrer Verallgemeinerung benutzt, wohlfeiler verkauft als seine Konkurrenten und dennoch über dem individuellen Wert seiner Ware verkauft ..." (27)

Mit dieser Passage aus dem "Kapital", Band 3 argumentierten übrigens zeitweilig die Kubaner, als sie für ihre Rohstoffe im Austausch mit Industriegütern der Sowjetunion günstigere Konditionen verlangten.

Die Höhe der Produktivität der abstrakten Arbeit in einer nationalen Exploitationssphäre erscheint somit auf dem Weltmarkt als der eigentliche Charakter einer Nation. Hoch oder niedrig ist sie nur in der Relation zu anderen, weshalb das nationale Kapital eine realistische Wertschätzung seiner selbst erst in der Konkurrenz erfährt, oder wie Hegel das ausdrückt: " Sie anerkennen sich (d.h. sich *selbst*, d.V.) als gegenseitig sich anerkennend." (28) Diese Tatsache verführt manche dazu, in der Ungleichheit der Nationalökonomien den Grund der Nationenbildung selbst zu suchen. Daß zwei Dinge verglichen werden können, setzt aber die Existenz einer beiden gemeinsamen Größe bereits voraus. Diese Substanz – die abstrakte Arbeit – entsteht aber nicht erst durch die politische Formierung einer Masse Menschen zur Nation, sondern ist Ergebnis eines historischen Prozesses der Trennung von Produzent und Produktionsmittel. Daß der politische Zusammenschluß der Einzelkapitale zum nationalen Gesamtkapital umgekehrt diesen Prozeß beschleunigt und bewußt vorantreibt, ändert nichts daran, daß der Druck auf die Einzelkapitale,sich national zu formieren, zunimmt mit der Masse expropriierter Lohnarbeiter; deren Existenz ist also Voraussetzung und ihre Ausbeutbarkeit Ursache der nationalen Konstitution.

Die abstrakte Arbeit als Substanz der Nation

Mit der Bestimmung der abstrakten Arbeit als der Substanz der Nation sind wir plötzlich wieder am Anfang unserer Erörterungen. Abbé Sieyes, der in der Schaffenskraft des Dritten Standes "alles" ausmacht, "was nötig ist, um eine vollständige Nation zu bilden" (s.o.) und deshalb den Adel ausschließt, hat in der Gründungsphase noch einen klaren unverstellten Blick.

Kants theoretische Konstruktion des apriorischen "allgemeinen Willens eines erlaubten Privatbesitzes" ist in der Verwandlung des Wertes in den Produktionspreis, des Mehrwertes in den Profit, insofern real geworden, als der einzelne Kapitalist mit dem Profit einen Anteil am

nationalen Gesamtwert, entsprechend der apriorischen Durchschnittsprofitrate, realisiert.

Marx' Kritik an Hegel, nach dem die Zuteilung des ideellen Staatsmaterials an die bürgerliche Gesellschaft zwar als "Willkür" und "Wahl der Bestimmung" des Einzelnen erscheint, tatsächlich aber eine Vermittlung sei, "welche die wirkliche Idee mit sich selbst vornimmt und welche hinter der Gardine vorgeht" (s.o.), wird zur Kritik der Wirklichkeit der realen Bewegung des Kapitals selbst. Wirft der junge Marx Hegel noch vor, er betreibe einen "logischen pantheistischen Mystizismus", indem er die Idee versubjektiviert und Familie und bürgerliche Gesellschaft zu deren Objekten degradiert, so entdeckt der alte Marx den realen Mystizismus der Warenproduktion, indem er den Wert als "automatisches Subjekt" analysiert, das sich in der bürgerlichen Gesellschaft verselbständigt hat und sie beherrscht. "Diejenigen, die die Verselbständigung des Werts als bloße Abstraktion betrachten, vergessen, daß die Bewegung des industriellen Kapitals diese Abstraktion in actu ist." (29) Durch die Bewegung des Kapitals – hier dem Ausgleich der unterschiedlichen Profitraten – bleibt dem Einzelkapitalisten der *Wert* seiner Waren verborgen.

Die Verwandlung des Werts in den Produktionspreis, eine Vermittlung, die das Kapital in seiner Bewegung an sich selbst vornimmt, geschieht "hinter der Gardine" und bleibt den Agierenden selbst verborgen. Die "Bestimmung des Werts der Waren durch die Arbeitszeit, durch das in ihnen enthaltene Quantum Arbeit..." muß von diesen – als die Wirklichkeit der Warenproduktion – nicht gewußt werden, da sie als "eine andere Wirklichkeit", als Produktionspreis erscheint, um den "...die Marktpreise schwanken. Sie können sich das erlauben, weil der Produktionspreis eine schon ganz veräußerlichte und prima facie begrifflose Form des Warenwerts ist, eine Form, wie sie in der Konkurrenz erscheint, also im Bewußtsein des vulgären Kapitalisten, also auch in dem der Vulgärökonomen vorhanden ist." (30)

Mit seiner Bestimmung, daß die empirische Wirklichkeit der Nation: Staat und bürgerliche Gesellschaft ihre Wahrheit nicht an sich und in ihrem Selbstbewußtsein haben, sondern diese empirische Wirklichkeit nur eine Erscheinungsform einer anderen Wirklichkeit ist, verrät Hegel das Geheimnis der bürgerlichen Nation. Deren Substanz ist aber nicht die "wirkliche Idee" – keine Etappe des tätigen Weltgeistes –, sondern die abstrakte Arbeit als sich selbst verwertender Wert.

"In der bisherigen Geschichte" – schreiben Marx und Engels deshalb – "ist es allerdings ebensosehr eine empirische Tatsache, daß die einzelnen Individuen mit der Ausdehnung der Tätigkeit zur Weltgeschichtlichen immer mehr unter einer ihnen fremden Macht geknechtet worden sind (welchen Druck sie sich denn auch als Schikane des sogenannten Weltgeistes etc. vorstellten), einer Macht, die immer massenhafter geworden ist und sich in letzter Instanz als *Weltmarkt* ausweist." (31) Der Weltmarkt ist die letzte Instanz, die der in einer einheitlichen Exploitationssphäre ausgepreßten abstrakten Arbeit – in ihrer Erscheinungsform als Ware – ihr nationales spezifisches Gewicht verleiht.

Wenn Hegel meint, daß die bürgerliche Gesellschaft durch ihre eigene Dialektik "über sich hinausgetrieben" wird und dann präzisiert: "Zunächst *diese* bestimmte Gesellschaft" (32) zum Kolonialismus hin, dann deutet er bereits dunkel an, daß der Nationalstaat möglicherweise doch nicht das letzte Wort des Weltgeistes ist. Begreift man die Nation in der hier entwickelten Weise, so läßt sie sich sowohl räumlich als auch zeitlich eingrenzen. Ein Großteil der Erde, die Kolonien des 19. Jahrhunderts, sind dann keineswegs unterdrückte Nationen, denen der Kolonialismus ihre Nationalität ausgetrieben hat, wie Frantz Fanon glaubte, sondern besondere Ausbeutungsobjekte der europäischen Nationalstaaten, quasi Vorhöfe der nationalen Exploitationssphären, denen die Entwicklung der substantiellen Voraussetzung zur *nationalen* Konstitution größtenteils bis heute verweigert wurde. Daraus erklärt sich letztlich auch deren politische und territoriale Instabilität und nicht aus den angeblich "künstlichen" Grenzziehungen, die die "natürlichen" ethnischen Grenzen mißachtet hätten. Als politisch-soziale Erscheinungsform einer bestimmten Produktionsweise ist die Nation mit dieser historisch und damit vergänglich. Das von Hegel prophezeite " über sich Hinaustreiben" der bürgerlichen Gesellschaft, das man heute mehr denn je von der Wirklichkeit bestätigt sieht, wurde als Gedanke auch von allen Marxisten aufgegriffen.

Vom freien Handel zum Plündern

Diese Wirklichkeit bietet aber wenig Anlaß zu Hoffnungen, wie sie noch Lenin an diese Entwicklung knüpfte. Nach ihm gibt es ein "Weltgesetz des Kapitalismus", das zwei Tendenzen der nationalen Frage beinhaltet: "Die erste Tendenz: Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, Herausbildung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz: Entwicklung und Vervielfachung der verschiedenartigen Nationen, Niederreißung der nationalen Schranken, Herausbildung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Politik, der Wissenschaft usw.... Die Erste überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die Zweite kennzeichnet den reifen, seiner Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft entgegengehenden Kapitalismus." (33) Mit beiden Tendenzen, so Lenin, müsse die sozialistische Bewegung rechnen. Ihr "nationales Programm" reagiere auf die erste Tendenz mit dem Selbstbestimmungsrecht, auf die Zweite mit dem proletarischen Internationalismus. Lenins Darstellung der "Zweiten Tendenz" transportiert unüberhörbar eine affirmative Fortschrittserwartung. Die proletarische internationalistische Bewegung – so kann man wohl Lenin interpretieren, ohne ihm Gewalt anzutun – hat in dieser Tendenz einen "objektiven" Bündnispartner.

Die Geschichte hat diese Hoffnung völlig zerstört. Die immer schon brüchigen "zivilisatorischen Errungenschaften" des Liberalismus wurden von der zweiten Tendenz gänzlich liquidiert. Das Verschwinden der ökonomisch dominierenden Einzelkapitalisten, ihr Verschmelzen zu Monopolen und deren Agieren als multinationale Konzerne hat die nationale Exploitationssphäre aufgesprengt. Das international agierende Kapital hat den Kokon der Nation wie eine lästige Hülle abgestreift. Diese seine alte Hülle verwest aber nicht rasch, sondern ändert mit der Metamorphose des Kapitals ihre Funktion: sie wird diesem ein neues *politisches* Organ.

Glaubte Kant noch, daß der stumme Zwang der Verwertung die liberalen Nationalökonomien zu freiem Handel und damit einmal zum ewigen Frieden nötigen werde, verlangt die bewußte Herrschaftsausübung der Konzerne auf ewig den Beutekrieg. Mit dem Wegfall "des stummen Zwangs der Verhältnisse, dem Eingang der Herrschaft... in die ökonomische Apparatur" (Adorno) regrediert die bürgerliche Gesellschaft, indem sie sich weiterentwickelt. Dazu Horkheimer: "Das Dorado der bürgerlichen Existenzen, die Sphäre der Zirkulation, wird liquidiert. Ihr Werk wird teils von den Trusts verrichtet, die ohne Hilfe der Banken sich selbst finanzieren, den Zwischenhandel ausschalten und die Generalversammlung in Zucht nehmen. Teils wird das Geschäft vom Staat besorgt. Als caput mortuum des Verwandlungsprozesses der Bourgeoisie ist die industrielle und staatliche Bürokratie übriggeblie-

ben."(34) Diese agiert aber nicht nur innerhalb des Staates, sondern kümmert sich zusehends um die Verwertung des aus der Nation entwachsenen Kapitals. Wenn Kohl nach China fährt, wuseln Konzernvertreter als Gefolge hinterher. Außenpolitik und internationale Ausbeutung sind gänzlich miteinander verschmolzen. Die Idee des freien Handels ist längst durch die Praxis brutalen Plünderns abgelöst, der Tausch ist ersetzt durch politische und ökonomische Erpressung. Mit dem Kollaps der RGW-Staaten hat diese Entwicklung einen erneuten Schub erhalten. Mit ihnen starben die letzten nationalökonomischen Fossile aus. Ihre staatskapitalistische Verfaßtheit schützte im nationalstaatlichen Panzer eine gegenüber dem Weltmarkt zurückgebliebene Produktivität. Die politische Konstruktion eines realsozialistischen zweiten Weltmarktes machte aus dem Mangel eine Tugend und überlebte immerhin einige Jahrzehnte.

"Das Volk ist Opium fürs Volk"

Der Zusammenbruch der staatskapitalistischen Strukturen war auch das Ende dieser Nationen. Einige klammern sich noch an den Rändern des imperialistischen Europas fest und glauben, so ihren Sturz verhindern zu können. Der Rest der auseinanderfallenden Nationen wird von sich befehdenden Banditenclans verwaltet, die hoffen, noch einige Zeit plündern und ihre Beute an die bewunderten internationalen Konzerne verscherbeln zu können. Der Glaube, es könne sich dort die Geschichte wiederholen, eine neue liberale Bourgeoisie sich die Früchte einer nationalen Gesamtarbeit aneignen, um damit auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, ist angesichts dessen Verfaßtheit absolut kindisch. Zu einer national organisierten privatkapitalistischen Expropriation der abstrakten Arbeit wird es nie kommen.

Allerdings ändert sich mit dem Eintritt in die imperialistische Phase auch die Organisation der abstrakten Arbeit in den Metropolen. Mit dem Wegfall der stummen Marktgesetze, dem zunehmend erfolgreichen Plündern des Kapitals im Weltmaßstab, hat sich die Marxsche Verelendungstheorie erledigt. "Die Verelendungstheorie impliziert unmittelbar Marktkategorien in Gestalt der Konkurrenz der Arbeiter, durch die der Preis der Ware Arbeitskraft fällt, während diese Konkurrenz mit allem, was sie bedeutet, so fraglich geworden ist wie die der Kapitalisten. Die Dynamik des Elends wird mit der Akkumulation stillgelegt. Die Verbesserung der ökonomischen Lage drunten oder deren Stabilisierung ist außerökonomisch: der höhere Standard wird aus Einkommen oder Monopolprofiten bezahlt, nicht aus "v". Er ist Arbeitslosenunterstützung, auch wo diese nicht deklariert ist, ja wo der Schein von Arbeit und Lohn dicht fortbesteht: Zugabe, Trinkgeld im Sinne der Herrschenden." (35)

Als Trinkgeldempfänger gehören die Lohnabhängigen in den Metropolen zum Personal des Unternehmens, das den Namen Nation zwar noch führt, diesem Begriff aber nicht mehr gerecht wird. Darauf reagiert die "offizielle" Reflexion wie auch das Alltagsbewußtsein. Nicht zufällig werden Leute wie Carl Schmitt, Oswald Spengler, Moeller van den Bruck, Ernst Jünger u.a. auch von ehemals sich links gebärdenden neuen Rechten als brandneue Entdeckung gefeiert. Bereits in "konkret" 8/88 wandte sich Wolfgang Pohrt gegen die damals gerade neu anrollende Carl-Schmitt-Welle, die inzwischen stark angeschwollen ist, und bezeichnete die gepriesenen Ideen des alten neuen Vordenkers als "Trick, gewöhnlichen Denkschrott als erlesene Kostbarkeit zu präsentieren."(36) Das gilt im Prinzip für alle völkischen "Denker". Neben solchen Plattheiten, wie die häufig genannte Lieblingsthese der Schmitt-Fans: "Die eigentliche *politische* Unterscheidung ist die Unterscheidung zwischen Freund und Feind " (37), bieten die Ideen der Völkischen meist derart Absurdes, daß sie sich einer theoretischen Auseinandersetzung schon von der Sache her entziehen.

Die gängige Grundthese lautet: die Menschen teilen sich in Völker, die sich darin unterscheiden, daß sie in der Tiefe ihrer Seele eine ihnen jeweils wesentliche Gemeinsamkeit aufweisen, die in der Regel äußerst gefährdet ist, was höchste Wachsamkeit nötig macht und die sofortige Anspannung aller Kräfte dringend erfordert. In Deutschland wird dabei gern auf die lange Tradition dieses bereits von Hegel heftig attackierten völkischen Irrationalismus zurückgegriffen. Eigentlich keine Ideologie mehr – da dieser Blödsinn kein Gramm Wahrheit – auch nicht falsch gespiegelt – enthält, dient er der Legitimation des Verfolgens der als anders Definierten und als Erkennungsmerkmal der Gleichen. "Zur Ideologie im eigentlichen Sinne bedarf es sich selbst undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse. Heute ist die zu Unrecht wegen ihrer Kompliziertheit gescholtene Gesellschaft dafür zu durchsichtig geworden." (38)

Diese undurchsichtigen, vermittelten Verhältnisse waren die Verhältnisse der liberalen Phase der bürgerlichen Nationalstaaten. Der *völkische* Nationalismus, unlösbar verbunden mit dem Antisemitismus, legitimiert die barbarischen Raubzüge des weltweit agierenden Kapitals und stellt die Komplizenschaft der Trinkgeldempfänger her, die ihre prekäre Situation, jederzeit überflüssig zu sein, sehr wohl spüren. "So offen das Wahnhafte des Nationalismus heute in der vernünftigen Angst vor erneuten Katastrophen zutage liegt, so sehr befördert es seine Ausbreitung. Wahn ist der Ersatz für den Traum, daß die Menschheit die Welt menschlich einrichte, den die Welt der Menschheit hartnäckig austreibt."(39) Das Verschwinden der die Staatsbürger einigenden, undurchsichtigen vermittelten Verhältnisse bringt die Dissoziierten dazu, ihren prekär gewordenen Zusammenhalt als existentiellen zu halluzinieren.

"Das Volk ist Opium fürs Volk". Adorno (40)

Gerd Kuhnen/ Holger Schlüter

Anmerkungen:

1) Adorno, Dissonanzen, S.120
2) Stalin, Werke Bd.2
3) Sieyes, Was ist der Dritte Stand, S.165f
4) ebd., S.123
5) Kant, Werke Bd.6, S.381
6) ebd., S.13
7) Kant, Werke Bd.7, S.44
8) ebd., S.52
9) ebd., S.64
10) Hegel, Werke Bd.12, S.529
11) ebd., S.539
12) Hegel, Werke Bd.7, S.407
13) ebd., S.401
14) ebd., S.389f
15) Zit. nach: Losurdo, Hegel und das deutsche Erbe, S.50
16) Hegel, Werke Bd.12, S.413
17) MEW Bd.1, S.206
18) ebd., S.207
19) ebd., S.206
20) MEW Bd.3, S.28
21) ebd., S.36
22) ebd., S.62
23) ebd.
24) MEW Bd.25, S.206
25) ebd., S.207
26) MEW Bd.23, S.77
27) MEW Bd.25, S.248
28) Zit. nach: MEW Bd.3, S.147
29) MEW Bd.24, S.109
30) MEW Bd.25, S.208
31) MEW Bd.3, S.37
32) Hegel, Werke Bd.12, S.492
33) Lenin, Werke Bd.20, S.12
34) Horkheimer, Autoritärer Staat
35) Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, in:Gesellschaftstheorie und Kulturkritik, S.19
36) Wolfgang Pohrt, Ein Hauch von Nerz, S.52
37) ebd., S.50
38) Adorno, Soziologische Schriften Bd.2, S.467
39) Adorno, Eingriffe, S.139
40) Adorno, Dissonanzen, S.61

Lenin und die Nation

Über Rechtsformeln und "blutleere Gespenster"

Als eine Verteidigung des revolutionären Lenin in Sachen nationaler Frage liest sich ein in Bahamas 15 veröffentlichter Diskussionsbeitrag von Gerd Kuhnen und Holger Schlüter. Anlaß: Ein in "konkret" veröffentlichter Text von Günther Jacob, der die negativen Folgen einer fehlenden kritischen Theorie der Nation für die Entwicklung der kommunistischen Linken aufzuzeigen versuchte. Jacob ging darin davon aus, daß ein in Lenins Definitionswelt verharrender Befreiungsnationalismus zur Überlagerung der sozialen Frage und zu einem *"antifaschistischen und antiimperialistischen Inter-Nationalismus"* geführt habe, der *"einige Jahrzehnte die Weltpolitik mitprägte und von dem heute nur der Nationalismus übriggeblieben ist."* (1)

Kuhnen/Schlüter setzen dagegen, Lenin sei *"in der Nationalitätenfrage (...) ganz sicher nicht!"* in *"schlechtes Hegelsches Erbe"* oder bürgerlichen Aporien verfangen gewesen. Er habe – und das erstrecke sich auf seine Ausführungen zur Nation – im Gegensatz zum *"Stufenmodell einer 'ideologischen Produktionsweisen-Periodisierung'"* gestanden und eine *"eher 'militärische', pragmatisch an den internationalen Kräfteverhältnissen interessierte, Sichtweise"* vertreten (2).

Kuhnen/Schlüter schildern Lenin als in Fragen der Nation taktisch operierenden Revolutionär, den am Nationalismus interessierte, *"wozu er nützt; was G.J. kritisiert"*. Nicht Lenins theoretische Fehler seien – so machen sie eine Opposition auf – Ursache für nationalistische Deformationen kommunistischer Ideologie ab den 30er Jahren gewesen, sondern allein die Niederlage einer nur international erfolgversprechenden proletarischen Revolution sei dafür verantwortlich zu machen.

1. Lenins "nationales Selbstbestimmungsrecht"

Trotz ausführlicher Erörterungen schreiben Kuhnen/Schlüter an den entscheidenden Diskussionspunkten vorbei. Wohl am gravierendsten ist, daß sie den wesentlichsten Beitrag Lenins zur kommunistischen Debatte um "Nation" noch nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Seine gegen Rosa Luxemburg erbittert vertretene These, die kommunistische Internationale habe das unbedingte *"Selbstbestimmungsrecht"* unterdrückter Nationen zu propagieren, findet in ihrem Beitrag nicht ein einziges Mal auch nur Erwähnung.

Im Mittelpunkt ihrer Argumentation steht die Behauptung, Lenin habe in Sachen nationaler Frage pragmatisch-taktisch argumentiert, und eine solch pragmatische Haltung werde vom Leninkritiker Günther Jacob verworfen. Günther Jacob hatte in seinem Beitrag aber keine grundlegende Kritik jeder politischen Haltung, jedes taktischen Vorgehens formuliert. Von Jacob angegriffen wurde vielmehr eine bei Lenin anzutreffende Unterwerfung der theoretischen Aussage unter taktische Erwägungen. Ein Theorieverständnis, das Wahrheit an unmittelbaren Nutzen bindet, wird von ihm allerdings – und zu Recht – kritisiert.

In der Auseinandersetzung Luxemburg-Lenin hatte gerade nicht Lenin, sondern Rosa Luxemburg einen konsequent taktischen Umgang mit den Postulaten nationaler Unabhängigkeitsbewegungen eingefordert. Sie machte in ihrer 1908 veröffentlichten Schrift *"Nationalitätenfrage und Autonomie"* vom konkreten Nutzen für klassenkämpferische Ziele abhängig, ob ein partielles Bündnis mit solchen Bewegungen angängig sei. Um den Schutz unterdrückter Sprachgemeinschaften gegen nationalistische Verfolgungen zu gewährleisten, setzte Luxemburg eher auf die Propagierung von geregelter kultureller Autonomie betroffener Gruppen, als auf Staatsgründungen. Sie schloß indessen die Unterstützung eines Rechts nationalistisch unterdrückter Minderheiten auf Bildung eines Nationalstaates nicht aus. Wichtigster Maßstab für Luxemburg blieb aber, ob durch solche Staatsgründungen eine Verbesserung der sozialen Klassenkampfbedingungen zu erhoffen sei. In einer solchen Position des Taktizismus sah sich Luxemburg durch Marx' Umgang mit nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen bestätigt (3). Den Ausführungen Rosa Luxemburgs widersprach Lenin 1914 vehement: Zwar sollte auch seiner Vorstellung nach die Frage, ob KommunistInnen reale Nationalstaatsbildungen befürworteten, von Fall zu Fall entschieden werden. Im Gegensatz zu Luxemburg propagierte Lenin aber die *unbedingte* Forderung nach dem *Recht* zu einer solchen Nationalstaatsbildung, ein unbedingtes *"Selbstbestimmungsrecht"*. Lenin vertrat also im Widerspruch zu Rosa Luxemburg, ein solches Recht müsse auch dort verteidigt werden, wo seine Verwirklichung die unmittelbaren Klassenkampfbedingungen verschlechtert.

Natürlich ist bedeutsam, die unmittelbaren historischen Hintergründe der Kontroverse Luxemburg-Lenin zu berücksichtigen. Der Streit handelte um einen Programmpunkt der russischen Sozialdemokraten (SDAPR), der Luxemburgs polnische Organisation, die SDKP, 1906 beigetreten war. Luxemburg argumentierte gegen das nationalistische Denken der polnischen Konkurrenzpartei PPS an und wollte jeder polnisch-nationalistischen Ideologie die Grundlage entziehen.

Lenin argumentierte, einem verbreiteten großrussischen Chauvinismus könne die russische Sozialdemokratie nur durch die Propagierung eines allgemeinen Rechts auf Abspaltung unterdrückter Minderheiten begegnen und hoffte, das Bündnis mit Nationalbewegungen werde die revolutionäre Position stärken.

Dürfen solche unmittelbar politischen Motive im Denken Lenins nicht vernachlässigt werden, bildet ihre Berücksichtigung doch nur einen Aspekt der Analyse. Die These, hier sei es anstatt um Theoriebildung nur um taktische politische Praxis gegangen, läßt sich daraus nicht schlüssig ableiten. Genau dies wird aber allzuoft versucht, meist gekoppelt mit der Behauptung, Lenin habe sich ja nur für "unterdrückte" Nationen einsetzen wollen und habe nur *deren* Selbstbestimmungsrecht propagiert.

Dem widerspricht nicht alleine, daß Lenin mit der Formel der nationalen Selbstbestimmung das bürgerliche Konstrukt einer "Nation" unhinterfragt übernahm. Auch daß Lenin eine internationale *Rechts*formel postulierte, übersteigt schon eine unter "Taktik" subsumierbare Interpretation. Lenin trug damit entscheidend dazu bei, daß die kommunistische Bewegung bei der Herausbildung eines internationalen Völkerrechtes eine aktive Rolle spielte. Die Propagierung eines Rechtes unterdrückter "Nationen" auf Selbstbestimmung schloß dabei ganz automatisch dasselbe für *"Unterdrückernationen"* ein, da der Charakter einer Rechtsnorm gerade darin besteht, eine Gleichsetzung bezüglich des rechtlichen Gegenstands unter Absehung aller nichtverglichener Differenzen vorzunehmen. Die Rechtsnorm eines "nationalen Selbstbestimmungsrechts" hat schon der Natur der Sache nach *alle* "Nationen" zum Gegenstand.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich auch, daß Lenin der Reichweite seines nationalen Selbstbestimmungsrechts auf von ihm als die *"Unterdrückernationen"* bezeichnete Rechtssubjekte gar nicht widersprochen hat. Bereits der Titel der hierfür zentralen

Schrift verweist auf den allgemeinen Charakter der Rechtsformel – er lautet: *"Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen"*, und nicht etwa: *"...der unterdrückten Nationen"*. In oft fehlinterpretierten Passagen dieses Textes engte Lenin die Reichweite des Rechtspostulats nicht etwa ein, sondern er konterte lediglich Luxemburgs Einwand, KPs entwickelter Nationalismen hätten die von ihm eingeforderte Rechtsnorm nicht in ihre Programme aufgenommen. Er setzte dagegen seine These, der Prozeß der Herausbildung bürgerlicher Nationen werde von einer zweiten Phase abgelöst, in der entwickelte Nationen von inneren Klassenkämpfen durchzogen würden. Für diese entwickelten Nationen, die bei ihm mit den imperialistischen *"Unterdrückernationen"* identisch sind, bestreitet Lenin nicht das Selbstbestimmungsrecht, sondern nur dessen Aktualität. KommunistInnen jener Länder, argumentierte Lenin gegen Luxemburg, bräuchten sich mit nationalem Selbstbestimmungsrecht ihrer Länder deshalb nicht auseinanderzusetzen, weil es dort bereits verwirklicht sei: *"...unser Programm beantwortet die Frage nach der* bürgerlich-demokratischen *Umgestaltung der Agrarverhältnisse, von der in den westlichen Ländern keine Rede mehr ist. Dasselbe gilt für die nationale Frage. In den meisten westlichen Ländern ist sie schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen."* (S. 61). Weil Rußland noch in der ersten Phase der Herausbildung von Nationen stecke, sei dort die explizite Propagierung des Selbstbestimmungsrechtes erforderlich: *"Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen."* Was anderswo zwar richtig, aber unbedeutend sei – so funktioniert sein Argument – werde in der spezifischen russischen Situation wesentlich: *"... sind es gerade die historischen konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der gegenwärtigen Epoche* zu einem besonders dringenden Erfordernis *machen."* (Hervorhebung durch B.B.)

Das u.a. von Lenin in der kommunistischen Bewegung durchgesetzte Postulat eines *"nationalen Selbstbestimmungsrechts"* wurde in der Geschichte der kommunistischen Bewegung tradiert und auf die Bewertung der *"Völker"* als revolutionäre Subjekte hin fortgeschrieben. Es entfaltet noch heute in der Linken, in Debatten um internationale Solidarität auch darüber hinausgreifend eine enorme Wirkungskraft. In diese Situation hinein untersuchte Günther Jacob die Wirkungsgeschichte der Denkfigur und wies schlüssig nach, die kommunistische Bewegung habe durch die selbsttransportierten Theoreme zum Scheitern der intendierten Befreiungsperspektive beigetragen.

Die Brisanz des Streits

Die "historische" Debatte um Lenins Thesen ist von aktueller Bedeutung. In den derzeitigen Differenzierungsprozessen der bundesrepublikanischen Linken spielt z.B. die Frage des "Selbstbestimmungsrechts" eine ganz entscheidende Rolle. Das Verhältnis zur deutschen Wiedervereinigung – an der sich bestimmt, ob Linke sich nationalistisch integrieren lassen, oder ob sie zur großdeutschen Rechtsentwicklung in antinationale Opposition zu treten versuchen – hängt u.a. davon ab, ob sich Linke das rechte Postulat eines "Selbstbestimmungsrechts der Deutschen" zu eigen machen. Auch in der Debatte um deutsche Außenpolitik, die mit der Befürwortung nationaler Selbstbestimmung im osteuropäischen Raum operiert, wird das Selbstbestimmungsrecht als Menschenrecht hervorgehoben. Nicht vergessen ist seine Funktion bei der linken Kontroverse um das deutsche Vorantreiben der kroatischen Staatsbildung: was für uns kriegstreiberisch ist, war für viele unterstützenswert.

Auf Lenin Bezug nahm beispielsweise "ak"-Autor Knut Mellenthin, als er 1991 für deutsche Außenpolitik, kroatische Sezession und gegen EG-Anstrengungen in Richtung Erhalt Jugoslawiens auftrat. *"Nationalismus wurde"* von der Linken, so Kt., *" zurecht als reaktionär wahrgenommen, wobei aber zwischen dem unterdrückenden Nationalismus und dem Nationalismus der Unterdrückten kaum ein Unterschied gemacht wurde. Andererseits gibt es eine traditionelle linke Position zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, die es eigentlich a priori ausschließt, eine* negative *Haltung zum 'Recht auf Lostrennung' einzunehmen. (Das schließt eine* kritische *Position entsprechend den Umständen des konkreten Falls überhaupt nicht aus.) Es müßte von Linken akzeptiert werden, daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht* freiwillig *bleiben will."* (ak 333, 26.8.91)

Werfen ehemalige KommunistInnen gerne alles über Bord, was an Lenin tatsächlich als aktivistisch-revolutionär beschrieben werden könnte, so halten sie an der These vom nationalen Selbstbestimmungsrecht in der Regel auch dann noch fest, wenn längst bürgerliche Karrieren angestrebt werden: So manche PolitikerIn in der grünen Partei hat ihren Deutschnationalismus auf solchem Wege erworben.

Das Problem ist: Die kritiklose Übernahme der Kategorie "Nation" und die Propagierung eines nationalen Selbstbestimmungsrechts bieten tatsächlich eine theoretische Grundlage, die auf die Übereinstimmung von Teilen der Linken mit völkischen Reaktionären hin fortgeschrieben werden konnte. Aus ihr ergibt sich wirklich – wie von Teilen der ML-Bewegung stets behauptet – ein theoretischer Raum, z.B. die Formel des nationalen Selbstbestimmungsrechts auf die Befürwortung der deutschen Wiedervereinigung hin auszuweiten.

Nun ist natürlich der Einwand berechtigt, die Akzeptanz des wiedervereinigten deutschen Imperialismus durch BRD-Linke könne nicht einfach auf Lenin übertragen werden. Es lag außerhalb Lenins Vorstellungskraft, daß sich spätere KommunistInnen mit Nationalismus, statt dem verschärften Klassenkampf auseinandersetzen haben würden. Er war davon ausgegangen, im entwickelten Kapitalismus werde sich eine zunehmende "Internationalisierung" des Kapitals ergeben, und ging fortschrittsoptimistisch davon aus, eine solche Internationalisierung könne nahtlos in proletarischen Internationalismus übergehen. Für die Herausbildung der Nationalstaaten in einer ersten, wie auch für ihre Überwindung in einer zweiten Phase sah Lenin quasi objektive, automatische Prozesse am Werk. Mit einem solchen Geschichtsmodell, wie mit der unhinterfragten Akzeptanz des Begriffes "Nation" teilte Lenin Tendenzen, die sich bei beinahe allen, auch den linkesten sozialdemokratischen AutorInnen seiner Zeit finden.

Dennoch ist die Intensität, mit der Argumente zur historischen Einordnung und zur Verteidigung der persönlichen Integrität des revolutionären Lenin vorgetragen werden, mehr als unangemessen. Die diskursive Funktion einer Umkehrung der Debatte – weg vom Inhalt der Leninschen Postulate, hin zur Debatte um historische Würdigung – liegt regelmäßig in der Rettung und Dogmatisierung der autoritär verklärten Inhalte. Wenn etwa bei Kuhnen/Schlüter ein erkenntnistheoretischer Determinismus aufscheint, es habe zu Lenins Zeit "Nation" gar nicht kritischer hinterfragt werden *können*, als bei Lenin vorgefunden: So bringen sie dadurch Luxemburgs Kritik an Lenins *"metaphysischer Formel"* zum Verschwinden und retten Lenins auf ökonomische Funktionen reduzierten Blick auf die bürgerliche "Nation". Und wenn Kuhnen/Schlüter Lenins Postulat eines Selbstbestimmungsrechts selbst nicht reproduzieren, so verschweigen sie es doch und decken noch in dieser Unterlassung jene *Mehrheit* der Linken, die unter Berufung auf Lenins Prämissen theoretisch wie praktisch reformistische bis reaktionäre Konsequenzen verficht.

Im von Kuhnen/Schlüter so heftig befehdeten Beitrag wurde ausgeführt, Lenins Ausführungen zur *"Nation"* beruhten auf

der bloßen Setzung eines *"Standpunkts der Totalität"*, von *"dem aus"* Lenin wisse, *"was 'fortschrittlich' oder 'reaktionär' ist"*; die *"metaphysische Formel"* (Luxemburg) von der nationalen Selbstbestimmung geht mit der metaphysischen Setzung von Fortschritt einher. So selbstverständlich, wie Lenin den Begriff *"Nation"* einführt, spricht er auch von unterdrückten nationalen Kollektiven: *"Insofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft,* insofern *sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen* dafür, *denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung."* (S. 69, Hervorh. i.O.) Indem Lenin das Unterdrückt-werden einer *"Nation"* zuschreibt, abstrahiert er aber völlig von den z.B. kulturellen Rechten konkreter Menschen. Es geht ihm nicht um konkrete Opfer national*istischer* Unterdrückung, von ihnen wird vielmehr zugunsten der nationalen Kategorie völlig abgesehen. Von individuellen Rechten der Angehörigen einer *"unterdrückten Nation"* ist bei Lenin nicht die Rede – deren Rechte können im Ernstfall der nationalen "Befreiung" sogar direkt *entgegenstehen.*

2. Zum Begriff der "Nation"

Dieselbe Verselbständigung ergibt sich für den Begriff der *"Demokratie"*, den Lenin in diesem Zusammenhang hervorhebt: *"Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich* gegen *die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir* unbedingt." (S. 70, Hervorh. i.O.) Indem Lenin *"jeder"* und *"allgemein"* betont, will er gerade darauf verweisen, daß der *"demokratische Inhalt"* nicht als gesellschaftliche Kategorie mißverstanden werden darf. Gerade *nicht* "demokratische Verhältnisse" (Meinungsfreiheit o.ä.) sind gemeint, die als günstige Klassenkampfbedingungen gelten könnten. Sondern auch radikalster Abbau "demokratischer Rechte" (um diesen problematischen Begriff hier einmal bestehen zu lassen) würde nicht der Bewertung entgegenstehen, daß nationale Selbstbefreiung *aus sich selbst heraus* fortschrittlichen und demokratischen Charakter habe. *"Demokratie"* ist vor diesem Hintergrund in keiner Weise mehr ein beschreibender, er wird zu einem die Würdigung "fortschrittlich" *verleihenden* Begriff.

Deutlich wird aus Lenins Text, daß dieser Setzung die Vorstellung zugrundeliegt, ein Durchlaufen bürgerlicher Nationenentwicklung sei ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Revolution. Die Nationalstaatsbildung gilt als eine Notwendigkeit, in der die Verwirklichung bürgerlicher Herrschaftsweisen bis zum Punkt ihrer Überwindbarkeit per se als Fortschritt gewertet wird. Lenin folgt hier klassischen sozialdemokratischen Ideologiemustern, er diskutiert nicht, worin ein solcher fortschrittlicher Inhalt bestehen könnte.

Die einzigen Ausführungen Lenins in seiner Anti-Luxemburg-Schrift hierzu orientieren sich an Kautsky und zielen auf sprachliche Homogenität als Faktor der Produktivkraftentwicklung: *"Die ökonomische Grundlage dieser (nationalen) Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist..."* Dies Argument führt Lenin zur schon damals fragwürdigen, aus heutiger Sicht aber völlig obsoleten Ableitung, "Nation" lasse sich als völlige Sprachhomogenität beschreiben, andere nationale Zusammenschlüsse müßten als unvollständig und problematisch gelten. Gegen die (inkonsequenten) Destruktionsansätze Luxemburgs verteidigte Lenin einen Begriff von Nation, der ihr einen unmittelbaren Realitätsgehalt bescheinigte, vorgetragen im Gestus gegen diffizil-akademische Verstiegenheiten den gesunden Menschenverstand zu vertreten. Mit der oben zitierten Passage, in der Lenin die *"ökonomische Grundlage"* von Nation meinte ausreichend bestimmen zu können, waren für ihn *"neun Zehntel der Argumente Rosa Luxemburgs"* erledigt.

Ihn schien nicht weiter zu beunruhigen, daß mit seiner – von Kautsky übernommenen – Bestimmung zwar grundsätzlich richtig die Nationalstaatenbildung an die bürgerliche Produktionsentwicklung beschrieben wird, doch das Konstrukt "Nation" nicht ansatzweise definiert ist. Er verwendete im weiteren Text *"Nation"* als einen realitätstüchtigen, etwas Empirisches, quasi natürlich Gegebenes bezeichnenden Begriff. Unter der Hand entwickelt

Lenin, Stalin und die Nation...

Bei Kuhnen/Schlüter greift eine geschichtsdeterministische Periodisierung noch deutlicher, wo sie ein Modell der Entfaltung von Erkenntnis erkennen lassen. Zwei Phasen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Unter kapitalistischen Verhältnissen sei die stattfindende gesellschaftliche Entwicklung undurchschaubar, sie müsse dem bewußten Zugriff und der Analyse fremd bleiben. Für die Revolution gelte das Gegenteil: sie sei nur bewußt, als völlige Destruktion bürgerlicher Ideologien denkbar, und mit den revolutionären Zeiten werde auch die gedankliche Überwindung bürgerlicher Denkweisen möglich.

Nun ist ein Zusammenhang von gesellschaftlichem Entwicklungsstand und von in ihm anzutreffenden Bewußtseinsständen unbestreitbar, und der Tendenz nach gilt, daß die in der bürgerlichen Ökonomie angelegten Verschleierungen in revolutionären Perioden eher auflösbar sind.

Da Lenins Thesen zu Nation und Nationalismus in eine Phase revolutionärer Umbrüche fallen, betonen Kuhnen/Schlüter unentwegt, Lenin könne in die bürgerlichen Theorien der Nation nicht im geringsten verstrickt gewesen sein. Ihrer Sichtweise zufolge mußte erst Stalin mit dem Ausbleiben der internationalen proletarischen Revolution in der Frage der Nation in Aporien des bürgerlichen Denkens zurückfallen: *"Wenn Stalin -"*, so begründen sie ihre Logik messerscharf, *"stellvertretend für die neue 'bürgerliche' Klasse – die Existenz objektiver Gesetze im Sozialismus behauptete, deren mystische Herkunft wie die der Naturgesetze anerkannt werden müßte, beweist er negativ, daß der Prozeß der Produktion in der jungen Sowjetunion reiner Staatskapitalismus gewesen sein muß. (...) Das falsche Bewußtsein, das sich selbst als sozialistisches begriff, war offensichtlich gesellschaftlich notwendig..."*. Da der Kapitalismus wieder überhand nimmt, findet notwendig eine auch ideologische Konterrevolution statt: *"Sichtbar wird diese Konterrevolution auch im Selbstverständnis der neuen Staatsführung. Die von G.J. angegriffene Hereinnahme des bürgerlichen Nationalismus in die Parole vom vereinigten Proletariat ist daher nur Ausdruck des bürgerlichen Geistes innerhalb der KPdSU."*

Richtig ist, daß Stalin in Notzeiten auch taktische Bündnisse mit rechten Vertretern des russischen Nationalismus, der Kirche etc. einging. Unhaltbar aber ist, das *"falsche Bewußtsein"* Stalins ab den 20er Jahren der ausbleibenden Revolution im europäischen Westen zuzuschreiben. Der entscheidende Text Stalins zu Fragen der Nation, der die bekannt-problematische, substantialistische Definition enthielt, stammte vielmehr aus dem Jahre 1913. Dieser Text kann auch nicht in Gegensatz zu Lenin gebracht werden: Jener unterstützte die Verbreitung von Stalins Schrift und transportierte ihre Grundaussagen selbst in modifizierter Form.

Die gegen Günther Jacob ins Feld geführte Behauptung, erst die ausbleibende Revolution habe einen marxistisch-leninistischen Sündenfall in Sachen Nation bewirkt, verschließt sich vor solchen Fakten.

er in seinen Texten eine "materialistische" Deutungsweise, die die Anbindung der Nation an die Produktionsverhältnisse als Nationen-Definition einführt.

Auch Kuhnen/Schlüter verzichten darauf, die besondere Fiktionalität von "Nation" ernstzunehmen und zu untersuchen. Es läßt sich bei genauer Betrachtung ihrer Denkbewegung eine Verkürzung erkennen, die derjenigen Lenins ihrer Struktur nach ähnelt – vielleicht liegt hierin sogar der eigentliche Grund dafür, daß sie glauben, zugunsten Lenins in die Bütt steigen zu sollen.

Zwar beschreiben sie *"Nationalismus"* als *"gesellschaftlich notwendige(n) Schein"*. Ihre Argumentation nimmt dann aber die Wendung, einer *"'innere(n), wesentliche(n) aber verhüllte(n) Kerngestalt' der Nation"* auf die Spur kommen zu wollen, die nach dem *"Zerstören des Scheins"* – als seine Realität (?) darstellbar werde. Dieser Kern wird bei ihnen dahingehend bestimmt, daß *"die Nation"* in *"ihrem allgemeinen Wesen (...) selbst Produktivkraft"* sei. Sie glauben, mit einer solchen Bestimmung des sperrigen Problems Herr geworden zu sein, daß sich "Nation" so schwer auf einen positiven Begriff bringen, so schwer definieren läßt. Mit der Bestimmung, Nation sei dem Wesen nach *"Produktivkraft"*, gehen Kuhnen/Schlüter weit darüber hinaus, die Funktionalität beschreibbar zu machen, die *"Nation"* für die Entwicklung kapitalistischer Produktivität hatte (und hat): Auch sie handhaben ihre "Erkenntnis" wie einen Definitionsersatz.

Sie stellen im obigen Zitat *"Nation"* und *"das Kapitalverhältnis selbst"* als *"genauso"* künstlich und erfunden auf eine Stufe. Sinnvoll gleichgesetzt werden können die Begriffe indessen nur im Hinblick darauf, daß es sich beide Male um historisch entstandene und abstrakte Verhältnisse handelt. Falsch wird ihre Gleichsetzung, wenn die – bei Kuhnen/Schlüter nur formal eingeführte – Kategorie des *"realen Scheins"* ins Spiel kommt. Dieser Begriff nimmt auf das Fetisch-Kapitel im "Kapital" bezug, und bezeichnet von den kapitalistischen Verhältnissen nahegelegte falsche, insofern: notwendig-falsche Bewußtseinsformen. Der Begriff *"Kapitalverhältnis"* greift auf eine marxistische Analyse, die solchen Schein zu destruieren imstande ist, zurück: Es ist marxistisch definierbar. Eine ebensolche schlüssige Definition für Nation aber ist noch von niemandem, auch nicht von Kuhnen/Schlüter, vorgestellt worden. Ist das Kapitalverhältnis dasjenige, das nach einer Destruktion der in der kapitalistischen Ordnung angelegten fetischisierenden Sichtweisen, des "Scheins", sichtbar wird, gehört jede mögliche Definition von "Nation" selbst dem Nationalismus, dem marxistisch zu dekonstruierenden Schein an.

"Nation" ist stets eine Halluzi-Nation, dem Begriff ist stets eine Biologisierung gesellschaftlicher Verhältnisse eingeschrieben. Kuhnen/Schlüter wollen über *"Nation"* und *"Nationalismus"* schreiben, ohne sich diesem Problem in ihren Definitionen zu stellen.

Staat und "Nation"

Immer wieder scheinen Kuhnen/Schlüter auf eine bei Marx/Engels aufzufindende, pragmatische Verwendung des Begriffes "Nation" zurückzugreifen, auf die auch Lenin glaubte sich stützen zu können. Diese Klassiker verwendeten das Wort in der Regel wie "Nationalstaat", sie verfügten – ein blinder Fleck – über keine Theorie der "Nation". In dieser Verwendungsweise ist "Nation" aber wie ein Synonym für "bürgerliche Staatsform" begriffen. Die besondere Beziehung, die zwischen der Entwicklung bürgerlicher Staatlichkeit und dem Denken in "Nationen" besteht, ist unter diesem Vorzeichen nicht analysierbar (4).

Statt Nation als bloßen Teil der objektiv-materiellen Produktionsverhältnisse bestimmen zu wollen, muß also in die Bearbeitung der Frage "Was ist Nation?" einfließen, was in der bürgerlichen Gesellschaft darunter verstanden wird. "Nation" meint eine Anschauung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates, die deren angenommene Einheitlichkeit zum ideologischen Zentrum hat – eine Anschauung, die die Verbindung des ganzen Staatsvolks zum Staat als unauflöslichen Zusammenhang begreift.

In der bürgerlichen "Theorie" der Nation finden sich zwei Formen, eine solche Einheit herzuleiten: Die eine Denkrichtung begreift Nation im Kern als Verfahren – mit dem logischen Problem, daß ein nationaler Souverän ein solches Verfahren in Gang setzen mußte, noch bevor die nationale Einheit hergestellt sein konnte. Die andere Denkrichtung sucht "Nation" substanzialistisch, z.B. völkisch, zu füllen. Beide Ansätze – sie können auch als subjektive und objektive bezeichnet werden – verheddern sich für sich genommen in unlösbare Widersprüche und sind gezwungen, Definitionsmomente des jeweils anderen aufzugreifen. Sie sind unauflösbar aufeinander bezogen, und diese Doppelung der Richtungen einer "Nationen"-Definition entsteht zwingend aus den bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen. In unterschiedlichen National-Traditionen sind die Schwerpunkte zwar verschieden gewichtet – in Deutschland ist der völkische Mythos beispielsweise ungleich gewichtiger als in der französischen Tradition. Dennoch waren vom Beginn der bürgerlichen "Nation" an beide Elemente vorhanden und unentwirrbar verwoben: Nicht erst eine "Internationalisierung" des Kapitals hat diese Figur des Nationalismus zustande gebracht, sondern sie kann auch schon in der Entstehungsgeschichte der französischen Republik beobachtet werden.

Eine marxistische Theorie der Nation darf das Fiktive bei "Nation" nicht übersehen, sondern muß es ins Zentrum rücken. Das kann nur gelingen, wenn die Kritik der Nation zur *Kritik der bürgerlichen Staatlichkeit* in Beziehung gesetzt wird. Ein solcher Erklärungsansatz muß faßbar machen, daß mit "Nation" vor allem die in den kapitalistischen Strukturen angelegte konkretistisch-ontologisierende Wahrnehmung von bürgerlicher Staatlichkeit auf einen ideologischen Begriff gebracht wurde. Nur wo dieser Zusammenhang hergestellt wird, kann die bei Kuhnen/Schlüter bloß formal eingeführte Kategorie des "notwendigen Scheins" sinnvoll gefüllt werden.

3. Absterbender Nationalismus?

Als Beleg für die Resistenz Lenins gegenüber nationalistischem Denken führen Kuhnen/Schlüter Lenins Bekenntnis zum Internationalismus an. Der Marxismus, so ein bei ihnen eingeführtes Zitat, setze *"an die Stelle jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit..."*. Damit ist bei Lenin tatsächlich ein kosmopolitisches Ideal entworfen. Und dennoch: Ein solches Postulat immunisiert nicht gegen die Befangenheit des Denkens in nationalen Kategorien. Ganz ähnliche Zitate lassen sich nicht nur von verschiedenen sozialdemokratischen Theoretikern beibringen. Kosmopolitische Setzungen finden sich insbesondere auch bei frühbürgerlichen, z.B. jakobinischen Revolutionären, was jene nicht daran gehindert hat, selbst die Struktur einer universell entworfenen Einheit noch *wie eine nationale Institution* zu denken.

Etliche Textstellen Lenins lassen auf theoretische Nähe zu solchen Konzepten, auf eine Art Radikal-Jakobinismus schließen (5). Häufig findet sich beispielsweise ein Begriff des Inter-Nationalismus angedeutet, der den friedlich-harmonischen Umgang von befreiten proletarischen Nationen miteinander meint. So etwa, wenn Lenin in seiner Anti-Luxemburg-Schrift davon spricht, *"daß nur der Sieg der Arbeiterklasse die volle Befreiung aller Nationalitäten bringen kann."* Zwar verwirft Lenin konsequent das, was er als *"nationalistische"* Ideologie kennzeichnet, andererseits verwendet er in seinen Texten zu nationalen Fragen den Begriff *"Nationalismus"* vielfach als Bezeichnung für eine *übersteigerte* Konkurrenzhaltung zwi-

schen Nationen, wie sie der Kapitalismus hervorbringe. Lenin verwirft damit also durchaus nicht unbedingt das Denken in nationalen Kategorien als solches.

Lenin erwartete in der fortgeschritteneren Phase kapitalistischer Entwicklung eine objektive Selbstauflösung der Nation. Die proletarische Revolution hätte als Geburtshelferin die geschichtlich angelegte Fortschrittstendenz bloß zu ihrer Vollendung zu bringen. Solche Prognose ließ das Bemühen um eine begriffliche Durchdringung von *"Nation"* als überflüssig erscheinen. Demgemäß bedeutete der von Lenin proklamierte Internationalismus auch kein antinationales Gegenkonzept zur bürgerlichen Organisationsform, sondern die bloße *Proklamation* des ganz Anderen, das unaufhaltsam seiner Verwirklichung zustreben würde.

"Blutleeres Gespenst"...?

Im Beitrag von Kuhnen/Schlüter finden sich die Fundamente seiner Geschichtsauffassung wieder, wenngleich sie seinen Fortschrittsoptimismus nicht mehr teilen. Sie vertreten aber die fragwürdige These eines absterbenden, verschwindenden Nationalismus: *"Die oft zitierte 'Wiederkehr des Nationalismus"* , meinen sie zu beobachten, sei *"das Poltern eines blutleeren Gespenstes."* In den Peripherien zerfielen die materiellen Grundlagen des Nationalismus, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, was die Vorherrschaft von Bandencliquen und Hasardeuren hervortreibe: *"Solche Verhältnisse brauchen keine bürgerliche Ideologie."*

Mit dieser These nähern sich Kuhnen/Schlüter dem von ihnen in anderem Zusammenhang früher scharf attackierten (6) Robert Kurz an. Kurz vertritt die These vom tendenziellen Entstehen des Weltstaates, der Nationalismus in den Zentren ebenso obsolet mache, wie er andererseits das nicht mehr national gefaßte Barbarentum in kapitalistisch nicht mehr zu bewirtschaftenden Sektoren der Peripherie hervortreibe. Kuhnen/Schlüter beschreiben die Entwicklung strukturell ganz ähnlich, auch ihren Bestimmungen nach verliert Nationalismus jene Basis, die ihn eigentlich definiert, nämlich: Teil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sein. Der Unterschied besteht darin, daß Kurz – konsequenterweise – den Nationalismus in dieser neuen Entwicklung als aufgelöst ansieht und für die nachnationale Phase andere Begriffe wie "Barbarei" etc. setzt. Kuhnen/Schlüter dagegen bezeichnen die Ideologie – eigentlich inkonsequent – doch noch als *"Nationalismus"*, der allerdings entleert ist.

In ihrer Replik auf Günther Jacob behaupten sie auch nicht, anders als Kurz, daß in den Metropolen aktuell ein Absterben des Nationalismus konstatiert werden könne. Interessant ist aber immerhin, daß ihre These, *"Nationalismus heute"* sei nicht mehr als ein *"blutleeres Gespenst"*, die wachsende Bedeutung des Nationalismus in den Zentren zumindest verschweigt und indirekt negiert: Ein *"Gespenst"*, das dazu noch als *"blutleer"*, also kraftlos gekennzeichnet ist, vermag eigentlich keine ernstzunehmenden Folgen mehr zu verursachen. Das Bild evoziert zudem automatisch die Vorstellung, der Nation sei im 19. Jahrhundert noch so etwas wie eine rationale Substanz zuschreibbar gewesen (7). Dies ergibt sich logisch aus ihrer Definition, die Nation als *"selbst Produktivkraft"* bestimmt, statt ihren Wahncharakter von Beginn an theoretisch ernstzunehmen.

So erklärt sich die Behauptung, "Nation" müsse überall dort, wo sich Kapitalismus nicht mehr entfalten könne, proportional zum Mangel an kapitalistischer Produktion absterben. Eine solche These würde indessen nur unter der Voraussetzung Sinn machen, daß tatsächlich andere Organisationsformen Nationalstaaten ersetzen könnten – solch alternative Herrschaftsformen sind aber nirgends in Sicht. Daß der Kern von "Nation" nunmehr in Frage gestellt werde, geht implizit von einer idealtypischen *Entfaltung* von bürgerlicher Nation aus, die sich an der französischen Revolution im Besonderen, oder allgemein an der frühen Entwicklung in den kapitalistischen Zentren orientiert. Nationen, die in solchem Sinne "vollständig" wären, hat es indessen in vielen Ländern z.B. Afrikas sowieso niemals gegeben. Die Vorstellung einer solchen "Vollständigkeit" und ökonomischen Gebundenheit eines ursprünglichen mitteleuropäischen Nationalstaates transportiert außerdem die Vorstellung einer damit verbundenen zivilisierenden Bändigung, die mehr als fragwürdig ist.

Die kapitalistischen Verhältnisse haben sich bezüglich ihrer nationalen Organisierung grundsätzlich weniger verändert, als Kuhnen/Schlüter anzunehmen scheinen. So wenig die frühe "Nation" auf ihre ökonomische Rationalität reduzierbar ist, so wenig ist die ökonomische Funktion einer Aufteilung der Welt in politische Machtsphären inzwischen völlig abhanden gekommen. War für die frühen Nationalstaaten die Entwicklung einheitlicher Wirtschaftsräume kennzeichnend, in denen sich national divergierende Durchschnittsprofitraten ausbilden konnten, so schirmen z.B. auch heute noch Nationalstaaten oder Staatenverbunde ihren Wirtschaftsraum politisch ab oder organisieren auf militärisch-politischer Ebene Einflußbereiche. Insgesamt führt – ganz im Gegensatz zur Perspektive von Kuhnen/Schlüter – gerade die Krisenhaftigkeit ökonomischer Entwicklung, führen selbst ökonomische Zusammenbrüche nicht zur Schwächung, sondern zur *Stärkung* (national-)staatlicher Zentral- oder Teilgewalten. Soll z.B. die Macht von Armeegenerälen im ehemaligen Jugoslawien als Beleg dafür gelten, daß dort "Nation" ausgehöhlt war? Die kapitalistische Krise bringt die Stärkung biologistischer Denkmuster hervor, wodurch die völkische Seite des Nationalgedankens eine neue Renaissance erlebt. Gerade angesichts *wirkungsmächtiger* Nationalbewegungen z.B. in Osteuropa erweist sich nur eine solche Bestimmung von Nation als sinnvoll, die die der Nation immanente Irrationalität zu erfassen imstande ist.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Rechte Leute von Links, "konkret" 5/94

2) Kommunistischer Sündenfall oder Blamage der Interessen vor der Idee, Bahamas 15, S. 38

3) Vgl. bei Rosa Luxemburg, Nationalitätenfrage und Autonomie, S. 238: *"...um die Methode zu betonen, an die sich Marx und Engels hinsichtlich der Nationalitätenfrage hielten, eine Methode, die sich nach keinerlei abstrakten Formeln richtet, sondern einzig und allein nach den realen Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles."*

4) Damit soll nicht gesagt sein, daß bei Marx/Engels nicht das Potential für eine adäquate Definition von "Nation" bereitgestellt wäre: Ihre Analyse zur Konstruktion, Staatsbürger versus Privatmensch, entspricht z.B. den unterschiedlichen Dimensionen, die in die bürgerlichen Definitionsversuche von "Nation" einfließen.

5) Dies gilt übrigens interessanterweise in noch stärkerem Maße für Lenins Kontrahentin, Rosa Luxemburg. In "Nationalitätenfrage und Autonomie" setzte sie etwa gegen kapitalistische *"Ausbeutung"* die Formel von den *"Interessen der Arbeit"*, wodurch eine Art Selbstverwirklichung der schon im Kapitalismus verwirklichten Arbeitsstrukturen zur Befreiung verklärt wird. Gegen Klassenherrschaft setzt sie die Formel einer zu verwirklichenden *"Humanität"*, statt bürgerlicher Annexion, Zollpolitik und Handelskrieg verlange das Proletariat eine *"Politik des allgemeinen Friedens und des Freihandels"*. Nach dem Ende des Klassenkampfs kommt auch bei ihr die wirklich befreite Nation in den Blick: *"'Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen'"* werde, so Luxemburg, *"erst in dem gesellschaftlichen System aufhören, eine Phrase zu sein, in dem auch das 'Recht auf Arbeit' aufhört, wohltönende Leerformel zu sein"* (S. 261).

6) Vgl. Gerd Kuhnen/Holger Schlüter, Über den sozialdemokratischen Objektivismus des Herrn Kurz, ak 344, 1.7.92.

7) Daß Kuhnen/Schlüter ausgerechnet zur Beschreibung des fortgeschrittenen Nationalismus dies konkret-biologische Bild wählen, dürfte kein Zufall sein: Das *"Blut"*, das demnach dem frühen, "lebendigen" Nationalismus durch die Adern geschossen sein muß, kann nur seine (angeblich inzwischen völlig eingebüßte) "reale" ökonomische Bedeutung meinen. Es ist interessant, daß diese dadurch in die Nähe eines konkret-organischen Faktums gerückt wird.

"Özgür Ülke" und der Antisemitismus

Anmerkungen zu einem Artikel vom 28./29.8.1994

Der folgende Artikel ist erstmals in "Interim" 310 vom 1. Dezember 1994 erschienen.

Wer stolz ist auf seine Nation, hat entweder eine, die ihm die Geschäfte sichert und das Leben angenehm macht, oder er macht jede Sortierung durch die herrschende Ideologie mit, die die Menschen in In- und Ausländer, nach dunkler und heller Hautfarbe, nach Stammesherkunft, Geschlecht usw. sortiert.

Diesen Menschen interessieren nicht die Ursachen seiner schlechten Lage. Er fühlt sich so eins mit "seiner" Nation, daß es ihm als größtes Unglück vorkommt, wenn ihn ein Angehöriger einer anderen Nation regiert.

Dabei ist eine Nation doch eine Zwangsgemeinschaft, in die man zunächst einmal hineingeboren wird, ohne überhaupt gefragt zu werden. Wie unangenehm es ist, Steuern zu zahlen, sein Leben beim Militär einzusetzen, sein gesamtes Leben den gesellschaftlichen und juristischen Regeln der Nation unterzuordnen, ist eigentlich jedem bekannt, der nicht von der Nation profitiert.

Umso seltsamer mutet es an, wenn sich bei Leuten, die in Landstrichen leben, die von der Regierung bestenfalls als Rohstoffreservoir benutzt werden, von deren kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung sich die Regierung also keinen Nutzen verspricht und in denen sich entsprechende Armut breitmacht, wenn sich also bei diesen Leuten nicht etwa Antinationalismus und prinzipielle Staatsfeindlichkeit, sondern ein eigener Nationalismus breitmacht.

Anstatt der rassistischen Sortierung durch die Herrschenden entgegenzutreten, bilden diese Leute einen eigenen Nationalismus heraus, der genau die von der Regierung vorgegebene Sortierung aufgreift und lediglich die eigene Nation hervorhebt – wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Unter diesen umgekehrten Vorzeichen wird dann die eigene Nation mit Charaktermerkmalen belegt, die ansonsten die Unterdrückernation in Anspruch nimmt: einfach, aber ehrlich, tapfer, stolz, heldenmütig. Beliebig wird – ganz wie bei der Herrschernation – eine Blutsverwandtschaft zu irgendwelchen vor mehreren Jahrhunderten verstorbenen Raubrittern, religiösen Märtyrern, für ihr Land kämpfenden Landesfürsten, Liedermachern und bildenden Künstlern konstruiert oder tatsächlich nachgewiesen, um zu "beweisen", daß selbiges Blut noch heute durch die Adern der Nachfahren rinnt, und da für Rassisten (ohne Rassismus ist diese Art von Blut- und Boden- Nationalismus nicht möglich) der Geist und Charakter der Menschen irgendwo in den Körpersäften wohnt, sollte nach ihrer Ansicht doch wohl einiges dieser Charaktermerkmale der Helden der vergangenen Tage mit herübergekommen sein.

Wem der unterdrückte Nationalismus und Rassismus harmlos erscheint gegenüber der Praxis der herrschenden Nationalismen und Rassismen, sollte nur einen Blick in die Landstriche werfen, in denen die ehemals unterdrückten Nationen an die Macht gekommen sind und nun "reinrassig" ihre Herrschaft ausüben. So ziemlich die ganze ehemalige Sowjetunion ist ein Beispiel dafür, was passiert, wenn mit dem Programm des unterdrückenden Nationalismus ernst gemacht wird, wenn er an die Macht gekommen ist.

Auch die *kurdischen Patrioten* sind bekanntlich auf ihre Nation stolz. Während die PKK den anderen in ihrem "Einflußbereich" lebenden Völkern empfiehlt, sich in die schützende Obhut des kurdischen Volkes zu begeben, welches schon immer fürsorglich die Interessen der kleineren Nationen geschützt habe (und dabei mal kurz die Massaker an den Armeniern am Anfang dieses Jahrhunderts "vergißt", an denen die kurdische Bevölkerung zu erheblichen Teilen beteiligt war), treiben es andere kurdische Patrioten schon schlimmer.

"Özgür Ülke" ist eine Tageszeitung in der Türkei, die parteiisch gegen die staatliche Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan Stellung nimmt. Ähnlich wie die inzwischen aufgrund staatlichen Druckes und Terrors eingestellte *"Özgür Gündem"*, berichtet sie direkt aus den Zonen, in denen der staatliche Terror herrscht, entlarvt die Lügengeschichten der staatlich sanktionierten Presse. Dieses hat ihr von den staatlichen Stellen wiederholt den Vorwurf eingebracht, verlängerter Arm der PKK zu sein und ähnlich wie ehemals *"Özgür Gündem"* wird auch sie und werden ihre Mitarbeiter und Förderer von den staatlichen Organen und denen der Konterguerilla terrorisiert.

In den Ausgaben vom 28. und 29. August 1994 hat *"Özgür Ülke"* den Nachweis geführt, daß staatliche Unterdrückung die Menschen nicht automatisch zu richtigen Gedanken bringt, und daß auch unterdrückter Nationalismus dieser Blut- und Bodenart seine Grundlage im Rassismus hat.

Unter der Überschrift *"Der Spezialkrieg und das Judentum"* (Özel Savas ve Yahudilik) bemüht sich der Autor A. Inanc den Nachweis zu führen, daß die Unterdrückung der kurdischen Nation (und nicht nur der) ein Werk einer "jüdisch-zionistischen Weltverschwörung" sei.

Nachdem der Autor anfangs die Unterwerfungs- und Unterdrückungsmethoden der Osmanen und Kemalisten beschrieben hat, stellt er sich die Frage nach dem *warum* und kommt als guter Patriot natürlich nicht auf die Fragen nach dem *"Wem nützt das, wer hat ein Interesse daran"*, sondern auf die Rassenfrage:

> "Kuyucu Murat Pasa ist einer von diesen und er hat 40.000 Menschen in die Brunnen geworfen. Und dieses wird als Türkischsein, Islamischsein bezeichnet.",

bemerkt er, und bemüht sich gleich richtigzustellen:

> "Die Kaste von Pasas und Beys ist keinesfalls türkisch. Sie sind alle Ausländer. Mustafa Kemal ist auch so einer."

um dann gleich zum Punkt zu kommen:

> "Er (Mustafa Kemal) ist ein Jude aus Saloniki, der mit dem Türkischsein nicht so sehr viel zu tun hat. Es ist ganz offensichtlich, daß er mit seinen vielen Eigenschaften kein Türke ist. Es ist auch nicht umsonst, daß sich die Juden, die Zionisten des Kemalismus so sehr annehmen. Im Grunde genommen tritt uns ein zionistischer Staat unter der Maske des Türkentums entgegen. Vielleicht ist die Türkische Republik ein Staat, der mehr als Israel für den Zionismus tut oder die Türkische Republik ist eine Art zionistischer Staat."

Auf die Suche nach Beweisen braucht sich ein richtiger Nationalist nicht zu begeben, steht doch das Urteil schon längst fest. Entsprechend sieht dann auch die Antwort nach der Frage nach dem *Warum* aus, glauben die Rassisten in Deutschland und später in aller Welt schließlich spätestens seit den zwanziger Jahren zu wissen, was auch A. Inanc behauptet:

> "Das Grundprinzip der Zionisten ist das Prinzip, 'die Moral der Welt zu verderben, um die Welt zu regieren'."

Nach einer "Verteidigung" Stalins, die diesen vermutlich nicht in seinem Grab ruhen lassen würde:

> "Stalin hat Trotzki und einige andere jüdische Intellektuelle liquidiert. Heute wurde Stalin zu einem von den Führern gemacht, die am meisten auf der Welt gehaßt werden sollen. Dahinter steckt jüdische und zionistische Propaganda. Der Grund dafür ist die Politik, die etwa gegen Trotzki und Menschen und Jüdisch-Stämmige gerichtet war."

versucht der Autor die Geschichte der Türkei unter seine rassistischen Vorstellungen zu subsumieren, wobei für den kurdischen Rassisten die blauen Augen Atatürks nicht – wie bei den türkischen Rassisten – für die

arische Rasse, sondern für das angebliche Gegenteil, die Blutsverwandtschaft mit dem Judentum, steht:

"So ein blauäugiger Riese, was weiß ich wie großer Atatürk – dies sind alles gänzlich die jüdisch-zionistischen Schmeicheleien. Eigentlich hat Atatürk eine Blutsverwandtschaft mit dem Judentum. Das ist eine in der Türkei verbreitete Meinung. Er ist in Saloniki in den Händen der Freimaurer-Lehrer aufgezogen und erzogen worden. Später stieg er bis zu dem höchsten Freimaurer auf."

Und so braucht A. Inanc nur noch den Rest der Welt in Juden und deren Opfer einzuteilen und hat schon für jedes Vorkommnis eine falsche Erklärung. Nach ihm sind die Juden ...

"...eine sehr kleine Minderheit, die aber als 'auserwählte Untertanen Gottes' bezeichnet werden. Das heißt ein Stamm, der die Welt regieren soll. Was muß diese Anzahl der Menschen tun, um ihr Volk, die Völker der Welt zu regieren? (...) Es ist leicht, Menschen, die sittlich verfallen sind, zu regieren. Zum Beispiel wurde in Amerika und Europa ein grenzenloser Sittenverfall entwickelt."

Nach Inanc' rassistischem Weltbild hat das "Weltjudentum" in Amerika und Europa" also bereits gewonnen, indem es die Moral zerstört hat und damit die Menschen leicht regieren kann.

Sitte, Moral, Anstand zu zerstören, um sich dann auf den geschwächten Volkskörper zu stürzen und diesen auszusaugen – dieser Unsinn ist nicht neu. Schon in den zwanziger Jahren war ein deutscher Geistesverwandter in seinem Werk *"Mein Kampf"* zu einer ähnlichen Auffassung über das *"Judentum"* gekommen, deren praktische Umsetzung später sechs Millionen dieser rassisch sortierten Menschen das Leben kosten sollte: *"Kulturell verseucht er (der Jude) Kunst, Literatur, Theater, vernarrt das natürliche Empfinden, stürzt alle Begriffe von Schönheit und Erhabenheit, edel und gut und zerrt dafür die Menschen herab in den Bannkreis seiner eigenen niedrigen Wesensart.*

Die Religion wird lächerlich gemacht, Sitte und Moral als überlebt hingestellt, so lange, bis die letzten Stützen eines Volkstums im Kampfe um das Dasein auf dieser Welt gefallen sind. (...) In wenigen Jahren (...) macht (er) die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führung beraubt, reif zum Sklaventum einer dauernden Unterjochung." (Hitler, "Mein Kampf", S. 358)

Die Unterstützung Israels durch die Türkei liegt denn für A. Inanc auch nicht in den strategischen Eigeninteressen der Türkei im Mittleren und Nahen Osten, sowie in ihrer Funktion als NATO-Posten begründet, sondern in einer angeblichen *"jüdisch-zionistischen Weltverschwörung"*, zu der sich – ganz wie beim großen Vorbeter Adolf Hitler – auch noch Freimaurer gesellen.

"Der Zionismus möchte nicht, daß der türkische Staat sein Ansehen verliert, daß er bloßgestellt oder isoliert wird. Denn er ist sein Hauptbündnispartner, und er hat Israel gegründet, indem er sich auf ihn gestützt hat und erhält Israel seine Existenz aufrecht, indem es sich auf ihn stützt. So begegnet er uns als eine der Hauptmächte, die den Spezialkrieg bis heute am Laufen halten. Der Kemalismus, selbst die Türkische Republik drücken sich als Randerscheinung dieser Riesenmacht aus. Aus diesem Grund ist er eine Macht, die auf der Welt am meisten entlarvt und isoliert werden muß. In der Wirklichkeit stehen das türkische spezielle Kriegssystem, heutzutage der Kemalismus, unter dem weltweiten zionistisch-imperialistischen Schutz. Folglich ist deren Propagandamechanismus unter deren Monopol. Man muß die türkische Realität im Zusammenhang mit dem internationalen zionistisch-imperialistischen Komplex und unter dem Aspekt, wie sie im Zusammenhang mit dem nächsten Prozeß entstanden sind, gut betrachten. (...) Um dies zu verstehen, muß man das Ausmaß der Geheimhaltung des speziellen Krieges verstehen. Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten. Denn sie beuten die Welt aus, sie spielen mit der Welt. Das heißt Ausplünderungen, und Millionen Menschen werden ermordet. Alles dafür, damit eine kleine jüdische Minderheit die Welt regiert. Eine kleine Minderheit, die aber als 'auserwählte Untertanen Gottes' bezeichnet wird."

Inanc sieht dieses Vorgehen auch am Beispiel Kurdistans:

"Die Besonderheit des Spezialkrieges muß in seiner Dreckigkeit gesucht werden. Damit der Spezialkrieg vorherrscht, damit er erfolgreich fortgesetzt wird, müssen sogar die Werte, an denen sie hängen, beschmutzt werden. Der weltweite Zionismus zwingt die Menschen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen, indem er die Völker beschmutzt, sie zum Sittenverfall führt."

"Judentum", *"Zionismus"*, *"Freimaurertum"* seien Schuld an der Kriegsführung in Kurdistan, die *"Juden"* wollten die Welt regieren. Dieses ist original faschistische Hetze, wie sie in jedem Flugblatt deutscher Faschisten, aber interessanterweise auch der schärfsten Gegner der kurdischen Patrioten, der Grauen Wölfe stehen könnten – nur, daß bei den deutschen Faschisten die Kurden und Türken *"unsere"* Kulturgemeinschaft angeblich zerstören, bei den Türken angeblich die Kurden usw. (die türkischen "Grauen Wölfe" haben zu Propagandazwecken übrigens Hitlers "Mein Kampf" auf türkisch nachgedruckt).

Kurdische Patrioten und (wie in diesem Fall mit A. Inanc) ihre türkischen Freunde sind fest davon überzeugt, daß die Grundlage ihrer schlechten Lage einzig und allein in der Beherrschung durch eine fremde Nation – der Türkei – liegt. Entsprechend widmen sie sich gar nicht erst solchen Fragen, wie: *Was ist eigentlich besser an einer kurdischen Regierung, als an einer türkischen? Besteht das Schlimmste nicht darin, überhaupt regiert zu werden? Und: Was macht die Ausbeutung bei einem kurdischen Kapitalisten bzw. Großgrundbesitzer denn süßer?*

Sozialismus wird – wie bei den meisten anderen nationalen Befreiungsbewegungen – falscherweise mit *Volksgemeinschaft* gleichgesetzt, statt mit Abschaffung der Klassen, Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gemeinsamem Wirtschaften, usw. Kurdische Patrioten kritisieren nicht die Ziele des unterdrückenden Staates und kritisieren nicht grundsätzlich, daß es überhaupt eine Beherrschung gibt, sondern daß an dessen Spitze nicht die richtigen Leute stünden (in der oben widerwärtigsten Form die "Juden und Freimaurer") – ansonsten wären sie ja auch keine Patrioten, sondern würden für den Klassenkampf eintreten.

Die Inhalte der kurdisch-patriotischen Politik, die Diplomatie der PKK-Führung, geben genug Hinweise darauf, was man mit Land und Leuten nach einer "Befreiung Kurdistans" vorhat.

Zum Schluß

Um dem Standardargument von vornherein zu begegnen, das immer dann kommt, wenn Befreiungsbewegungen irgendwo auf der Welt kritisiert werden, der Kritisierende würde doch nur der Unterdrückernation nützen:

Wer nicht sehen will, daß unsere Kritik keine Stellungnahme für die Türkei und ihren Staatsterrorismus ist, sondern gegen Rassismus und Nationalismus – gleich auf welcher Seite – will nicht unsere Argumente diskutieren, sondern sich lediglich parteiisch auf eine Seite schlagen.

Daß gegen die Kurden zur Zeit ein Vernichtungsfeldzug läuft, die Opposition dort mit übelsten faschistischen Maßnahmen fertiggemacht wird, ist eine Tatsache. Dieses sollte jedoch niemanden bewegen, für eine andere Seite des Konflikts Partei zu ergreifen, ohne deren Ziele und Inhalte untersucht zu haben.

Es passiert doch häufig genug, daß man bei genauem Hinsehen erkennt, daß eine Verurteilung der faschistischen Praktiken einzelner Regime durchaus etwas völlig anderes ist, als sich auf die Seite der Opfer zu schlagen.

Einige Kommunisten aus Berlin

Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, sind Übersetzungen aus "Özgür Ülke" vom 28. bzw. 29.8.1994

Nationalismus und Ökonomie

Territorialstaat und globaler Kapitalismus

Nationalismus und Ökonomie – diese Verbindung im Titel könnte den Eindruck erwecken, es handle sich um eine kausale Beziehung dergestalt, daß die erstgenannte Kategorie – Nationalismus – aus der zweiten notwendig entspringe; etwa im Sinn von Vulgärmarxisten, die noch immer davon ausgehen, der Nationalismus sei ein bewußt eingesetztes Instrument der bürgerlichen Klasse, um die Arbeiter, und wer sonst noch als widerständiges Subjekt ausgemacht wird, zu spalten und vom Klassenkampf und anderen weltbewegenden Aktivitäten abzubringen. Oder auch im Sinn durchaus kritischer Geister, für die der Nationalismus – zumindest in seiner frühen Form – die notwendig falsche Vorstellung darstellt, die voneinander getrennte und miteinander konkurrierende Wertsubjekte hervorbringen, um sich einen Reim auf das allgemeine Hauen und Stechen zu machen. Warum muß dies aber unbedingt die Nation sein?

Ein Blick auf die heutigen internationalen Verlaufsformen kapitalistischer Verwertung scheint die nationalstaatlichen Formen der Kapitalakkumulation und ihre Ideologien eines heillosen Archaismus zu überführen. Verhängt der nationale Souverän ein Handelsembargo gegen bei ihm in Verruf geratene Konkurrenten, so nützt das bestenfalls in äußerst beschränkter Weise irgendeinem Teil des heimischen Kapitals. Beispielsweise muß die Blockade gegen Serbien in erster Linie gegen deutsches und kooperierendes europäisches Kapital durchgesetzt werden, dessen Profite durch solche staatlichen Maßnahmen bedroht sind. Schließlich nutzt auch die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten nur sehr vermittelt dem Kapital der Siegerseite. Dieses hat zunächst einmal eine Reihe von schmerzhaften Eingriffen hinzunehmen, angefangen von besonderen Kriegsabgaben über staatliche Eingriffe zwecks Koordinierung der nationalen "Verteidigungsanstrengungen" bis zum Risiko der Bombardierung der Produktionsanlagen und der sinn- weil wertlosen Abschlachtung der Arbeitskräfte als Soldaten.

Mit Recht hat Robert Kurz auf die Unmöglichkeit hingewiesen, das international zirkulierende Geldkapital in Bezug auf die nationalen Ursprünge seiner Bestandteile zu untersuchen. In der Tat ist der immense Aufschwung des von seiner unmittelbaren Produktionsgrundlage emanzipierten Kapitals auf den internationalen Finanzmärkten, wie wir ihn derzeit erleben, an den aktuellen historisch erreichten Stand der Kapitalentwicklung gebunden, doch war es schon immer eine Haupteigenschaft des das Kapitalverhältnis konstituierenden Wertes, von Marx in bewußter Paradoxie als "automatisches Subjekt" gekennzeichnet, sich nicht nur als Prinzip über seine konkrete Warenform zu erheben, sondern auch Warenproduktion und -tausch – also Wertverwertung – als universelles Prinzip durchzusetzen. Der Staat hat diese Durchsetzung – in je nach Zeit und Territorium unterschiedlicher Weise – befördert und/oder behindert. Aus der widersprüchlichen Liaison von Staat und Kapital entsprang die Nation. Mit den folgenden theoretischen Überlegungen soll versucht werden, etwas Licht in das mystifizierte Dunkel um Geburt und Lebensweg dieses unheimlichen Wechselbalges zu bringen.

I. Warentausch

als gesellschaftliches Prinzip macht staatliche Herrschaft erforderlich. Und zwar nicht irgendeine, sondern eine besondere, die sich positiv auf dieses Prinzip bezieht. Marx beschreibt die wechselseitige Anerkennung der Warenbesitzer als notwendige Voraussetzung des Austauschprozesses:

"Die Waren sind Dinge und daher widerstandslos gegen den Menschen. Wenn sie nicht willig, kann er Gewalt brauchen, in anderen Worten, sie nehmen. Um diese Dinge als Waren aufeinander zu beziehen, müssen die Warenhüter sich zueinander als Personen verhalten, deren Willen in jenen Dingen haust, so daß der eine nur mit dem Willen des anderen, also jeder nur vermittels eines beiden gemeinsamen Willensaktes sich die fremde Ware aneignet, indem er die eigene veräußert. Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dieses Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht, ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben." (MEW 23, S. 99f.)

Hier wird deutlich, daß die wechselseitige Anerkennung der sich durch nichts anderes als den Besitz gleichwertiger Wertquanta auszeichnenden Privateigentümer durch eine von ihnen getrennte Instanz vermittelt werden muß. Solange die Wertquanta nur abstrakt bleiben, vermag der Wille des Bedürftigen den einfachen Zugriff auf die stoffliche Hülle dieser Abstraktion ersinnen und Bedürfnisse werden befriedigt, ohne daß ein Austausch zustande kommt. Damit aus der Abstraktion des Wertes eine Realabstraktion werde, bedarf es einer Gewalt, die die Wertförmigkeit der Dinge garantiert und jeden Verstoß gegen das Prinzip des gleichen Tausches sanktioniert. Mag es sich bei dieser Gewalt um die Eintreiber und die Killer einer Mafia-Schattenökonomie handeln oder um den Verwaltungs- und Repressionsapparat einer modernen Demokratie inclusive sämtlicher Widerspruchsrechte – was zählt, ist die Fähigkeit dieser Gewalt, Privateigentum an Werten zu garantieren, dessen Vermehrung durch Tausch zu befördern und die allgemeinen Bedingungen der Wertverwertung so zu gestalten, daß diese nicht nur gesichert, sondern auch einer ständigen Weiterentwicklung unterworfen ist.

Ausdruck dieser den gemeinsamen Willen der voneinander getrennten Privateigentümer vermittelnden Souveränität ist deren durchgesetzte Fähigkeit, das Medium jedes Warentausches, das allgemeine Äquivalent in Form des Geldes zu stiften. Erst indem der Austausch über ein Medium, dessen Wert nicht nur durch den auf ihm in Ziffern ausgedrückten Tauschwert sondern mindestens ebensosehr durch die Symbole des Souveräns dargestellt ist, abgewickelt wird, wird dieses Willensverhältnis zum Rechtsverhältnis. Wenn Marx die Formulierung "Rechts- oder Willensverhältnis" wählt, drückt er damit aus, daß der Wille zum Tausch nur durch die Unterwerfung unter eine von den Tauschenden und ihren Werten an eine abhängige, diese aber als ihr Objekt betrachtende Instanz realisiert werden kann.

Insofern ist klar, daß alle dem Zwang zum Warentausch ausgesetzten und durch

diesen erst konstituierten Subjekte den Staat als Stifter von Rechtsverhältnissen wollen und wollen müssen. Egal ob sie Bananen, Panzer, Geld oder nur ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Anerkennung der staatlichen Souveränität als notwendige Existenzbedingung der Warenbesitzer vermag aber noch nicht deren Begeisterung für die Idee der Nation zu erklären. Schließlich nötigt die Realisierung dieser Idee – wie an Beispielen in der Einleitung gezeigt – dem wertverwertenden Subjekt, und gerade auch dem erfolgreichen, immer wieder Einschränkungen ab. Produktive Verwertung ist gezwungen, keine Endlichkeit räumlicher und zeitlicher Dimension zu akzeptieren. Jedes An-eine-Grenze-stoßen kann zur Bedingung einer folgenschweren Verwertungskrise werden. Das Kapital als sich selbstverwertender Wert strebt nach globaler Ausbreitung, wird aber von seinen staatlichen Souveränen immer wieder darauf verwiesen, daß diese Ausbreitung nur nach Maßgabe politischer Entscheidungen erfolgen kann. Der Territorialstaat und nicht das mit der Kapitalausbreitung sich ebenfalls ausbreitende Rechtsverhältnis ist demnach Ausgangspunkt und bis heute gültige Grundlage des globalen Kapitalismus in Form des Weltmarktes.

Dies verweist einerseits auf die historischen Ausgangsbedingungen des Kapitalismus: Indem der vorkapitalistische Staat durch die Durchsetzung der Warenproduktion und des Marktes zum bürgerlichen Staat wird, wird auch die vorkapitalistische Aufteilung der Welt unter territoriale Souveräne zur historisch gewaltsamen Voraussetzung der ökonomischen Entwicklung, die schließlich den heutigen Weltmarkt schafft. Andererseits verweist das Fortbestehen des Territorialprinzips in einer Welt, in der ausnahmslos in jedem Winkel die Warenproduktion durchgesetzt ist, auf ein über und neben dem Wertfetisch bestehendes fetischistisches Prinzip, welches der Territorialstaat in seiner modernsten Form als Nationalstaat selbst darstellt. Marx entlehnte die Kategorie der Fetischherrschaft bezogen auf den Wert der *"Nebelregion der religiösen Welt"* (MEW 23, S.86). Denn in dieser *"scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten."* Mag es in der frühen, heroischen Phase der Durchsetzung bürgerlicher Staatlichkeit (z.B. in Frankreich 1789 ff) noch eine, durchaus "wertrationale", Notwendigkeit gewesen sein, die territoriale Herrschaft als Mittel gegen die feudale Reaktion zu benutzen, so wird dies im Verlauf der weiteren Entwicklung zu einem nicht mehr durch die Anforderungen der Wertverwertung unmittelbar gerechtfertigten Selbstläufer. Auch in solchen Fällen, wo staatliche Protektion Teile des einheimischen Kapitals vor ausländischer Konkurrenz bewahrte, war schließlich die territoriale Herrschaft wesentlicher Grund für die unterschiedliche Entwicklung, der Staat schützte das Kapital also hauptsächlich vor den Auswirkungen eigener staatlicher Politik. Spätestens mit der Epoche des klassischen Imperialismus, die in den 1. Weltkrieg mündete, war die Unterordnung der Wertverwertung unter die Politik des Nationalstaates, ihre Bestimmung als Mittel der Weltmachtambitionen der Souveräne offenkundig geworden.

Weil staatliche Herrschaft sich dem durch den Zwang zum Warentausch konstituierten Subjekt als beständige Notwendigkeit darstellt, die Form dieser Herrschaft – damit ist nicht ihre konkrete Ausprägung als Demokratie oder Diktatur gemeint – ihren Grund aber nicht in den Anforderungen von Produktion und Markt hat, sondern in den Ansprüchen auf unmittelbare Aneignung und Verfügungsgewalt des Territorialstaates, begegnen uns die Zeitgenossen nicht einfach ihrer sozialen Rolle gemäß als Kapitalisten, Arbeiter, Arbeitslose, Studenten etc. sondern als Staatsbürger, d.h. als Nationalisten.

II. Nationalismus

wird hier verstanden als jegliche positive Bezugnahme auf das gesellschaftliche Ganze und den dafür notwendigen Staat – faschistische und neofaschistische Exzesse sind hier nur ein besonderer Ausdruck dieser Affirmation. Wenn man überhaupt von einer menschlichen Grundeigenschaft derjenigen sprechen kann, die die Werteigenschaft ihrer lebensnotwendigen Dinge als naturgegeben ansehen, und insofern ihr alltägliches Dasein als Warenverkäufer – meist haben sie ja nur ihre Arbeitskraft oder andere verwertungsfähige Eigenschaften zu verkaufen – fraglos hinnehmen, so ist es die, Nationalist zu sein. Wenn der Staat Garant für den gleichwertigen Austausch, den die dabei Zukurzgekommenen sich als einen "gerechten" wünschen, ist, dann muß jeder Anspruch auf die Wahrung eines Interesses als Berufung auf das durch den Staat gestiftete Allgemeine auftreten.

In Deutschland ersetzte bis vor kurzem der Appell an idealisierte demokratische Tugenden und Verkehrsformen (z.B. die Denunziation von unliebsamen Erscheinungen als undemokratisch oder die nicht nur rhetorisch gemeinte Rede von Verteidigung, Stabilisierung oder Ausbau der Demokratie, wenn es um kleine Erleichterungen wie Arbeitszeitverkürzung oder BAFÖG-Erhöhung ging) die untertänige Gewißheit, daß wenn Kaiser oder Führer nur wüßten, was alles an Ungemach geschieht, manches anders laufen würde. Nach dem Anschluß der DDR verlegt sich die Berufung aufs Gesamtinteresse zunehmend auf die Beschwörung eines die demokratische Form nur noch marginal berücksichtigenden "deutschen" Anliegens. Es ist nicht nur die "Standort-Deutschland"-Agitation der demokratischen Einheitsparteien, die dies verdeutlicht, sondern mindestens ebenso die oft als flehende Bitte vorgetragene Forderung ostdeutscher Interessenvertreter, die Ossis nicht zu "Deutschen zweiter Klasse" verkommen zu lassen, ihr Interesse die "Einheit mitgestalten" zu wollen, diese endlich zu "vollenden", und der Wunsch nach einer harmonischen, vor allem deutschen Volksgemeinschaft, die die "Mauer in den Köpfen" niedergerissen habe.

Das Alltagsbewußtsein der gewöhnlichen Nationalisten, der Staatsbürger, unterscheidet sich prinzipiell durch nichts von dem der politischen Elite. Der Unterschied besteht darin, daß diese die Politik machen, während jene zum Mitmachen verurteilt sind. Der Staatsbürger soll das Staatspersonal in Wahlen bestätigen, sich ansonsten auf seine produktiven Pflichten – arbeiten und zustimmen – besinnen. "Wenn ich was zu sagen hätte, dann würde vieles anders laufen." So oder ähnlich hört man oft Staatsbürger schwadronieren, die die Aufforderung ihrer Führung, sich Gedanken zu machen, sich "eine Meinung zu bilden", befolgen. Doch bevor sie mit der üblichen Feststellung enden, daß sie sowieso nichts zu sagen haben, weiß man, daß ihr Anliegen auf eine etwas "gerechtere" Inszenierung des bekannten Unternehmens hinausläuft.

In einem Interview in der "jungen Welt" (22.11.) gibt eine Sprecherin der Grünen aus Berlin-Mitte Bedenkenswertes zu Protokoll. Auf die Frage, ob ihre Partei nun "links" sei oder "lediglich linke Traditionen" habe, antwortet sie: *"Ich halte diese Begriffsbildung generell für Unsinn. Zum einen, weil im deutschen Sprachraum schon seit dem Mittelalter 'links' die Assoziation von chaotisch und linkisch ist, 'rechts' dagegen Synonym für rechtlich und ordentlich."* Weil die deutsche Nation bekanntlich schon vor dem Mittelalter in den Sümpfen des Teutoburger Waldes entstand, ist es für einen politischen Newcomer angesagt, das volksgemeinschaftliche Gesamtinteresse mindestens in der stabilen, durch kaum ein Partikularinteresse gestörten mittelalterlichen Welt beginnen zu lassen. Der politische Newcomer-Status macht es allerdings auch erforderlich, nicht die logische Folgerung aus der getroffenen

Feststellung zu ziehen und sich folglich als "rechts" zu definieren. Schließlich soll das Wahlvolk seine Parteien auch forthin unterscheiden können.

Die Grüne fährt dann fort: *"Zum anderen halte ich es für Unfug, diese Begriffe zu strapazieren, wenn es in der Partei doch um eine Politik geht, die mehr Gerechtigkeit für die ärmeren Bevölkerungsschichten anstrebt. Ich brauche mich nicht irgendwo links oder halblinks zu definieren, wenn ich zu unseren wirtschaftspolitischen Vorschlägen stehe (...) Ich muß den von mir angestrebten Wertewandel (...) doch nicht mit dem Standort eines Parlamentsstuhls deutlich machen."* Dieses Statement offenbart in seiner Kürze einen mindestens ebenso hohen Erkenntnisgehalt wie eine ausführliche linksradikale Parlamentarismuskritik. Wer "wirtschaftspolitische Vorschläge" anzumelden hat und einen "Wertewandel" anstrebt – und dies ist in irgendeiner Weise das Anliegen aller Staatsbürger –, der braucht politische Attribute wie links oder rechts in der Tat nur noch um der begründeten Gefahr des Verwechseltwerdens zu entgehen. Es ist die Grundlage der Konkurrenz der politischen Parteien selbst, nämlich ihr Bestreben sich in der Selbstverpflichtung auf das staatlich definierte Allgemeine gegenseitig zu übertreffen, die die in der Politik ebenso wie in der Ökonomie zyklisch auftretenden Krisen, beispielsweise in Form der sogenannten "Politikverdrossenheit", verursacht.

Als ein notwendig falsches Bewußtsein, das dem notwendig falschen Bewußtsein des dem Wertfetisch unterworfenen Subjekts entspringt, vermag sich das Staatsbürgerbewußtsein selbstverständlich keine Klarheit über seine eigene Bedingtheit zu verschaffen, es vermag aber sehr flexibel die Anforderungen, die sein staatlicher Souverän durch Ökonomie und Politik erfährt, zu erfassen und gedanklich produktiv zu machen. Gemeinsam mit seiner politischen Herrschaft stellt sich der Staatsbürger den Enttäuschungen, die aus der aktuellen Sinnstiftung und ihrer Konfrontation mit der Realität entstehen. Der Nationalismus des Staatsbürgers ist daher einer ständigen Wandlung ausgesetzt. Nie erreichbares Ziel dieses permanenten Wandlungsprozesses ist es, eine "wasserdichte" Erklärung dafür zu liefern, warum es sich lohnt, gerade unter derjenigen Herrschaft produktiv zu leben, unter die man ohne jedes eigene Zutun gekommen ist.

Seit der weltweiten Durchsetzung der kapitalistischen Warenproduktion – und diese datiert nicht erst seit 1989 – blamieren sich die Versprechungen und Sinnstiftungen der Staaten nicht nur an der Lebensrealität ihrer Bürger, auch die Erkenntnis, daß es nirgendwo grundsätzlich anders ist, drängt immer wieder nach einer besonders originellen Definition, warum man für den jeweils präsenten Souverän sich besonders zu engagieren hat.

So erwächst aus dem politischen Nationalismus, der sich viel auf die freie und gleiche Behandlung seines Staatsvolkes zugute hält, fast als Konsequenz seine völkische Ergänzung. Blut scheint dann als Bindemittel bessere Dienste zu leisten, als die allgemeine Garantie des äquivalenten Warentausches, der für die Mehrheit einen im Resultat wenig einträglichen Tausch von Arbeit gegen Lohn bedeutet. Gerade in Deutschland, wo das völkische das entscheidende Element in der nationalen Definition war und ist, ist sein staatspolitischer Zweck als (auch internationales) Erfolgsmodell deutlich zu erkennen. Der Rassismus ist dann der Höhepunkt der staatsbürgerlichen Leistungen in diesem beständige Wandlungen hervorbringenden Sinnstiftungsprozeß. Indem die durch die Staaten konstituierten Unterschiede der Einwohner verschiedener Territorien in die Biologie verlegt werden, sollen sie absolut gesetzt werden. Die Natur, als letzte Berufungsinstanz bürgerlicher Vernunft, soll nicht nur dazu herhalten, bestimmte Menschengruppen für immer auf einem möglichst niedrigen Wertniveau zu halten, ihr kommt dabei auch die Aufgabe zu, die Angehörigen "höherwertiger" Rassen ein für allemal an ihren biologisch gerechtfertigten Souverän zu binden.

Im Zusammenhang "wasserdichter" Nationalideologien muß auch noch die leninistisch-stalinistische Variante erwähnt werden. Diese geht seit ihren Begründern davon aus, die Nation sei eine objektiv gegebene Tatsache. Stalins berüchtigte Definition von 1913 deklamierte eine Nation als Ensemble von Territorium, Wirtschaft, Sprache und "psychischer Wesensart". Auch hier wird das zufällige Ausgesetztsein der Subjekte unter Staatsmächte – bei Lenin/Stalin waren aus politisch-taktischen Gründen darunter auch solche im Wartestand – in eine nebulöse menschliche Natur gesetzt. Die Nachwirkungen dieser Definition finden wir heute nicht nur in den noch verbalen völkischen Exzessen in der PDS, auch in den osteuropäischen Stammeskriegen spielen sie eine bedeutende Rolle.

III. Deutscher Staat und Staatsbürger

Der gegenseitige Anspruch von Staat und Staatsbürger, sich ergänzende Mittel für das Projekt des nationalen Gesamtwohls zu sein, findet seinen Ausdruck in der Bereitschaft des Staatsbürgers, vermittels aktiven Nachvollzuges bei den von der Obrigkeit initiierten oder manchmal nur – um es neudeutsch auszudrücken – "angedachten" Scheußlichkeiten mitzuwirken. In der Tat hat die weitgehende Vernichtung der europäischen Juden durch die Deutschen wie kein anderes Ereignis die Identität von deutschem Staat und Staatsvolk geschaffen. Nichts schweißt Herrschende und Untertanen enger zusammen als ein gemeinsames Verbrechen dieser Dimension. Der Skandal, der im Weiterbestehen eines deutschen Nationalstaates nach Auschwitz besteht, verweist, unbeachtet der Besonderheiten, die Deutschland bevorzugt für die Barbarei prädestinieren, auf den fortwährenden Skandal der kapitalistischen Warenproduktion und der durch sie notwendig hervorgebrachten staatlichen Herrschaft. Solange das unter diesen Bedingungen immer wieder neu entstehende notwendig falsche Bewußtsein nicht durch revolutionären Bruch eine Aufhebung – vielleicht wäre das eine Selbstaufhebung – erfährt, solange bestehen die Bedingungen für jene barbarische Volksgemeinschaft fort, die wir heute als Nation und deren Wirken wir als Nationalismus bezeichnen.

Gerhardt Rudow

Der Text wurde als Vortrag in der Arbeitsgruppe "Nationalismus und Ökonomie" auf dem vom ASTA der FU Berlin veranstalteten Kongreß "Zwischen Amok und Koma" am 22.11.94 gehalten.

"Etwas Besseres als die Nation"

Eine Dokumentation der Wohlfahrtsausschüsse

"Etwas Besseres als den Tod findest du überall", heißt es bei den Bremer Stadtmusikanten. Analog dazu fordern aus der Subkultur entstandene Wohlfahrtsausschüsse in Hamburg, Köln, Frankfurt und München dazu auf, theoretische Ferne zu Konzepten von Heimat und kollektiver Identität zu suchen, die in engem Zusammenhang mit "Nation" gesehen werden. In einem neuerschienenen Buch dokumentieren sie ihre Aktivitäten (1).

Den Schwerpunkt bildet die Dokumentation einer im Juni 1993 unternommenen Tour, die über Rostock und Dresden nach Leipzig führte und den Zweck hatte, Rechtstrend und Nazi-Aktivitäten kulturell und theoretisch etwas entgegenzusetzen. Weitere Initiativen, z.B. eine Hamburger Veranstaltung zu Irmgard Möller unter dem Titel *"Die schönste Jugend ist gefangen"*, lassen sich anhand von dokumentierten Vorträgen bzw. Dokumenten der Wohlfahrtsausschüsse nachvollziehen.

Mehr Raum nehmen indessen *"Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels"* ein, worunter sich recht interessante Untersuchungen insbesondere aus dem Umfeld der Vierteljahreszeitschrift *"Die Beute"* verbergen. Die Lektüre lenkt die Aufmerksamkeit auf Leistungen wie Problematik ihres an Althusser und Balibar angelehnten diskurstheoretischen Ansatzes.

Autorinnen wie Sabine Grimm, Isabelle Graw und Cornelia Eichhorn beschreiben z.B. aus solcher Perspektive "Geschlecht" als sozial konstruierte, nicht biologische Kategorie; andererseits führt derselbe Theoriezugang Alex Demirovic zum Vorschlag, die Linke solle sich zum Zwecke des Antirassismus auf den Markt der Diskurse begeben und neurechts artikulierte Themen von links besetzen...

Streit um "Ostidentität"

Die Ferne, in die es die westurbanen Wohlfahrtsausschüsse zog, war zunächst einmal die der ehemaligen DDR – Anlaß für internen und externen Streit, der sich anhand der Dokumentation in den Grundzügen nachvollziehen läßt. Die Wahl der Reiseroute sollte, so die InitiatorInnen, keinesfalls eine Art alternative Wiedervereinigung der Kulturszenen unter antifaschistischen Vorzeichen bezwecken. Der Kontakt mit "Ostlinken" werde gerade *"nicht"* gesucht, *"weil sie DEUTSCHE Linke sind, sondern weil der Fall des antiwestdeutschen Schutzwalles und die Beseitigung des 'verordneten Antifaschismus' der DDR den Nazis in dieser Gegend einen Bewegungsraum eröffnet hat, von dem aus sie Linke dort und hier bedrohen."* (2) Gemessen am hier angedeuteten Ziel dürfte die Tour im Ergebnis als Mißerfolg zu verbuchen sein. Zum praktischen Zurückdrängen der Nazis haben die Westlinken wohl wenig beigetragen. Es ist aber auch nicht erkennbar – und das ist wichtiger – daß Linke in den besuchten Orten die interessanten Inhalte der Wohlfahrtsausschüsse zur *"strukturell rassistischen Konkurrenzgesellschaft im allgemeinen und (...) dem nationalistischen Schub im Besonderen"* in offener Diskussion aufgenommen hätten. Das "Mißlingen" an der selbstgesetzten Zielvorgabe sollte indessen nicht allzu schwer wiegen: den Versuch war's allemal wert, auch erreichen die entstandenen Textbeiträge (nun z.B. über die Buchveröffentlichung) ihre Öffentlichkeit auf anderen Wegen. Und schon einige der Einzelaktionen, die im Rahmen der Tour stattgefunden haben, wären für sich alleine Anlaß genug für eine Fahrt in Richtung Osten gewesen. Es wurde z. B. jener Text zur Vernichtung von Sinti und Roma erneut am Rostocker Rathaus fixiert, den französische Juden nach den Rostocker Pogromen dort angebracht hatten.

Einem Teil der Tourenden scheint indessen angesichts geringer Resonanz ein Unbehagen darüber schwer im Magen zu liegen, überhaupt den Weg in die Ex-DDR gewählt zu haben. Das schlechte Gewissen, das sei womöglich einem Versuch alternativer Ostkolonisierung gleichgekommen, scheint sie auch im Nachhinein noch umzutreiben. Anders ist kaum zu erklären, wie defensiv auf angetroffene Argumentationsmuster reagiert wurde und wird, die die Bedeutsamkeit einer eigenen "Ostidentität" einklagen und die teilweise in völkischen Kategorien enden.

"Wir vermissen Lösungsansätze" antwortete die Projektgruppe "Druck" aus Leipzig auf die Thesen des Hamburger Wohlfahrtsausschusses und bestritt grundsätzlich, daß Rassismus und faschistische Tendenzen mit der Wiedervereinigung zu tun hätten. Faschistischer Straßenterror wird in ihrem Text banalisiert und die Gemeinschaft positiv hervorgehoben, in der Ostlinke mit Ostfaschisten ständen: *"Auch wenn hier wirklich nicht die tollste Atmosphäre herrscht, handelt es sich doch einfach um Leute und ihre Ausdrucksweisen, die hier schon immer leben, unsere Eltern, ArbeitskollegInnen, HausnachbarInnen usw. Viele von den sogenannten aktiven Faschisten kennt mensch noch aus Schule oder dem Buddelkasten."* Die AutorInnen definieren sich als Opfer der BRD-Gesellschaft mitsamt der BRD-Linken (*"...Es wurde uns keine Lehrzeit eingeräumt..."* etc.) und stellen in ihrem Text die Gemeinschaft mit Faschisten in der Ex-DDR her, die als ebensolche Opfer begriffen werden (nur noch *"als Rassisten oder rechtsextreme Gewalttäter finden sie Gehör, denn sie passen in die Denkschablonen 'der da oben'"*; *"wegen ungenügender Analysen"* bildeten sie *"extreme Haltungen (sic!) heraus, die von der Öffentlichkeit dann oft als altkommunistisch oder antikommunistisch (=faschistisch) (sic!) verstanden (sic!) werden"*).

Solch völkische Identifikation mit den Faschisten, die sich als "Antifaschismus" verkauft, wurde in den im Buch nachlesbaren Unterlagen nur von der Gruppe *"Die süßen Dogmatikerinnen"* adäquat beantwortet. In der gebotenen Schärfe bezeichnen sie den zitierten Text als *"aufschlußreiche(s) Heul- und Flennpapier"* und kritisieren, andere Tour-TeilnehmerInnen hätten sich durch die *"immer wieder hervorgekehrte 'Betroffenheitsdiskussion'"* von wirklicher *"Auseinandersetzung über politische Strategien"* abbringen lassen. Sie machen sich an den Nachweis, *"auch die Konstruktion einer eigenen Kulturidentität der 'ewig Beschissenen'"* diene *"über die Herstellung eines 'Wir-Gefühls' der VerliererInnen dem völkischen Konsens"*. Leider bricht der im Original nicht sehr lange Text in der Wiedergabe des besprochenen Bandes nach exakt einer Buchseite plötzlich ab – mehr Platz scheint deren Redaktionsgruppe der harschen Gegenposition nicht gegönnt zu haben; wer die Kontroverse vollständig nachvollziehen will, muß nun zusätzlich zu einer noch erhältlichen Ausgabe der "17 Grad C" greifen (3).

Die softe (Mehrheits-)Reaktion auf völkisch-ostidentische Töne spiegelt das Vorwort zum Wohlfahrts-Buch, geschrieben von einem der Redakteure (Andreas Fanizadeh). Darin wird zwar einerseits auf dem Zusammenhang von Rassismus und Wiedervereinigung bestanden und zitierte Formulierungen des Leipziger Papiers werden – als *"opportunistische Entschuldigungsfloskeln"* – kritisiert. Andererseits, stellt das Vorwort dann aber harmonische Ausgewogenheit wieder her, stecke *"allerdings (...) in der Beschwerde über die arrogante Westlinke und deren TV-gemachte Ressentiments gegenüber dem Osten"* auch wieder *"ein Funken Wahrheit"*, und Fanizadeh schweigt im übrigen vornehm über die völkischen Implikationen des Rostokker Papieres. Indem er sich bemüht, so etwas wie Ostbefindlichkeit zu berücksichtigen, bleibt die notwendige analytische Klarheit gegenüber der beschworenen Ostidentität aus. Damit ist niemandem ein Gefallen getan, wird doch ein "Verständnis" befördert, *alle* "die aus dem Osten" verträten, aus ihrer anderen Welt kommend, eben irgendwie *natürlicherweise* ihre problematischen Positionen...

Texte der Tour

Zentrales Thema der Tour, so auch der dabei entstandenen Flugblätter und Redebeiträge, ist die völkisch-nationale deutsche Identität nach der Wiedervereinigung und der daraus erwachsene rassistische Terror. Besonders interessant wird es indessen, wo dieses auch anderswo untersuchte Thema um die Frage nach anderer als "nationaler" Identität erweitert wird und die Konstitution von "Identität" überhaupt ins Gespräch kommt. Letzteres findet sich z.B. im Kapitel Günther Jacobs (4) zum Zusammenhang von *"Ich-Identität und nationale(r) Identität"*. Jacob reflektiert, im bürgerlichen Verständnis gelte Identität als eine *"Angelegenheit, die sich tief im Inneren der Person abspielen soll, in ihrem 'Kern' bzw. 'Zentrum'"*, also als Setzung einer Eigentlichkeit, der jede gesellschaftliche Dimension abgehe. Die so vereinzelt begriffenen Individuen tummeln sich konkurrent auf einem Markt der Subjekte. Jacob analysiert die inneren Widersprüche bürgerlicher Identität und setzt sie in Zusammenhang zu Markt und Staat als den *"hauptsächlichen Integrationsinstanzen"*.

Isabelle Graw untersucht u.a. unterschiedliche Interpretationen eines Begriffes von Geschlecht als gesellschaftlicher Konstruktion. Sie greift Äußerungen Judith Butlers in einem Frankfurter Referat positiv auf, dieser Begriff dürfe nicht als beliebige Veränderbarkeit der Geschlechtsidentität mißverstanden werden: *"Habe ich etwas als Konstruktion erkannt, bin ich noch lange nicht 'befreit'"*. Graw würdigt weiter zwar Butlers Bemühungen, ein gängiges Konzept von "sex and gender", *"das auf der einen Seite feststehende Materie und auf der anderen gesellschaftliche Niederschläge sieht, zu dynamisieren"*, radikalisiert diese Bewegung aber im folgenden. Graw bringt an Beispielen eine solche Lesart in die Diskussion, in der eine Unterscheidung zwischen biologischem (sex) und gesellschaftlich konstruiertem Geschlecht (gender) sich tendenziell auflöst – *"so können"*, folgert sie aus Betrachtungen zu den sexistisch besetzten Begriffen "Frauenkrankheit" und "Wechseljahre", *"die Übergänge zwischen dem, was als Konstruktion erkannt und als zwingende Realität empfunden wird, fließend sein."*

Sexismus

Neben Beiträgen zur Tour stellt der Band *"Materialien"* vor, die vornehmlich "Beute"-AutorInnen für Veranstaltungen des Frankfurter und des Kölner Wohlfahrtsausschusses verfaßten. Sabine Grimm systematisiert den bei Graw vorzufindenden Theoriezugang und verdeutlicht seine Verortung im von Althusser und Balibar entwickelten diskurstheoretischen Horizont (5).

Thema ist die Bestimmung des Verhältnisses von Rassismus und Sexismus. Grimm grenzt sich von einer *"essentialistischen Unterscheidung"* deutlich ab, die nach dem Muster verfahre: *"'Rassen' gibt es nicht, 'Geschlechter' schon"*. Sie weist an zwei prominenten Theoretikern, Wolfgang Fritz Haug und Robert Miles, schlüssig nach, daß bei ihnen *"die generative Reproduktion aus dem sozialen Zusammenhang gerissen sei"*, anstatt sie *"als soziale Praxis zu begreifen"*. Dieser Mangel entsteht, indem beide Autoren die Reproduktion *"an das 'biologische Geschlecht' (sex)"* knüpfen.

Grimm sieht dabei das Problem bereits im Ansatz begründet, "sex" und "gender" überhaupt unabhängig voneinander definieren zu wollen – einen Begriff von "sex" als *"Vorstellung, man könnte eine 'wertfreie Geschlechtsnatur' fixieren, die erst nachträglich kulturell überformt wird"*, lehnt sie grundlegend ab. Sie betont, die Kategorie Geschlecht sei von *"ihrer diskursiven Konstruktion nicht zu trennen"*. In der völligen Dekonstruktion der Entgegensetzung von "sex" und "gender" beseitigt sie die Problematik, daß jeder, wo auch immer ansetzende Versuch der Bestimmung von "sex", biologischem Geschlecht, in Gefahr steht, an eine solche biologische Essenz gesellschaftliche Zuschreibungen zu knüpfen: Es sei, beschreibt sie, gerade die angenommene *"Evidenz"* der Kategorie Geschlecht, *"über die der Sexismus funktioniert."*

Grimm fordert in ihrem Aufsatz ein, den Begriff der *"sozialen Konstruktion"* von Identitäten im diskurstheoretischen Sinne zu füllen. Sie kritisiert vor diesem Theoriehintergrund eine in der linken Debatte oft transportierte andere Konnotation im Sinne von "falsch", "unzutreffend", "nicht mit den Realitäten vereinbar". Sie kennzeichnet einen solchen linken Diskussionsstrang als *"Entlarvungsdiskurs"*, dem eine *"im Hintergrund immer noch"* bestehende *"naturalistische Vorstellung von Materialismus"* zugrunde liege. Darunter fällt nach der Logik ihrer Darstellung nicht allein ein traditioneller ML-Diskurs, sondern auch jeder Erklärungsansatz, der biologistische Kategorien als in bürgerlicher Wertvergesellschaftung angelegte, fetischisierte Denkformen begreift. Von einer Diskussionsvariante etwa, die Rassismus als "Naturalisierung der Verhältnisse" im Sinne einer fehlerhaften rassistischen Wahrnehmungsweise versteht, grenzt Grimm sich explizit ab.

Der Logik ihres Herangehens entsprechend würden Stränge einer antirassistischen Argumentation obsolet, wie sie z.B. in der Debatte um den Rassismus des Türcke-Referats (Konkret-Kongreß 11.-13.6.93) eine gewisse Rolle gespielt hatten. Es war dabei immer wieder u.a. um den Nachweis gegangen, der rassistische Diskurs habe noch die allererste biologische Voraussetzung seiner Zuschreibungen – die Behauptung einer Gemeinsamkeit der "Hautfarben" – *unzutreffend* konstruiert (z.B. im Aufsatz Wolf D. Hunds *"Über die Konstruktion von Menschenrassen"*). Ein solcher Nachweis wird logisch unsinnig, wenn, wie bei Grimm angelegt, Körperlichkeit insgesamt als Diskursergebnis begriffen wird (6). In gewisser Weise treten dann die bekämpften Ideologien als konkurrierende Diskurse stärker *neben* die eigene *"materialistische"* Anschauung, die eben nur eine *andere* soziale Konstruktion zu betreiben sucht, welche nicht Menschenrassen, sondern etwas anderes hervorbringen soll. So gehört bei Althusser der materialistische Diskurs ebenso zur Sphäre der *"Ideologie"*, wie biologistische Diskurse (Ideologie ist bei ihm neben Ökonomie und Politik als dritte überhistorische *"Instanz"* beschrieben). Grimms Theorievorgaben müssen jedenfalls sehr ernsthaft in ihren theoretischen Implikationen diskutiert werden – nicht nur eine Facette in der Widerlegung rassistischer Wirklichkeitsverkennung dürfte mit ihr entfallen, ihre Kritik am *"Entlarvungsdiskurs"* könnte ebenso auf Texte bezogen werden, die "Nation" als besondere Form einer *"Fiktion"*,

zum Beispiel als *"kollektive Halluzination"* zu denunzieren suchen, wie auch die Beschreibung der Konstruktion des "Juden" im Antisemitismus als wahnhafte Wirklichkeitsverkennung nach ihren theoretischen Prämissen kaum mehr begründbar wäre.

Vor dem Hintergrund ihrer theoretischen Prämissen unterscheidet Grimm Rassismus und Sexismus und bestimmt ihren Zusammenhang. Rassismus wird als der Ausschluß des Anderen aus der national definierten Gemeinschaft beschrieben, der von Effekten des Einschlusses in die Gemeinschaft (als Assimilation und Minorisierung) begleitet wird. Sexismus dagegen beruhe auf Effekten der Unterordnung unter der Voraussetzung des Einschlusses in die (z.B. nationale) Gemeinschaft. Als den Faktor, über den *"sexistische Einschließung und die rassistische Ausgrenzung gleichermaßen reguliert werden,"* bestimmt Grimm die *"Bevölkerungspolitik"*. Dieser Begriff beinhaltet nicht alleine Staatsaktivitäten im engeren Sinne. Erfaßt werden durch ihn vielmehr alle die Reproduktion betreffenden Faktoren, also die "private" sexuelle Wahl ebenso wie Beschränkungen des Arbeitsmarktes oder Bevölkerungsstatistik.

In ihren Definitionen bietet Grimm ein theoretisches Konzept, das Rassismus- und Sexismustheorie tatsächlich zu integrieren vermag, ohne entweder nur zu analogisieren oder beide Felder ununterscheidbar ineinander aufzulösen. Die Hervorhebung einer ausgreifend definierten "Bevölkerungspolitik" bietet darüber hinaus den Anschluß zu einer – im Band an anderer Stelle ebenfalls zum Thema gemachten – Theorie der Nation nach Balibar. Der hebt hervor, daß die Reproduktionsinstanzen Familie und Schule als entscheidende Staatsapparate nationaler Einheiten gelten könnten, und daß sie die Struktur nationalistischen Denkens – mit den Polen genealogischer und sprachhomogener Fundierung – entscheidend präfigurieren.

Markt der Diskurse

Vor solchem theoretischen Hintergrund entwickelt Alex Demirovic in seinem Buchbeitrag (7) Thesen zur Entwicklung rassistischen Denkens und Gegenstrategien dazu.

Demirovic geht von der grundlegenden Krise eines bisher bestehenden fordistischen Nachkriegskonsenses aus, der von einem wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiß geprägt gewesen sei. Stets seien zwar ganze Sektoren ausgegrenzt gewesen, z.B. die Frauenerwerbsarbeit, stärker noch die ArbeitsmigrantInnen, dennoch habe die Formation zur *"Blockbildung zwischen bürgerlicher und Arbeiterklasse"* geführt. Auf der politischen Ebene sei der Nachkriegskonsens nicht zuletzt durch einen Sockel von 15-20 Prozent rechtsextrem Eingestellter geprägt worden, die, eingebunden in Volksparteien, die Formation mitprägten, in der u.a. Antikommunismus *"jede radikaldemokratische oder sozialistische Politik marginalisierte"*.

Demirovic konstatiert die Krise des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Konsenses, die insbesondere durch Ideologen der Neuen Rechten aktiv vorangetrieben werde. Er begreift z.B. "Politikverdrossenheit" nicht als allgemeine Krisenfolge, sondern als *"reaktionäre(n) und auch neu-rechte(n) Topos"*. Demirovic setzt sich von Verharmlosungen á la Leggewie ab, die die Existenz von Nazis bestreiten und an ihrer Stelle nur Sozialopfer sehen, und prognostiziert in einer langanhaltenden Krise durchaus die Gefahr rechter Durchsetzungsfähigkeit.

Demirovic grenzt sich andererseits aber auch von Denkmodellen der Kritischen Theorie ab, die den "Autoritären Charakter" untersuchten und von einer Korrelation solcher Charakterstrukturen zu rechten Ideologie- und Politikkonzepten sprachen. Er behauptet demgegenüber, die Strategen der "Neuen Rechten" und der "Konservativen Revolution" entfernten sich vom Konzept fixer rechter Identitäten. Dieser grundlegenden Veränderung werde eine Linke nicht gerecht, die solche Ideologen als "Rassisten" zu denunzieren suche.

Identität, führt Demirovic aus, beruhe auf *"symbolischen Konstruktionen"*: Körper und Geschlecht gebe *"es nicht an sich; wir wissen von ihnen nur in der Form von Zeichenpraktiken und semiologischen Codes, die auf die Materialität des Körpers weisen, die sich in sie einschreiben und die ihn uns in verschiedenen Bedeutungen erschließen."* Der Nationalsozialismus und der klassische Dominanzrassismus sei von der Leugnung dieser Einsicht geprägt gewesen: *"der traditionelle Rassismus war der Versuch"*, den *"Fluß der Bedeutungspraxis stillzustellen"*. Die neue Rechte aber wende *"sich ausdrücklich gegen den Rassismus und gegen die Annahme einer biologischen Substanz"*. Während die NS-Ideologie Juden als *"identitätslos angesehen"* und deswegen verfolgt habe, sehe die Konstellation des modernen Rassismus ganz anders aus. Die Neue Rechte sehe Völker nunmehr als historisch und kulturell bedingt an und fürchte gerade deswegen, daß Identitätsverlust in den Metropolen zur Überlagerung durch fremde Identitäten führe – diese moderne Rechte fordere *"Apartheid und Segregation ethnisch differierender Völker (...) gerade wegen (...) fließende(r) Identitäten"*.

In der Konsequenz dieser Analyse fordert Demirovic, den Versuch einer Denunzierung als "Rassisten" etc. durch eine diskurspolitische Offensive zu ersetzen. Im *"Nonkonformismus"* des Neorassismus lägen – neben dessen Gefährlichkeit – *"auch die Widersprüche, auf die sich eine Gegenstrategie beziehen kann. Denn viele Elemente des neorassistischen Diskurses lassen es zu, sie erneut in demokratischen und linken Diskursen zu artikulieren. Dazu gehören die Elemente der Kritik am sozialen Unrecht und an Ungerechtigkeiten des Wohlfahrtsstaats, dazu gehört die Kritik an der Politik und Herrschaftswirkungen parlamentarischer Demokratien."*

Hatte die Strategie der Neuen Rechten darin bestanden, an inneren Widersprüchen linker Debatte anzusetzen, um zentrale Themen und Begriffe umzudefinieren, will Demirovic dieselbe Strategie nunmehr gegen die Rechte wenden. Dem liegt die Vorstellung eines Marktes der Diskurse zugrunde, auf dem Linke und Rechte eben zu konkurrieren hätten. Theorie erscheint vor diesem Hintergrund wie eine Ware, deren Wert entscheidend davon abhängt, ob sie an den Mann oder die Frau zu bringen ist. Ladenhüter wie "antideutsche" Artikulationen scheiden bei Demirovic wegen ihrer fehlenden Marktchancen grundsätzlich aus. Um Rassismus diskursiv entgegenzutreten sei, so Demirovic, *"unter anderem notwendig,"* daß die Linke *"ihre etwas trotzige negative Deutschtümelei und ihren Antipopulismus aufgibt und sich einmal wieder der konkreten Gesellschaft, ihren Widersprüchen und vielfältigen Formen der Herrschaft zuwendet."*

Etwas Besseres als antideutsch?

Die hier formulierten Maßgaben bieten eine Begründung für die am Wohlfahrts-Buch oben festgestellte Tendenz, an eine Kritik der "Ostidentität" nur zögerlich heranzugehen. Wer sich heutzutage aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit eine Dosis Populismus bewahren will, tut gut daran, dieses Thema zu meiden, auch antideutsche Töne lassen sich damit schlecht vereinbaren. Die antiradikale Kritik am Antideutschen ist weit verbreitet – interessant ist, unter welchen theoretischen Vorgaben sie sich hier präsentiert: Da kippt ein diskurstheoretischer Ansatz zurück in strukturalistisches Denken, aus dem heraus diese Denkrichtung sich einstmals entwickelt hatte. Die Verabschiedung der Kategorie eines bürgerlichen Subjektes – für sich genommen eine Dekonstruktion, der linke Theorie sich zu stellen hat (8) –, führt hier zu einer tendenziellen Beliebigkeit in der Maßgabe,

sich – positiv oder negativ – an die jeweils modernsten Diskurse anzuhängen.

Was als Verdienst der ehemaligen Frankfurter "Diskus"- und jetzigen "Beute"-SchreiberInnen gelten kann – mit anderen in die BRD-Debatte die adäquate Beschreibung eines modernisierten Rassismus eingebracht zu haben –, wandelt sich in Demirovics Text in einen negativen Effekt. Bisher ging es in Beiträgen meist darum, in einer differenzierten Analyse der Neuen Rechten, die ideologische Veränderungen ernstnimmt, doch auch die Kontinuität zu betonen, die diese kulturalistisch formulierten Artikulationen mit unmittelbar biologistisch argumentierendem Denken verbindet. Bisher konnte also als Anliegen gelten, eine Diskurskontinuität aufzuzeigen, die Verbindungen auch zum NS-Faschismus erkennen läßt. Nunmehr aber legt Demirovic nahe, es müsse zwischen Neuen und alten Rechten der Bruch hervorgehoben werden. Der von de Benoist und z.B. der "Jungen Freiheit" angestrebte Anschein, eine radikale Rechte hätte sich aus ihrem Traditionsrahmen herausbewegt, es sei ihr ohne Probleme möglich, aus dem Schatten Hitlers zu treten, wird nunmehr bestätigt und reproduziert. Mehr noch: gerade solche "Erkenntnis" soll die Grundlage einer neuen antirassistischen Strategie hergeben.

Dabei ist das Umkippen einer *Differenzierung* biologistischen Denkens in die These eines *Bruchs* in sachlicher Hinsicht sehr schlecht begründet. Die von Demirovic vorgetragene Behauptung, Nationalsozialismus und Neue Rechte fundierten ihren Rassismus in Bezug auf die Identitätsproblematik genau entgegengesetzt, kann nicht überzeugen. Es ist zwar richtig, daß der Nationalsozialismus die "Juden" als Personifizierung der Nicht-Identität verfolgte: dasselbe gilt aber auch für den aktuell erstarkenden Antisemitismus. Auch dem NS-Antisemitismus wohnte aber (wie einige überlieferte Hitler-Äußerungen überdeutlich machen) die paradoxe Mutmaßung inne, die verfolgte Verkörperung der Nicht-Identität sei gefestigter und "identischer" als das schwache und "gefährdete" Ariertum: gerade daraus speiste sich missionarischer Ausrottungseifer.

Am NS-*Rassismus* läßt sich dann, ganz analog zu den "modernen" Varianten, die fast stereotyp vorgebrachte Klage beobachten, "Fremdrassen" drohten aufgrund größerer Rassenreinheit gegen das Ariertum zu obsiegen. Die Figur des Rassismus hat sich diesbezüglich also gar nicht allzusehr verändert – die Veränderung besteht lediglich in seiner *kulturalistischen* Artikulation.

Auch der *"Nonkonformismus"* der Neuen Rechten muß als Neuauflage eines rebellischen Elements des Nationalsozialismus beschrieben werden. Der Nationalsozialismus war in einem romantisch-pervertierten "Antikapitalismus" fundiert, den die heutige Neue Rechte verändert wieder aufnimmt: eine Konstellation, die Demirovic sträflich vernachlässigt. Themen solch "antikapitalistischen" Denkens nun linkerseits konkurrent aufnehmen zu wollen, verkennt, daß die Struktur der wahnhaften Verschiebung psychologisch und gesellschaftlich zu verfestigt ist, um einfacher rationaler Aufklärung zugänglich zu sein.

Indem Demirovic den engen Zusammenhang alt- und neurechten Denkens tendenziell zerschneidet, verstellt er darüber hinaus den Blick darauf, daß *alle* Formen rassistischen Denkens sich gegenwärtig ausbreiten. Haben die "modernen" Formen ihre Siegeszüge angetreten, so hat das doch keinesfalls zum Verschwinden der altrechten Denkformen beigetragen. Im Gegenteil ist im Gefolge heute eine Belebung des Diskurses um die Vererbung von Rassen-, National- oder Charaktermerkmalen zu beobachten: schon ein kurzer Blick ins Feuilleton belehrt über diesbezügliche Debatten und Neuveröffentlichungen nicht nur in den USA.

Demirovic glaubt, den realen deutschen Verhältnissen gerechter zu werden, als eine "antideutsche Strömung" es vermag. Dem liegt die Ansicht zugrunde, die Neue Rechte sei tatsächlich aus dem Schatten Hitlers getreten und agiere unbeeinflußt von der NS-Vergangenheit.

Daß dies nach Auschwitz unmöglich ist, scheint den rechten Ideologen bewußter zu sein als ihrem Kritiker: Demirovic übersieht völlig, mit welcher Intensität der geschichtsrevisionistische Diskurs von ihnen betrieben wird. Nicht die Abwesenheit von Antisemitismus, sondern ein neuer Antisemitismus wegen Auschwitz prägt die neurechten Journaillen, wie auch den halboffiziellen (Nolte etc.) und den offiziellen Revisionismusdiskurs.

Deutsche Verhältnisse...

Die Bedeutung der Themen Nationalsozialismus und Antisemitismus liegt gesellschaftlich umgekehrt proportional zur Beachtung, die sie durch Demirovic erfahren. Nicht nur sein Beitrag, sondern die im Buch versammelten Texte insgesamt lassen den Mangel einer relativen Nichtbeachtung dieser spezifisch deutschen Wirklichkeit erkennen.

Auschwitz zu verdrängen und den intensiv betriebenen Geschichtsrevisionismus unbeachtet rechts liegen zu lassen, kann aber eine Linke sich hierzulande nicht leisten. Naziangriffe stehen in Motivation und psychologischer Wirkung in der Tradition der nazistischen Vernichtung: eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit diesem Zusammenhang hätte sich LeserIn auch schon bei den Tour-Papieren gewünscht.

Die – wie sich abzeichnet – breit angelegte ideologische Offensive zur Geschichtsumdeutung auf den kommenden 8. Mai hin konfrontiert *alle* in dem schmalen, sich "antinational" definierenden Spektrum mit diesem Kontext. Es darf mit Spannung erwartet werden, wie auf diese Anforderung jeweils reagiert wird.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Wohlfahrtsausschüsse (Hrsg.), Etwas Besseres als die Nation. Texte und Materialien zur Abwehr des gegenrevolutionären Übels, Berlin/Amsterdam 1994; Edition ID-Archiv, 183 S., 24 DM.

2) Aus dem Flugblatt des Wohlfahrtsausschusses Hamburg, *"Zur Begründung der Tour"*, S. 45 ff.

3) Der hier besprochene Text ist vollständig in Nr.6 enthalten; weitere Dokumente zur Tour finden sich in Nr.5; die Ausgaben sind gegen je 7,50 DM in Briefmarken erhältlich über: 17 Grad C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg.

4) Günther Jacob, Ich-Identität und nationale Identität. Ein theoretischer Nachtrag, S. 62 ff. Der Text ist offensichtlich aus Überarbeitungen des Tour-Redebeitrages entstanden. Eine editorische Kritik Andreas Fanizadehs, Jacob habe sich geweigert, sein Originalmanuskript abdrucken zu lassen, läßt die LeserIn doppelt verunsichert zurück: Zum einen stellt sich die Frage, weshalb eine Überarbeitung, also Verbesserung des Textes problematisch sei, zumal sich andere abgedruckte Texte nicht explizit auf nunmehr fehlendes beziehen; zum anderen ist aber die Neugier angestachelt, was da nun an Provokantem der LeserIn vorenthalten bleibt.

5) Sabine Grimm, Sexismus ohne Sex?, S. 95 ff.

6) Grimm führt zwar aus: *"In diesem Sinne davon auszugehen, daß die Kategorie Geschlecht von ihrer diskursiven Konstruktion nicht zu trennen ist, heißt nicht, zu behaupten, daß Diskurse die Wirklichkeit hervorbringen"*; die zu diskutierende Problematik bleibt aber dennoch die Nähe ihrer Theorie zu der hier verworfenen Aussage.

7) Alex Demirovic, Fordistischer Nachkriegskonsens, Krise und Neorassismus, S. 105 ff.

8) In linken Publikationen werden gegenwärtig immer wieder Debatten geführt, die der Überwindung bürgerlicher Subjekttheorie gewidmet sind; im ML-Diskurs hatte jene im "Helden" gar eine dem bürgerlichen "Genie" verwandte Ausprägung erfahren. In diesem Zirkular ist immer wieder eine Dekonstruktion des bürgerlichen "Subjekts" umstritten, wie sie aus der Freiburger ISF, einer sich der kritischen Theorie zurechnenden Gruppe, vorgetragen wird. Eine Debatte um den Versuch Günther Jacobs, eine adäquate Theorie des bürgerlichen Subjekts zu entwerfen, hat dagegen in der Bahamas bislang noch keinen Niederschlag gefunden – Beiträge dazu finden sich in "17 Grad C" und "Spezial".

"Gesteigerter Ausdruck entfesselter Ideologie bewußter Staatsmacht"

Gedenkstätte Berliner Mauer: Deutsche Kunst 1994

"Ich weiß schon, andere haben ein unwiderstehliches Bedürfnis, sich national zu identifizieren, obwohl sie, wenn sie es tun, die von der herrschenden Klasse erfundenen symbolischen Werte teilen müssen. Die verherrlichen sogar die Steine."
Hernán Valdés, Vom Ende an, Berlin 1984

Die Mauer, die es schaffte, zwei deutsche Staaten 28 Jahre lang voneinander zu trennen, wurde seit ihrer Entstehung 1961 von ideologischen Worthülsen begleitet, die ihrer Realität weder gerecht wurden, noch mit ihr irgend etwas zu tun hatten. Nun rissen die Sieger der Wiedervereinigung dieses Symbol einer anderen Zeit viel zu schnell ab, um ihren liebgewordenen Fetisch so richtig genießen zu können. Die Mauer quer durch Berlin erinnert ans Mittelalter, als man Mauern um die Städte zog. Im Kapitalismus genügt eigentlich die American Express Card, sie ist zeitgemäßer. Vielleicht mußte die Mauer auch so schnell verschwinden, weil ihre Harmlosigkeit unsichtbar gemacht werden sollte. Für den Westen stellte die bemalte Mauer schon längst einen begehbaren Kunstraum dar.

Die Mauer als Siegerdenkmal war Gegenstand eines künstlerisch architektonischen Wettbewerbs, den der Bund gemeinsam mit dem Berliner Senat und der Sophien-Gemeinde im April 1994 unter dem Titel "Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße" ausschrieb. Das Mauerteil, das zur Gestaltung bereitgestellt wird, befindet sich inmitten eines Friedhofgeländes. Deshalb soll sowohl den "Maueropfern", als auch den Toten des Krieges bzw. anderer "Massengräber" ein Denkmal gesetzt werden. Ausgelobt wurde der Wettbewerb vom Deutschen Historischen Museum. Dessen Direktor Stölzl, Hauptverantwortlicher für die staatliche Inszenierung Unter den Linden, strebt nach seinem damaligen Erfolg ein neues Profilierungsobjekt an.

Von den 1300 verschickten Unterlagen kamen jedoch nur 259 fristgerecht eingereichte Wettbewerbsarbeiten zurück. Vom 7.-9. Oktober 1994 trafen sich 15 Preisrichter, um die besten Arbeiten auszuwählen. Der erneutes Prestige witternde Stölzl, Klaus Bölling, der SPD-Bürgermeister W. Keil von Berlin Mitte oder die Künstlerin Esther Gerz (1) und der aus der ehemaligen DDR stammende Lyriker Grünbein gehörten zum gelangweilten Gremium. Die Ausschreiber wurden von den Wettbewerbsteilnehmern an Stumpfsinn und politischer Anbiederei noch weit übertroffen. Der traurige kleine Mauerrest war für Stölzl nicht repräsentativ genug, sein Traum war ein drittes Mahnmal von der Dimension der Neuen Wache bzw. des Treptower Parkes. Dafür wollte er am liebsten 300 Meter Original-Mauer, die Tag und Nacht zu beleuchten wäre. Diese Obsession konnte sich in den vorgestellten Modellen nicht wiederfinden.

Die Jury zog sich nach zähen Abstimmungen auf drei zweite Preise und fünf Ankäufe zurück. Da derartige Wettbewerbsergebnisse nur eine Kann-, aber keine Mußbestimmung darstellen, werden die dort präsentierten Peinlichkeiten wohl kaum realisiert werden.

Der folgende Querschnitt stammt aus dem Bericht der Vorprüfung. Obgleich die Textpassagen aus dem Zusammenhang gerissen sind, erweisen sich diese Abstraktionen, die die Grenze der Banalität weit überschreiten, als stringente Kalendersprüche des Zeitgeistes (die Nummern stehen für die Modelle).

Traudel Stein

1) Die Französin E. Gerz gehört mit ihrem Mann, dem bekannteren Künstler Jochen Gerz ("Porträt des Künstlers als junger Bourgeois", 1968), zu den Verweigerungskünstlern der "individuellen Mythologie", die von einem Mangel einer echten Mitteilungsfähigkeit von Bildern und Sprache ausgehen und diesen Mangel durch poetische Metaphern reflektieren und ersetzen wollen. Esther Gerz vertrat im Rahmen dieses Wettbewerbs mit Grünbein zusammen wohl die liberalste Position, d.h. sie traten für ein temporäres Mahnmal ein, welches durch Begrünung mit der Zeit verschwinden soll.

Wettbewerbsauswahl

3. Ein Glaspavillon ... soll als Gedenkstätte dienen und dem Mauer-Ghetto den parlamentarischen Gedanken entgegensetzen.
8. Ergänzung der Gedenkstätte durch christlich und politisch konnotierte skulpturale Gestaltungselemente, die den unbeugsamen Willen zur Einheit des Deutschen Volkes in Freiheit symbolisieren.
10. Denkmalbereich mit doppelter Reihe Lebensbaumzypressen.
11. Wiederherstellung der historischen Verbindung zwischen 1945/1949/1953/1961/1989.
13. Das Motiv der Frau als Mutter der Nation.
16. Erzielen von emotionaler Tiefe beim Studieren des Ortes durch starke räumliche Wirkung.
28. Adler in Zorn, The Wall Destroyers. Darstellen von Existenz und Fall der Mauer sowie des Kampfes der jungen Generation für ein freies und vereintes Deutschland. Erinnern an Maueropfer durch Darstellung von vier jungen Männern, die mit einem Leichnam auf ihren Schultern die Mauer durchbrechen. Ihr Ende aus Mißtrauen und Furcht durch physische Zerstörung der Mauer symbolisiert.
35. Der Leere und Öde des Mahnmalbereiches wird ein lebendiger, dichter Wald aus Blutbuchen ...
50. Sinnliches Erfahrbarmachen der Mauer sowohl als ehemals einschneidende Grenze als auch ihrer friedlichen Überwindung.
61. Zwei Phallus-Symbole, vereinigt als V-Zeichen (Victory) verkörpern als zentrale Großplastik die Idee, daß der Mensch seiner eigentlichen Aufgabe nachkommen und den Weg zu Gott finden muß.

62. Die Berliner Mauer ist letztendlich das Resultat historischer Verstrickungen und Katastrophen eines ganzen Jahrhunderts.
88. Jeder Mensch soll individuell, gemäß seinen Empfindungen, seiner Opfer der deutschen Teilung gedenken können.
94. Der Pieta-Gedanke wird erweitert zu Schöpfung-Zerstörung-Erhaltung. Die Generationen. Die Dauer als Wiederkehr mit neuen Umständen.
102. Der Weg über den Grenzstreifen als Symbol für die Fluchtanstrengungen der Menschen ist mit dem Betreten des Denkmalbereiches ständig präsent. Die Flucht als Metapher für die Geschichte der Mauer.
111. Das Wesentliche – der Tod, das Leben, der Weg. Das Grenzgelände als Denkmal an sich.
113. Erhalten der Mauer steht in einer national und international notwendigen Verantwortung für Deutschland. Gedenken der Mauer- und Weltkriegsopfer.
128. Die Enkel der Maueropfer pflanzen Lebensbäume und weiße Rosen als Zeichen der Versöhnung.
138. Der Mensch kann Mauern bauen, aufbrechen und selbst Mauer sein ... im wiederkehrenden Kreislauf der Zeit.
139. Es sind viele Antworten denkbar – alles hängt vom Standpunkt ab.
148. Stecknadeln heften die Botschaft an den Ort. Hochsprungstäbe überwinden das Hindernis. ... Bewahren der Aggressivität des ehemaligen Grenzstreifens ...
153. Mahnmalplatte. Als Grabplatte, unter welcher alle Toten vereinigt sind.
156. Ein Garten des Todes mit Symbolen des Todes und des Lebens.
162. Opfer, Täter – Täter, Opfer oder Opfertäter? Wer kann unterscheiden und wer hat Schuld?
177. Gesteigerter Ausdruck entfesselter Ideologie bewußter Staatsmacht.
180. Der Herr hat eine Türe, wo wir nur Mauern sehen.
205. Trennen und Zusammenwachsen, Schmerz und Trost, Anfang und Ende sollen als Bedeutungsfelder des Ortes zu Spannungen verdichtet werden.
235. Der Tod ist unendlich. In einem regalartigen Teil können Angehörige der Maueropfer und Hinterbliebene der in den Massengräbern Liegenden Erinnerungsstücke unterbringen.
241. Für jedes Opfer eine Rose.
244. Die unendliche Versöhnung.
260. Der Steg ist begehbar und läßt die Dimension der Trennung begreifen.

Diese Zitate sind kein Scherz oder eine Persiflage, sie sind Ausdruck deutscher Befindlichkeit nach der Wende und nachzulesen im Bericht der Vorprüfung zu diesem Wettbewerb.

Linke und Wahlen
Fortsetzung von Seite 26

stellten Aufgaben mit möglichst wenig Widerstand zu überwinden. Im Grunde genommen wäre die gleiche Strategie von Seiten der SPD gegenüber der PDS möglich. Nicht deren Haltung verhindert noch den Übergang in die große Gemeinschaft aller Deutschen, sondern antikommunistische Staatsraison und die Strafe der siegreichen BRD.

Unsere antinationale Orientierung sucht, die Entwicklung hin zum nationalen Konsens zu begreifen, und nicht Orientierungen linker Politik der Vergangenheit blind fortzuführen. Nach Lage der gesellschaftlichen Verhältnisse ist keine "massenfreundliche" Orientierung sinnvoll, sondern eine Sammlung von Linken entlang inhaltlicher Neuorientierung. "Antinational" bezeichnet keinen neuen linken Glauben und ist keine Lösung zur Überwindung der linken Isolierung, ist aber Bedingung jeden Versuchs, den herrschenden Konsens aufzubrechen. "Antideutsch" definiert politische Aufgaben in zweierlei Weise: Es gilt, gegen den völkischen, den Massenkonsens, anzugehen, der zunehmend im deutschen Bekenntnis kulminiert, und das Wiedererstehen einer deutschen Großmacht mit expansiver Politik zu bekämpfen, die Bedrohung Nichtdeutscher ist. Solche Aufgaben eröffnen durchaus nicht nur Theoriedebatten und Untersuchungsthemen, sondern auch Felder für linke Politik.

Heiner Möller

Anmerkungen:

1) Schmuse-Gespräch mit dem Grünen Rezzo Schlauch und Heiner Geißler von der CDU, Spiegel, 5.12.94
2) Außerhalb unmittelbarer Parteipolitik ist als weitestgehender Vorschlag das "Manifest – wir lieben unser Land" von Helmut Schmidt, Gräfin Dönhoff, Edzard Reuter u.a. aus dem Jahr 1992 veröffentlicht worden.
3) "Contract with America" war die Wahlplattform der amerikanischen Republikaner, die bei den Kongreßwahlen im November über 50% der Stimmen erzielten, überschrieben. Der Kahlschlag gegen die Reste des amerikanischen "Wohlfahrtsstaats", die weitere Privatisierung sozialer Leistungen wird extrem ideologisch und nach christlich-fundamentalistischen Vorgaben begründet, zielt also nicht nur auf Materielles. Neben der Einführung des christlichen Schulgebets sollen z.B. alleinerziehende Mütter – meist schwarze Frauen – keine Sozialhilfe erhalten, wenn sie uneheliche Kinder haben. Dagegen stehen Steuersenkungen für Reiche und höhere Militärausgaben.
4) Die Murmann-Initiative, Denkschrift der BdA "Sozialstaat vor dem Umbau", 18.10.94
5) Rudolf Scharping, Rede vor der Tagung des "Seeheimer Kreises" der SPD am 26. November in Tutzing, abgedruckt in: FR, 2.12.94
6) Dieter Schulte, "Ein schlüssiges Gesamtkonzept ist nicht erkennbar", FR, 17.11.94
7) Walter Riester, Die Zukunft der Arbeit – Die neue Rolle der Gewerkschaften, in: Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, "Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit", Stuttgart 1994; die neun Beiträge dieser Tagung der Herrhausen Gesellschaft veröffentlicht die Deutsche Bank seit Mitte November in jeweils dreiseitigen Anzeigen in fast allen großen Tages- und Wochenzeitungen.
8) Daß der baden-württembergische grüne Fraktionssprecher, "der ehemalige Kommunist" Bütikofer, "eine solide Haushaltspolitik der großen Koalition anmahnt, sagt mehr über den Wandel der Grünen als mancher Parteitagsbeschluß" (FAZ, 3.12.94).
9) Das Muster solcher Bündnisse ist überall ähnlich: schwarz-grün wird mit der konservativen Haltung des SPD-Filzes begründet, was nachvollziehbar ist und Koalitionen ausschließt. Die CDU dagegen wird im Umkehrschluß für fortschrittlich erklärt, weil sie einem alternativen Müllkonzept oder einem Frauenhaus zugestimmt hat.
10) Rede von Stefan Heym zur Eröffnung des 13. Deutschen Bundestages, 10. November 1994, dokumentiert in: FAZ, 11.11.94
11) Am Rande soll auch das noch glossiert werden: auch die PDS-Mittelstandsvereinigung erging sich bei ihrer Gründung am 1.10. in der parteiüblichen Verantwortungsrhetorik. Sie erklärte im Gründungsdokument die Bereitschaft, ihre "wirtschaftliche, soziale und ökologische Aufgabe bei der Gestaltung der deutschen Einheit wahrzunehmen". Ansonsten sorgten sich die PDS-Unternehmer wie alle Unternehmer in erster Linie um ihre Konkurrenzfähigkeit.
12) Rousseau, Contrat social, in: Paul Sakmann, Rousseau, Auswahl aus seinen Werken, 1931, S. 269
13) Changing Times, oder Just do it, Arranca! 4/94, S. 30ff.
14) Heinrich Eckhoff, Neue Chance! Neues Glück? Nach den Bundestagswahlen und vor dem Parteitag 1995, in: Rundbrief der PDS/Linke Liste Nr. 3/Nov. 94



ZEITUNG ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

Schwerpunkte

Nr. 6 — Gleiche Rechte für alle
Nr. 7 — Rassismus und Medien
Nr. 8 — Abschiebung und Ausweisung
Nr. 9 — Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen
Nr. 10 — Rassismus und Bildung
Nr. 11 — Innere Sicherheit
Nr. 12 — Rassismus und soziale Frage
Nr. 13 — Polizei und Justiz
Nr. 14 (1/1995) — Deutscher Antirassismus?

aus dem Inhalt von Nr. 13

- Beiträge von Rolf Gössner und Monika Frommel
- In der Neisse ertrunken ... Das vorläufige Ende einer Recherche

im Abonnement

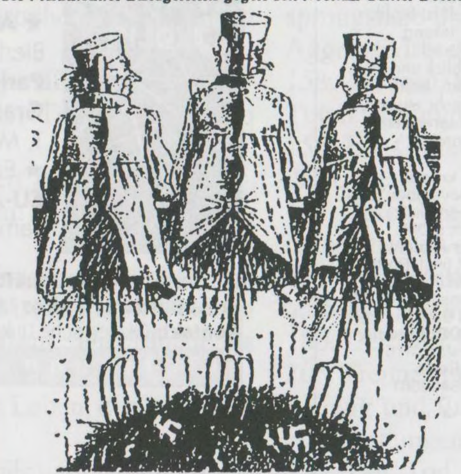
Abo (Inland): 4 Ausgaben/Jahr — 20 DM
Abo (Ausland): 4 Ausgaben/Jahr — 30 DM
Förderabo: 4 Ausgaben/Jahr — 30 DM
Einzelheft — 5 DM + Porto

Bestellungen an

ZAG / Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59, 10965 Berlin, fon/fax 030-786 99 84

Das Skandal-Urteil

des Mannheimer Landgerichts gegen den Neonazi Günter Deckert



„Der Misthaufen der Justiz"

Deutsche Justiz - blind auf dem rechten Auge oder offene Kumpanei?

Dokumentation der Auseinandersetzung um den Deckert-Prozeß 92 - 94

Gegen DM 3 in Briefmarken bei: Stichwort: "Deckert", L 14,6, 68161 Mannheim



...dahinter steckt immer ein renitenter Kopf

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die **Sozialistische Zeitung** wird von der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) herausgegeben. Sie

* bringt alle 14 Tage Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.
* steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
* sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

Schnupperabo (acht Ausgaben): 10 DM.

Probeausgaben gratis.

Bestellungen an:
SoZ-Verlag, Dasselstr. 75–77
50674 Köln
Tel.: (02 21) 21 15 55.

„Die deutsche Nation hat zwei Weltkriege angezettelt, weil sie nach der Weltherrschaft strebte. Danach strebt sie immer noch. Diese Nation hat Millionen Menschen vernichtet. Sie würde es wieder tun."

Lesen Sie die satirische Zeitschrift

Der Metzger

Erscheint seit 1968.
Herausgeber: Helmut Loeven.
Probelieferung für 6 DM (Briefmarken oder Scheck) durch:
Buchhandlung Weltbühne
Gneisenaustr. 226
47057 Duisburg



Sonderausgabe des Duisburger Studierendenmagazins BASTA! zur Geschichte der StudentInnenbewegung ○ Herausgegeben vom AStA und der Linken Liste an der Uni - GH - Duisburg zusammen mit anderen ASten und links-alternativen Studierendengruppen ○ 36 Seiten im Zeitungsformat, mit Dokumentationsteil (Texte von Dutschke, Krahl u.a.) und einer Bibliographie zur StudentInnenbewegung ○ Für 3.- DM in Briefmarken zu bestellen bei:

AStA Uni - GH - Duisburg
Lotharstr. 65
47048 Duisburg

The Times They Are A Changin'

WIDERSTANDSINFO

Diskussionsforum, Erklärungen, Kommentare

November-Nummer 39

Widerstand in der Schweiz
Refugium für das Asylrecht
Bundesanwältin mit Stil:
4 Verhaftungen ohne Haftgrund
Uruguay: Erneut Massaker u.v.m.

Abo für nur 30 Fr.
1.Umschlag: WoZ Pf. 8031 Zürich
2.Umschlag: Widerstandsinfo
Geld in Noten beilegen u. einschreiben

DIE ROTE HILFE

Seit 20 Jahren berichtet die Rote Hilfe über die staatliche Verfolgung linker Opposition und die Solidaritätsarbeit in der BRD und Westeuropa.
Sie dokumentiert und analysiert die Entwicklung in der Gesetzgebung zur "inneren Sicherheit", der staatlichen Strafverfolgungsinstitutionen, der Einschränkung des Asylrechts und der politischen Betätigung.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41

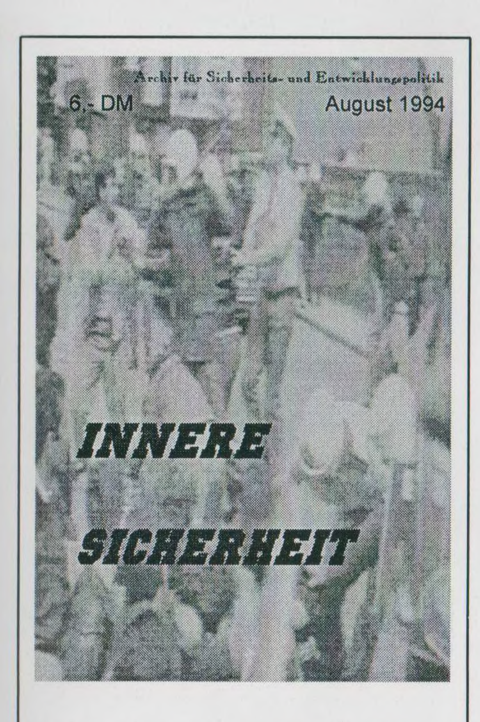


Jugoslawien-Bulletin

Gegen Sanktionen, Kriegshetze und deutsche Großmachtpolitik

Erscheint monatlich, 4 Ex. kosten DM 10,- (Vorkasse!), Probeexemplar DM 3,- in Briefmarken

Zu bestellen bei: JUB, c/o Friedensladen, Schillerstr. 28, 69115 Heidelberg



Mit Beiträgen zu folgenden Themen:

- Bundeswehreinsatz im Inneren
  Detlev Beutner
- Politische Polizei
  Jürgen Korell
- BND
  Erich Schmidt-Eenboom
- Organisierte Kriminalität
  Norbert Pütter
- Grundrechtsabbau
  Wolf-Dieter Narr
- Festung Europa
  Katina Schubert u. Monika van Ooyen
- Polizeiliche Kriminalstatistik
  Caren Blume

...

Für 7,-DM (Scheck/Rechnung; keine Briefmarken!) zu bestellen bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, 48348 Everswinkel, Tel/Fax: 02582/ 9321

Günter Deckert

Biedermann und geistiger Brandstifter

Eine kleine Materialsammlung

STOP RASSISMUS

Herausg. Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim
3. erweiterte Auflage Oktober 1994 Schutzgebühr: 3 DM

Gegen DM 3 in Briefmarken bei: Stichwort: "Deckert", L 14,6, 68161 Mannheim



Herbst '94

Die Rote Luzi

neue Folge

Zeitschrift für linke Theorie und Praxis

- Was tun gegen große Lauschangriffe !?
- Rechte Intellektuelle
- Deutscher Eurochauvinismus
- Überproduktion und Mafiotisierung
- Parlamentarismuskritik
- Theorien des Grauens

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.
Probeheft anfordern bei:
Publizistische Studiengemeinschaft
Rankestraße 31
10789 Berlin

